

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 35. Jahrgang
214 | Nov/Dez 2012 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Werben fürs Sterben

Hinter der Werbeoffensive für die Bundeswehr vollzieht sich eine schleichende Militarisierung



Jugendliche blockierten mit einer Protestaktion den Messestand der Bundeswehr auf der GameCom 2012 und wickelten diesen mit rosa Klopapier ein. Die größte Videospielmesse Europas wird jährlich von mehr als 250.000 zumeist jungen Menschen besucht.

In der Krise ist das Militär oftmals nicht weit. Es sichert die bestehende Herrschaft, setzt Interessen durch, schießt wenn es erforderlich wird. Als einst Bundespräsident Horst Köhler abtreten musste, weil er wahrheitsgetreu die Rolle der Bundeswehr als Interventionsarmee beschrieb, die Rohstoffe, Ressourcen und Handelswege im deutschen und europäischen Interesse schützen müsse, war die Debatte um die Bundeswehr im Inneren noch am Anfang. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist diese Debatte nun erwachsen geworden. Beispiele des Vordringens des Militärs in den europäischen und deutschen Alltag gibt es viele. Als der G8-Gipfel im Jahr 2007 in Deutschland stattfand, gab es die erste zivilmilitärische Zusammenarbeit, bei der das Krankenhaus Bad Doberan in Hohenfelde von der Bundeswehr – trotz eigenem Sanitätsstützpunkt – über mehrere Tage in Beschlag genommen wurde. Beim Fahnenappell mussten dabei die militärischen wie auch die zivilen MitarbeiterInnen antreten.

Mit dem Eindringen der Bundeswehr in die zivile Gesellschaft durch die sogenannten „Zivil-militärische Zusammenarbeit" ist auch ihre Präsenz und ihr Werben deutlich gestiegen und erlangte seit dem Aussetzen der Wehrpflicht ein neues Niveau der Intensität. Nun, da offen ein Rekrutenmangel beklagt wird, da nicht einmal jeder 200ste Mann den Dienst an der Waffe absolvieren wird, wird um jeden (zukünftigen) Kopf geworben. Minderjährige werden in dem bedeutendsten deutschen Jugendmagazin *Bravo* mit „Adventure Camps" der Bundeswehr angesprochen. Adrenalin und Abenteuer garantiert! Wo bisher nur die Werbetrucks und Jugendoffiziere durch das Land tourten, ist Bundeswehrwerbung omnipräsent geworden. Ob Bus oder Bahn, Fernsehen oder Radio – selbst Til Schweiger, der auf Staatskosten Bundeswehrangehörige in Afghanistan besucht hat, macht mit seinem Film „Schutzengel" Werbung für die Bundeswehr. In Bremen griff die Bundeswehr sogar Anfang des Jahres auf das Melderegister zu und schickte Minderjährigen Werbematerial. Derweil können motivierte Studierende in Potsdam an der philosophischen Fakultät seit einigen Jahren ihren Master in „Military Studies" absolvieren – gerne finanziert auch die Bundeswehr das Studium. Falls man mit diesem Studium Journalist werden möchte, muss man nun auch nicht mehr unbedingt zur *BILD* oder anderen Springerererzeugnissen, sondern kann damit sicher auch bei der grünliberalen Tageszeitung *taz* zumindest ein Praktikum absolvieren. Immerhin hatte diese zuletzt die „Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation" in ihren Redaktionsräumen willkommen geheißen. Und für LeistungssportlerInnen, die keine Sponsoren finden, hat die Bundeswehr immer noch die Alternative der SportsoldatInnen parat. Bei der Olympiade waren 115 des 391 Köpfe zählenden Teams des Deutschen Olympischen Sportbundes SoldatInnen. Jüngst wurde die in den Medienfokus geratene Nadja Drygalla zur Sportsoldatin. Es ist also alles möglich – und dafür wird auch finanziell gesorgt.

Schließlich stieg der Wehretat der Bundeswehr für das Jahr 2012 um 190 Millionen auf 31,87 Milliarden Euro an – trotz Verkleinerung der Streitkräfte und Aussetzen der Wehrpflicht. Als drittgrößter Etat ist er damit größer als die für Gesundheit und Bildung zusammen. Die Schlaglichter der vielseitigen Karrierechancen beim zivilen Arbeitgeber Bundeswehr und der als „Abenteuer" verkaufte Einsatz für die Bundeswehr sind allgegenwärtig. Das Militär als Arbeitsgarant in der Krise. Und die wird bei der ganzen Präsenz gerne vergessen.

In einer Zeit der erneuten Aufrüstung, der Abhängigkeit von Ressourcen, die knapper und teurer werden, ist die innere und äußere Sicherheit auch die Sicherheit der Märkte und Kapitalströme. Wer diese ernsthaft gefährdet, wird über kurz oder lang auch in den Fokus der Garanten der inneren Sicherheit geraten – für die nun auch die Bundeswehr sorgen kann. In Spanien und Frankreich war bereits zu sehen, wie konsequente Streiks das Militär auf den Plan riefen. In Spanien soll nun sogar verboten werden, Filme von Gewalt gegen DemonstrantInnen zu zeigen. Gewerkschaften sollten die Signale der Militarisierung in der Krise ernst nehmen.

Sebastien Nekyia

„Du laberst mich an?!"

Taxidriver organisieren sich. Sie werden sich wehren ...aber kollektiv

Der Druck im Kessel muss hoch sein, wenn vor einer Demonstration „ausdrücklich auf folgendes" hingewiesen wird: „Es ist verboten, Waffen, Pyrotechnik und spitze Gegenstände zur Zeit unserer Protestaktion mitzuführen; es ist verboten vermummt zu erscheinen". Diese Hinweise kamen nicht von der Gewerkschaft der Polizei, sondern vom Berliner Taxibund. Der protestierte 2012 mehrmals mit Großaktionen gegen schlechtere Arbeitsbedingungen. „Das Taxigewerbe ist am Boden", heißt es, denn aufgrund der anhaltend schlechten Wirtschaftslage sinken die Fahrgastzahlen seit Jahren und bundesweit drastisch. Hinzu kommt: Behörden und v.a. Krankenkassen drücken die Preise von Schul- und Krankenfahrten, deren Bedeutung für das Taxigewerbe so stetig wächst wie die Spritpreise.

Der frisch gebildete Betriebsrat des Taxi-Team-Kassel ist sich sicher: Der Kampf ums nackte Überleben hat begonnen. Die Branche besteht großenteils aus Taxizentralen ohne eigene Taxen und aus Subunternehmern, die für die Fahrtenvermittlung hohe Beiträge zahlen. Auch gibt es Betriebe, die eine Zentrale und eine eigene „Flotte" unterhalten. Der Großteil wird aber von Subunternehmern gestellt. Diese betreiben dann – als Taxenbesitzer mit ca. 1-3 Taxen – ihre eigene Selbstausbeutung. Schätzungsweise weniger als 25% der Beschäftigten bestreiten ihren Lebensunterhalt einzig vom Taxilohn; die meisten FahrerInnen sind auf (ergänzendes) Hartz IV angewiesen.

Fakt ist leider auch, dass sich viele Taxiunternehmen nur noch durch faule Tricks über Wasser halten können. So wird oft ein niedriger Festlohn bestimmt, das spart Sozialabgaben. Aufgestockt wird der dann durch eine prozentuale Umsatzbeteilung, die den KollegInnen bar ausgezahlt wird. Diese inoffizielle Regelung macht die einzelnen Beschäftigten abhängig vom Willen ihrer Chefs und liefert sie diesen regelrecht aus. Die finanzielle Not und der Chef diktieren hier das Gesetz. So sind Zwölf-Stunden-Schichten und eine Sechs- oder gar Sieben-Tage-Woche schon lange keine Seltenheit mehr. Geltende Gesetze wie das Arbeitszeitgesetz, Urlaubsgesetz und Kündigungsschutzgesetz scheinen in der Branche nicht zu existieren. Damit finden sich die KollegInnen, wie Millionen anderer ArbeiterInnen auch, in der prekären neuen Arbeitswelt wieder.

Doch die TaxifahrerInnen, die eher als Einzelkämpfer bekannt sind, haben damit begonnen, sich zu organisieren. So gründete sich im April die Interessengemeinschaft (IG) Bremer Taxifahrer, deren Mitgliederzahl sich nach eigenen Angaben auf über 200 verzehnfachte. Bei der Taxi-Team-Kassel GmbH wählten die Beschäftigten in diesem Jahr, nach enormem Widerstand der Geschäftsleitung, einen Betriebsrat. Dem Unternehmer muss nun allerdings erst beigebracht werden, was ein Betriebsrat und was eine Betriebsversammlung ist. Bisher weigert der sich nämlich hartnäckig, auf einer solchen über die betriebliche Situation zu sprechen, solange der Betriebsrat darauf besteht, auch Gewerkschaften einzuladen. Begründung? „Wir sind hier doch nicht bei VW."

Vielerorts wächst nun die Bereitschaft, sich zu wehren. Und was noch wichtiger ist: Es gibt Bestrebungen sich überregional zu vernetzen. So stehen die IG Bremer Taxifahrer – mit Kontakten nach Niedersachsen und Hamburg – und der BR des Kasseler Taxi-Team in fruchtbarem Austausch. Zunächst soll es bundesweite Veröffentlichungen geben, woraus langfristig eine Bundeskoordination der TaxifahrerInnen entstehen könnte.

Manfred Alter

Catwalk



© Will Terrell

Beim Bund ist alles doof

„Krisenherde" und militärische Interventionen nach außen wie nach innen zeigen mehr als deutlich die kriegerische Seite von Herrschaft und Kapital. Der Militarisierung der Gesellschaft könnte bald auch eine Militarisierung der sozialen, aber auch gewerkschaftlichen Konflikte folgen.

Das Thema auf den Seiten 1,3,8,9,12 und 13

Nie wieder NSU – Nie wieder VS!

Die Aufdeckung des rassistischen Untergrundtrios aus Zwickau jährt sich am 4. November das erste Mal. So erschreckend die Mordserie, so normal der alltägliche Rassismus von Wolgast bis Würzburg, so bezeichnend die Rolle der staatlichen Behörden. Grund genug auf die Straße zu gehen!

Am 4. November findet ein bundesweiter Aktionstag des Bündnisses gegen das Schweigen statt.

4. November, bundesweiter Aktionstag
„Das Problem heißt Rassismus"
www.buendnis-gegen-das-schweigen.de

Am 10. November findet in Köln-Chorweiler vor dem Bundesamt für Verfassungsschutz eine Demonstration gegen VS und Rassismus statt.

10. November, Köln-Chorweiler
„Verfassungsschutz auflösen – Rassismus bekämpfen"
www.vs-aufloesen.de

Auch die diesjährige Silvio-Meier-Demo in Gedenken an den von Faschisten ermordeten DDR-Linksoppositionellen und Hausbesetzer Silvio Meier widmet sich der VS/NSU-Thematik. Für die Demonstration zum 20. Jahrestag der Ermordung wird bundesweit mobilisiert.

24. November, Berlin - Friedrichshain
U-Bhf. Samariterstraße | 15 Uhr
www.silvio-meier.tk

Kauf dich glücklich

Ende September 2012 ist der siebte SyndiKal erschienen. Auch für 2013 wieder der Taschenkalender für das Ende der Lohnarbeit und der kleine kollektive Organisator für alle, die gegen die Zumutungen des kapitalistischen Alltags kämpfen. Da der Kalender im Vorjahr bereits nach wenigen Wochen ausverkauft war empfehlen wir euch, möglichst schnell zu bestellen.



Syndikal 2013
192 Seiten, EUR 6,50 / CHF 10,00
ISBN 978-3-9810846-2-7
www.syndikal.info

FAU-Ticker

+++ Die FAU Dresden hat Ende September eine Kundgebung in der Dresdner Altstadt aus Solidarität mit dem Generalstreik der CNT veranstaltet +++ Im Oktober hat die FAU Dresden anlässlich eines Konzertes im Alten Schlachthof durch ein Flugblatt an Erich Mühsam erinnert +++ Ebenso nahm die FAU Dresden an der Bündnisdemonstration „Pflege braucht Zeit" für mehr Personal und bessere Bezahlung in der Pflegebranche teilgenommen +++ Die FAU Düsseldorf beteiligte sich an der Organisation der Rundreise eines Anarchisten aus den Slums von Manila +++ Die FAU Köln hat sich Ende September mit einem Transparent und Flugblättern kritisch gegen die Steuerreform-Demonstration „UMfairTEILEN" gewendet und sich Anfang Oktober an einer Solidaritätsdemonstration für den Flüchtlingsprotest beteiligt. Außerdem hat die Sektion Altenpflege der FAU Köln eine europaweite Aktionswoche gegen Privatisierung der Gesundheitsversorgung unterstützt +++ Ebenfalls zur Kampagne UMfairTEILEN wurde Ende September von der FAU Bielefeld zu einer kontroversen Diskussion eingeladen +++ Die FAU Berlin unterstützte mit Aktionen in Berlin zwei Arbeitskämpfe in Polen sowie gemeinsam mit der FAU Magdeburg einen Arbeitskampf bei einer Messebaufirma mit einer Kundgebung in Eimersleben. Näheres dazu und weitere Meldungen auf Seite 7. +++

Liebe Leserinnen und Leser,

vor gut zwei Monaten fand in Münster ein Kongress zum 40jährigen Bestehen der gewaltfrei-anarchistischen Monatszeitung Graswurzelrevolution *statt. Die alternative Presse gratulierte in ihren Printausgaben – nur die* Direkte Aktion *fehlte. Das liegt schlicht daran, dass die Redaktion der Direkten Aktion seit eh und je nach einem Rotationsprinzip arbeitet: Auf den Jahreskongressen der FAU werden die einzelnen Redaktionen der einzelnen Ressorts zweijährlich neu gewählt – und müssen sich dann natürlich erst mal einarbeiten. Der Vorteil einer solchen Arbeitsweise liegt u.a. darin, dass so jeder und jede Interessierte mal in die Zeitungsarbeit reinschnuppern kann, aber gerade in der Anfangszeit kann uns dann auch schon mal so ein Event durch die Lappen gehen.*

Aber seid beruhigt: Unsere Gratulation haben wir mündlich auf dem Kongress nachgeholt. Und mit der vorliegenden Ausgabe der Direkten Aktion *knüpfen wir nun auch inhaltlich an die Tradition der* Graswurzelrevolution *an: Mit dem Schwerpunkt „Militarismus in der Krise" fischen wir sozusagen in fremden Gewässern, obwohl Antimilitarismus selbstverständlich auch immer ein Schwerpunkt der basisgewerkschaftlichen Arbeit der FAU war und ist.*

Dabei haben wir einen recht weiten Begriff von Militarismus, indem wir diese Ausgabe organisierten Gewaltförmigkeiten widmen: Das gilt etwa für die Mafia als Streikbrecherorganisation (S. 8) gegen sizilianische Landarbeiter oder auch für einen neuen Trend zum „aufständischen Anarchismus" in der linken Subkultur (S. 12 - 13). Aber auch der „klassische" staatliche Militarismus findet ihn dieser Ausgabe seinen Platz – vor allem auch als Instrument zur Verhinderung von Klassenkämpfen.

Die Wirtschaftskrise ist noch nicht vorbei und das dicke Ende kommt voraussichtlich noch. In Südeuropa sehen wir momentan, wie die Bandagen, mit denen gekämpft wird, härter werden. Am 14. November wird es einen europaweiten Generalstreik geben. In den Medien wird dann wahrscheinlich wieder etwas stehen von ein paar zehntausend DemonstrantInnen, obwohl es wahrscheinlich Millionen sein werden. Wie sich das auf eine Militarisierung in der Krise auswirkt, bleibt abzuwarten.

Und wo die EU am kriseln ist, ist auch ein Blick auf die Binnenmarktreform erforderlich. Diese „feiert" nämlich demnächst ihr 20jähriges Jubiläum. Grund genug für uns dieses Ereignis, welches im kommenden Jahr mit Sicherheit Lobeshymnen nach sich ziehen wird, von der gewerkschaftlichen Warte im „kleinen Hintergrund" auf Seite 4 zu betrachten.

In diesem Sinne heißt es: Augen offenhalten, um rechtzeitig vor seltsamen Gesellschaftsveränderungen gewarnt zu sein. Das macht die Graswurzelrevolution *seit 40 Jahren. Und die DA seit 35.*

Torsten Bewernitz
Redaktion Hintergrund

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, (0151) 17 93 52 90, <fauhb@fau.org>, fau-bremen.comeze.com; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, www.fau-fl.org, <fau-flensburg@fau-fl.org>.
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr; Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, (0177) 5601030, <fauki@fau.org>
Ostholstein ..... Kontakt über Kiel
Rostock .... Kontakt über Westmecklenburg
Vorpommern.... Kontakt über Westmecklenburg
Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

Region Süd

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
Darmstadt ...... Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, nach Absprache, Treffen: Sonntag um 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags von 19.00 - 21.00 Uhr nach Absprache, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr, KTS, Baslerstr.103; jeden 3.Freitag im Monat ab 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: jeden 1. Donnerstag im Monat, von 20-21 Uhr, Strandcafe(Grether-Gelände), Adlerstr. 12
Fulda .... Kontakt über Frankfurt/M.
Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, <fauka@fau.org>, www.fau-karlsruhe.org
Kassel............ Kontakt über Frankfurt/M.
Koblenz.......... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>
Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.
Mannheim....... FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Marburg.......... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, www.fau-m.de, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun_sekretariat@fau.org>, faunbg.blogsport.de, Newsletter faun_newsletter@fau.org
Saarbrücken.... Kontakt über Neustadt/W
Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, Kontakt über Frankfurt/Main
Trier.............. Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

Region Ost

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg.... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 17.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, erster Do. im Monat 20.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Di. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-bautec@fau.org>, Branchenkontakt Pflege und Soziale Arbeit <faub-soziales@fau.org>, Foreign Members Section <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... FAU Initiave Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>
Dresden.......... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, asd.libertaeres-netzwerk.info, (0177) 5081171, Offenes Treffen: am 2. Mittwoch und 4. Freitag im Monat im „Trotzdem", Alaunstraße 81
Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg
Thüringen .... FAU Thüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fau-thueringen@fau.org>

Region West

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld, Themenabend jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 18.30 Uhr, Raum 102 in der „Bürgerwache", www.fau-bielefeld.de.vu, <faubi@fau.org>
Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn, Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 84 04 71-1 (AB), (0231) 84 04 71-2 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg......... FAU Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, faudu.revleft.com
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Köln .... FAU Köln, Öffentliches Treffen: jd. 2. Di im Monat 19 Uhr, Kontakt über <fauk@fau.org>, allgemeinessyndikatkoeln.blogsport.de
Krefeld .... Kontakt über Duisburg
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, Präsenzzeit und offenes Treffen: 1.-3. Dienstag im Monat 19 Uhr, (0251) 5389797, <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de
Solingen .... FAU Solingen, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/ Treffen jeden 3.Freitag im Monat 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

AG Jugend & ASJ

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, www.asjberlin.blogsport.de Vollversammlung: Jeden Dienstag 18.00 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat 19.00 Uhr <info@minijob.cc>, www.minijob.cc
Bielefeld .... ASJ Bielefeld (Selbamachen), Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld <selbamachen@riseup.net> www.selbamachen.blogsport.eu Treffen: Jeden Dienstag 18.30 Uhr
Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, asjbonn.blogsport.de Offenes Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>, www.asjgoe.blogsport.de
Herne/ .... Recklinghausen ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7 c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>, www.asjruhrpott.blogsport.de
Köln .... ASJ Köln, <asjköln@riseup.net> www.asjkoeln.blogsport.de
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Plenum: Jeden Montag um 20.00 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650 <asj-leipzig@googlegroups.com>, www.asjl.blogsport.de
Mainz............. ASJ Mainz, <asjmz@hotmail.de> www.asjmainz.blogsport.de
Moers .... ASJ Moers, Barrikade: Verein zur Förderung alternativer Kultur und Kommunikation e.V., Bismarckstr. 41a, 47443 Moers <asjmeors@riseup.net>, www.asjmoers.blogsport.de
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net> www.asjnrw.blogsport.de

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen . <bsy-public-info@list.fau.org>
Leiharbeit .... www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord.............. FAU Hannover <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Münsterland <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) — www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
Wien.............. Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>, wiensyndikat.wordpress.com
Oberösterreich. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>

Das katastrophale Ausmaß

Ein Interview mit Christoph Marischka von der Informationsstelle Militarisierung e.V.

Die Bundeswehr ist Arbeitgeber und Interventionsarmee. Ob Ressourcensicherung, Einsatz im Inneren oder Sandsäcke bei Dammbrüchen – die Bundeswehr soll zum Allrounder werden. Die DA sprach mit Christoph Marischka von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen über den Einsatz im Inneren, Aufstandsbekämpfung und Streik sowie das Spannungsverhältnis von Gewerkschaft und Militär.

Im August urteilte das Bundesverfassungsgericht zum „Luftsicherheitsgesetz“, dass Streitkräfte auch im Inneren eingesetzt werden können. Kannst du uns erklären was das für Auswirkungen hat?

In erster Linie stellt es einen Tabubruch dar, ein Bruch mit der bisherigen Tradition, die als Folge des deutschen Faschismus den Einsatz der Bundeswehr im Inneren verbietet. Erst recht wenn sie mit einem spezifisch militärischen Profil im Inneren eingesetzt werden kann.

Ist der Einsatz im Inneren denn an Bedingungen geknüpft, unterliegt er Beschränkungen? Es war dabei viel die Rede von Situationen mit „katastrophalen Ausmaß“.

Der Begriff des „katastrophalen Ausmaß“ ist überhaupt nicht definiert und unterliegt damit letztendlich der Interpretation der Bundesregierung. Damit ist ein weiterer Begriff eingeführt, der neue Eingriffsbefugnisse eröffnet. In der Verfassung wie in der Rechtsprechung gibt es bereits eine Menge von Begriffen die verschiedene Einsätze zulassen. Beispielsweise den länderübergreifenden Notstand, den Verteidigungsfall, den äußeren und inneren Notstand. Meiner Meinung geht es dabei um eine Kompetenzausweitung und einen Bruch mit dem öffentlichen Tabu des Bundeswehrmilitäreinsatzes im Inneren; dass eben dieses Tabu geschwächt, letztlich abgeschafft wird.

Im Weißbuch der Bundeswehr verortet die Bundeswehr ihre Aufgaben in der Ressourcensicherung, im GÜZ wird die Aufstandsbekämpfung trainiert. Wie nah sind wir dem Szenario einer nach innen wie außen fungierenden Bundeswehr, die vor allem die kapitalistische Ökonomie stabilisieren soll und deren Prinzipien verteidigt?

Es ist ziemlich klar, dass die Kompetenzen auch der Sicherung von wirtschaftlichen Interessen dienen sollen und es gibt ja schon länger die Bemühungen das Band zwischen Wirtschaft und Militär zu intensivieren, wie mit dem Celler Trialog, wo hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Militär einen Austausch pflegten. Dies geschah auch unter dem Aspekt, dass sich diese Eliten im Falle von schweren Arbeitskämpfen zusammentun. Das wird interessant wenn man sich den Begriff der Katastrophe anschaut: So ist die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes ein entscheidendes Kriterium dafür, ob etwas als Katastrophe deklariert werden kann.


Quelle: http://www.flickr.com/photos/wirdienendeutschland

... Also ist der Schutz wirtschaftlicher Infrastruktur treibender Moment?

Der Bundeswehreinsatz im Inneren ist immer mit dem Schutz der sogenannten kritischen Infrastrukturen gekoppelt, die eine wichtige Rolle in der Definition der „Katastrophe“ spielen. Auch der Begriff der kritischen Infrastrukturen ist dabei nicht eindeutig umrissen. Dennoch ist klar, dass es dabei um Banken und Bankenviertel geht, um Häfen und Flughäfen, Eisenbahnlinien etc., welche die Punkte sind, an denen Streiks ja noch wirkmächtig sein können und auch insbesondere befürchtet werden. Hier zielt der Einsatz der Bundeswehr im Inneren also auf die streikanfälligen Punkte ab.

Bei den letzten Auseinandersetzungen im Transportsektor hat man ja deutlich gemerkt, welche Angst vor Streiks, und seien sie nur einige Stunden, an Flughäfen oder bei der Bahn besteht ...

In den ganzen Modellen des Katastrophenschutzes und den Übungsszenarien der Bundeswehr spielt dieser Schutz der kritischen Infrastrukturen eine entscheidende Rolle. Dies ist auch die denkbarste Rolle der Bundeswehr, dass eben die Absicherung von Bahnhöfen, Häfen und Flughäfen militärisch vollzogen wird. Gleichermaßen dazu zählen auch explizit Banken, Regierungsviertel und Cluster von solchen Institutionen.

Szenarien der Aufstandsbekämpfung, die auf gewerkschaftliche Proteste abzielen, sind an sich relativ selten, da Ziel der Öffentlichkeitsarbeit ist, dies zu verschleiern. Viel eher wird die Aufstandsbekämpfung anhand eines wilden Mobs dargestellt. Beispiele mit gewerkschaftlichem Protest, offensichtlich oder kaschiert wie bei einer Übung in Belgien, wo ein Mob, der vorgeblich ethnische Gewalt ausgeübt hat, in Arbeitskleidung der Hafenarbeiter sich auf ein Hafengelände zurückgezogen hatte, zeugen dennoch davon, dass dieses Szenario, wo militärisch ein Hafen geöffnet wird, ernst genommen wird.

Schutz kritischer Infrastrukturen wie beispielsweise bei einem Generalstreik, Aufstandsbekämpfungsszenarien anhand von Gewerkschaftsprotesten – ist es da nicht ein Affront, wenn Gewerkschaften wie Verdi eine Fachgruppe Bundeswehr unterhalten, in der sich Militärangehörige organisieren?

Das führt dort immer wieder zu Konflikten. Ich finde jedoch wichtig festzuhalten, dass SoldatInnen nicht nur Täter sind, sondern ebenso Opfer von Kriegen. Je mehr man also die innere Solidarisierung und die Wahrnehmung von Menschenrechten in den unteren Rängen des Militärs fordert, desto größer sehe ich auch die Chance, dass es aus der Bundeswehr heraus Widerstände gibt, sowohl gegen die Militarisierung in der Außenpolitik als auch bezüglich des Einsatzes im Inneren. Jedoch ist das noch sehr weit weg. Andererseits gab es auch schon Beispiele wie den Einsatz im Kongo, bei dem der Widerspruch aus der Bundeswehr teilweise Öffentlichkeit geschaffen hat, die letzten Endes dazu führte, dass kein Einsatz der Bundeswehr stattfand.

Das stelle ich mir für die Gewerkschaftsarbeit nicht praktikabel vor, in der Antimilitarismus ein Grundpfeiler sein sollte.

Das ist ein schwieriger Grat, wo auch innerhalb von Verdi tiefe Gräben existieren zwischen der grundsätzlichen Kritik an der Bundeswehr, die vollauf berechtigt ist und der organisierten ArbeitnehmerInnenschaft, die dann auch vor allem zivile Bundeswehrangestellte mit einschließt.

Ein großes Konfliktpotential, gerade wenn beispielsweise Gewerkschaften wie die GEW fordern, dass die Bundeswehr nicht mehr an Schulen werben soll. Bei den jungen Leuten wird dabei besonders stark mit der „zivilen Karriere“ geworben.

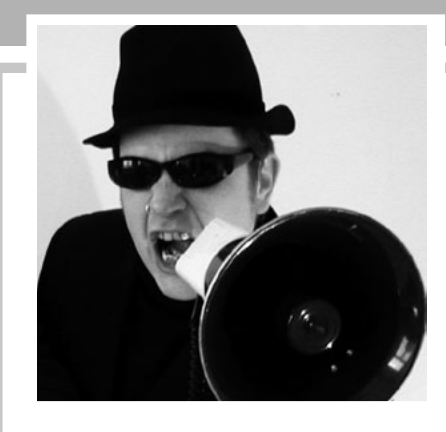
Die Werbung mit dieser zivilen Komponente ist etwas, wogegen ich die größte Abscheu hege. Wir erleben wie Studierende der Politikwissenschaft, Konfliktforschung und Ethnologie für die Planungs- und Strategiestäbe der Bundeswehr angeworben werden, die dann letztendlich die Menschen in die Einsätze schicken und Öffentlichkeitsarbeit machen, die die Wahrnehmung der Bundeswehr in der Gesellschaft weiter ausdehnen soll. Damit sind auch nicht unbedingt alle SoldatInnen glücklich. Viele, die sich aus wirtschaftlichen Gründen oder Unbekümmertheit zum Dienst melden, würden sicherlich lieber zu Hause bleiben als in gefährliche Einsätze geschickt zu werden.

Ein „Klassenkonflikt“ in der Bundeswehr?

Im Grund denke ich, dass es so etwas wie Arbeits- oder Klassenkampf auch innerhalb der Bundeswehr geben kann, gerade auch, wenn es um den Einsatz im Inneren geht. Da gibt es schon Beispiele, dass Soldaten sich weigerten oder lieber Einheiten aus weit entfernten Regionen angekarrt wurden.

Vielen Dank für das Gespräch

Kolumne Durruti



Kürzlich bekam ich unangenehme Post: Einschreiben mit Rückschein – das ist nie was Gutes. In diesem Fall war es eine Unterlassungserklärung von Martin Hohmann. „Martin wer?“, mag sich jetzt der Leser denken. So ging es mir im ersten Moment auch. Auf Unterlassungsklagen muss der Satiriker eingerichtet sein, aber bislang zeigten sich die Protagonisten meiner Texte – von Sarrazin bis Ratzinger – recht dickfellig. Nicht so Martin Hohmann. Nach längerem Grübeln kam es mir: Zu einem gänzlich anderen Thema hatte ich in einem Nebensatz fälschlicherweise geschrieben, Hohmann sei 2003 aus der CDU ausgeschlossen worden, weil er die Juden als „Tätervolk“ bezeichnet habe. Die Wahrheit ist, dass Hohmann seinerzeit sagte: „Juden waren in großer Anzahl sowohl in der Führungsebene als auch bei den Tscheka-Erschießungskommandos aktiv. Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk‘ bezeichnen.“ Das ist natürlich ganz was anderes. Sicher könnte man darüber streiten, ob hier der Konjunktiv durch den Einschub „mit einiger Berechtigung“ wieder ausgehebelt wird, doch da es schon einen Gerichtsentscheid zu Gunsten Hohmanns gibt, schien es mir nicht der Mühe wert. Zudem hatte ich plötzlich Mitleid mit diesem Mann. Ich stellte mir vor, wie er da sitzt, in seinem Eigenheim bei Fulda und miterleben muss, dass inzwischen alle halbe Jahre Salon-Rassisten vom Schlage Sarrazins oder Buschkowskys aus völkischen Ressentiments ganze Bücher machen, ohne deshalb aus ihrer Partei ausgeschlossen zu werden. Dabei ist deren Partei die SPD, während er immerhin Teil der hessischen CDU – zudem in Fulda! – war, und damit der dumpfesten rechten Vereinigung diesseits der NPD angehörte. So ändern sich die Zeiten. Als Hohmann aus der CDU ausgeschlossen wurde, gab es noch Politiker, die ernsthaft für Multikulturalismus eintraten, und der Begriff „Deutsche Leitkultur“ war zwei Jahre zuvor von der Pons-Redaktion zum „Unwort des Jahres“ gekürt worden. Heute wird „Multikulti“ meist abwertend gebraucht, und die „Deutsche Leitkultur“ ist als „Integrationsdebatte“ parteiübergreifend gesellschaftsfähig. Debattiert wird dabei nicht über den grundsätzlichen Anspruch, nur über die Umsetzung. Wie lässt sich der muslimische Neuköllner nach unserem Muster umerziehen? Und wann ist diese Integration abgeschlossen? Sollten wir Knoblauch-Geruch im Treppenhaus unter Strafe stellen? Gartenzwerge auf den Balkonen einfordern? Eine Schweinefleisch-Quote für Döner-Imbisse? Das sind die Fragen der Zeit. Lustig ist, dass sich diese Debatte gar nicht auf Neuankömmlinge bezieht. Die Flüchtlinge etwa, die gerade nach Berlin marschiert sind, um ihre Integration einzufordern, sollen nämlich gar nicht integriert werden. Die werden in Containerlager oder randständige Plattenbauten gepfercht, um sie so geräuschlos wie möglich abschieben zu können. Damit sie sich nicht zu heimisch fühlen, werden solche Unterkünfte auch gerne in soziale Brennpunkte gelegt, wie derzeit etwa in Wolgast. Dort wohnen rund um das Flüchtlingsheim die ausrangierten White-Trash-Nazis der Stadt, deren Lebensgewohnheiten, Ansichten und sprachliche Befähigung (wie in diversen TV-Berichten zu sehen) sie in jeder Hinsicht für einen Buschkowsky-Integrationskurs qualifizieren. Doch auch die will niemand integrieren. Die werden als Volkes Stimme benötigt, wann immer man am Asylrecht schrauben möchte. Wer integriert werden soll, das sind die muslimischen Mitbürger in den Neuköllns dieses Landes. Und weil von diesen viele den deutschen Pass haben, werden immer neue Unwörter erfunden, um diese „Menschen mit Migrationshintergrund“ von den „Bio-Deutschen“ unterscheidbar zu halten. Hier gilt eben Blutrecht. Deutscher kann man nur sein, nicht werden. Insofern darf sich glücklich schätzen, wem das Angebot zur Integration unterbreitet wird. Wer also lernen darf, sich so unauffällig zu verhalten, dass wir ihn nicht mehr bemerken. Auch Martin Hohmann würde gerne wieder integriert werden. Seit Jahren sammelt er Geld für eine Verfassungsklage gegen seinen CDU-Ausschluss, wenn er gerade nicht seinen Namen googelt, um Bloggern Unterlassungen zu schicken. Dabei wäre die Lösung so einfach: SPD-Mitglied werden. Dort hat man ein Herz für patriotische Kulturkrieger.

Markus Liske

P.S.: Die Bezeichnung „Salon-Rassisten“ für Sarrazin und Buschkowsky ziehe ich hiermit zurück. Muss erst mal den Hohmann abstottern.

TERMINE

☞Berlin

Do. 8. November, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstraße 11
Info: „Partizipatorische Ökonomie und partizipatorische Gesellschaft“
Michael Albert („Parecon“) stellt Wege in eine egalitäre Welt sowie die neu gegründete „Internationale Organisation für eine partizipatorische Gesellschaft“ (IOPS) vor. Vortrag auf Englisch.

Fr. 16. November, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstraße 11
Kult: „Das letzte Gefecht“
Émile Pouget zeichnete 1909 in diesem fiktiven „Bildungsroman“ eine idealtypische syndikalistische Revolution nach. Vorlesung anlässlich des „Vorlesetages“.

Sa. 17. November, 21 Uhr
Kirche von Unten (KvU), Kremmener Str. 9 - 11
Kult: 2+2=3
Record-Release-Party mit Konzert von Atze Wellblech und Berlinska Droha und im Anschluss Tanzen mit DJ Alusie (Punk/Wave/Pop)

Fr. 23. November, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstraße 11
Info: „Workers’ Centers in den USA“
Martina Benz, die zu den „Workers’ Centers“ geforscht hat, stellt diesen Organisierungsansatz vor.

Fr. 30 November, 19.00 Uhr
FAU Lokal, Lottumstraße 11
Info: „Arbeitsschutz ist... Wissen und Solidarität“
Die Sektion Bau & Technik stellt ihre Fibel zum Arbeitsschutz vor.

☞Dresden

Sa. 3. November, 16.00 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2
Info: Vorstellung des Allgemeinen Syndikats Dresden und der FAU
Ziele, Arbeitsweise und Struktur der Basisgewerkschaft und der Föderation

☞Düsseldorf

Mi. 7. November und Mi. 5. Dezember, 10.00 Uhr
Kulturcafé Solaris, Kopernikusstraße 53
Info: Infotage der FAU Düsseldorf
Sachdienliche Hinweise für Arbeiter*innen, Leiharbeiter*innen, Jobber*innen, Prekär Beschäftigte, (Schein-) Selbstständige, ALG I & II Bezieher*innen und alle, die einen Rat vom Syndikat brauchen

Mi. 14. November, 20.00 Uhr
Kulturcafé Solaris, Kopernikusstraße 53
Info: Griechenland aktuell
Soli-Tresen zur Unterstützung Gefangener in Griechenland mit einem Gegeninformationsvortrag

☞Freiburg

Sa. 10. November, 13.00 Uhr
Stühlinger Kirchplatz
Demo: Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete
Demonstration für das Recht auf Stadt.

Weitere Infos und Termine auf direkteaktion.org

Zahlen, bitte!

Die bundesdeutschen Exporte überstiegen 2011 mit 1.060 Milliarden Euro das Niveau von 2008, vermeldet das Bundesamt für Statistik. Unter den zehn wichtigsten Zielländern sind fünf Teil der Euro-Zone. Übrigens: Griechenland war in der Zeit von 2007 bis 2011 Empfänger Nummer Eins für Rüstungsexporte.

Mit dem „Armuts- und Reichtumsbericht“ des Bundesarbeitsministerium ist es seit September offiziell: Zwischen 1998 und 2008 sank der Anteil am Gesamtvermögen, das die ärmere Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung besitzt, von vier auf ein Prozent

Zu 537.274 Arbeits- und Wegeunfällen mit mehrtägigen Krankschreibungen kam es allein im ersten Halbjahr 2012. Wie die DGUV bekannt gab, seien die arbeitsbedingten Verletzungen damit um zwei bzw. 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurückgegangen.

Taxi! Da tut sich was...

Traditionell ist das Taxigewerbe in Ortsvereinen organisiert, die eine Mischform aus Gewerkschaft und Innung darstellen. Zuletzt gründeten sich neue Fahrervereinigungen (siehe Seite 1).

Kontakte:

BR Taxi-Team-Kassel:
btriebsrat-ttk@alterweb.de
www.taxi-team-kassel-betriebsrat.alterweb.de

IWW Germany:
taxi@wobblies.de

IG Bremer Taxifahrer:
info@ig-bremer-taxifahrer
www.ig-bremer-taxifahrer.de

Hamburger Taxenverband:
www.hamburgertaxenverband.de

Literaturhinweise

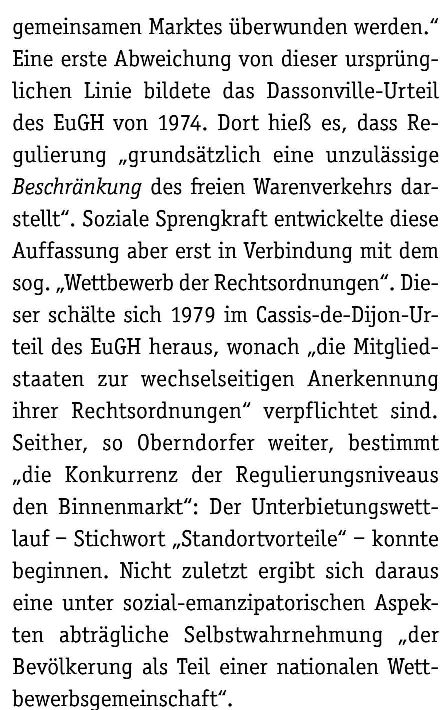
zu diesem Artikel in der Online-Version auf *www.direkteaktion.org*.

Brechmittel Binnenmarkt

Liberalisierungsbedarf findet die EU-Kommission auch nach 20 Jahren Binnenmarkt noch, während sich die Gewerkschaften noch immer schwertun mit der Europäisierung



Quelle: Udo Springfield



Am handgreiflichsten wird der europäische Binnenmarkt mit seinen Vorzügen und Nachteilen wohl im Supermarktregal: Auch im Winter, um nur ein Beispiel zu nennen, Tomaten und Paprika – gereift auf spanischen Feldern, die unter einem Meer von Plastikplanen verschwinden, angebaut von eingewanderten und überausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeitern. Weniger sichtbar ist – ein Aspekt, den zu betonen insbesondere die EU selbst nicht müde wird –, dass im Zuge dessen auch 150.000 nationalstaatliche Normen eingeschmolzen wurden auf 13.000 EU-Normen. Kurz: Heute kann sich wohl kaum mehr wer vorstellen, wie das Leben vor der europaweiten Verwirklichung der „vier Grundfreiheiten“ war, als die Regulierung noch vorwiegend im nationalen Rahmen vonstattenging.

Wenn nun zum Jahreswechsel 2012/2013 das 20-jährige Bestehen dieses „Raumes ohne Binnengrenzen“ als Erfolgsgeschichte gefeiert wird, wird es auch an kritischen Stimmen nicht mangeln. Dem sei hier vorgegriffen. Eingedenk der Mahnung – im *Neuen Deutschland* u.a. seitens Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf, ihres Zeichens Globalisierungskritiker der ersten Stunde –, dass pauschale linke Kritik allzu oft rechten Diskursen eine offene Flanke biete, sei daran erinnert: „Antidemokratische, antisoziale und autoritäre Elemente finden sich auf allen Ebenen“, auch wenn hier v.a. von der EU die Rede sein wird, und: „Eine wirkungsvolle Gegenmacht gibt es aktuell nicht“. Das ist der Stand. Angesichts großer Demonstrationen wie im Jahr 2000 anlässlich des EU-Gipfels in Nizza, ist dies zumindest verwunderlich.

Die Sprengkraft der Europäisierung

Strategisch und historisch betrachtet, ist der EU-Binnenmarkt, der Mitte der 1980er Jahre unter der Ägide des sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors beschlossen wurde, eine „neue europäische Integrationsweise“. Dies bezeichnet, so Lukas Oberndorfer (Uni Wien), den „Umstand, dass auf europäischer Ebene ein politisches Feld entstanden ist“. Vorläufer waren die 1958 in Kraft getretenen Römischen Verträge, deren Europäische Wirtschaftsgemeinschaft u.a. bereits die Verwirklichung der „vier Freiheiten“ – des freien Personen-, Dienstleistungs-, Kapital-, und Warenverkehrs – zum Ziel hatte. Die Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt den neuen Ansatz der 80er Jahre als „Spirale der Europäisierung“, die u.a. auch Bildung, Umwelt- und Gesundheitsschutz, Technologieförderung, Energie- und Beschäftigungspolitik umfasst.

Hier scheint auf, dass der EU-Binnenmarkt nicht notwendigerweise ein rein neoliberales Projekt ist. In der Tat, so wird der niederländische Forscher Bastiaan van Apeldoorn zitiert, habe es drei Binnenmarktmodelle gegeben: ein auf Deregulierung und Privatisierung abzielendes neoliberales, ein neo-merkantilistisches, das den Binnenmarkt als „Heimat-Markt“ nach US-Vorbild und ökonomisches Hinterland samt koordinierter Industriepolitik sieht, und ein sozialdemokratisches, das auch soziale Absicherungen auf die europäische Ebene heben will. Kannankulam und Georgi betonen jedoch, dass diese Gliederung überholt sei: „Dem neoliberalen Projekt steht heute kein grundlegend anderes [...] mehr gegenüber“, allenfalls fänden sich die verschiedenen Ansätze unter einem Dach wieder. Diese Vorherrschaft zeigt sich im verallgemeinerten Verständnis der „Grundfreiheiten“, welches etwa in Urteilen des Europäischen Gerichtshofs zum Ausdruck kommt.

Heute ist Konsens, so Oberndorfer, dass diesen Freiheiten „ein Beschränkungsverbot innewohnt“. Aber bis in die 1970er wurden diese ausschließlich als „Gleichbehandlungsgebote“ bzw. als „Diskriminierungsverbote“ verstanden: „Der Protektionismus *innerhalb* der [Europäischen] Gemeinschaft sollte durch die Schaffung eines diskriminierungsfreien gemeinsamen Marktes überwunden werden.“ Eine erste Abweichung von dieser ursprünglichen Linie bildete das Dassonville-Urteil des EuGH von 1974. Dort hieß es, dass Regulierung „grundsätzlich eine unzulässige *Beschränkung* des freien Warenverkehrs darstellt“. Soziale Sprengkraft entwickelte diese Auffassung aber erst in Verbindung mit dem sog. „Wettbewerb der Rechtsordnungen“. Dieser schälte sich 1979 im Cassis-de-Dijon-Urteil des EuGH heraus, wonach „die Mitgliedstaaten zur wechselseitigen Anerkennung ihrer Rechtsordnungen“ verpflichtet sind. Seither, so Oberndorfer weiter, bestimmt „die Konkurrenz der Regulierungsniveaus den Binnenmarkt“: Der Unterbietungswettlauf – Stichwort „Standortvorteile“ – konnte beginnen. Nicht zuletzt ergibt sich daraus eine unter sozial-emanzipatorischen Aspekten abträgliche Selbstwahrnehmung „der Bevölkerung als Teil einer nationalen Wettbewerbsgemeinschaft“.

Wo stehen die Gewerkschaften?

Es ist nur ein Teil der Wahrheit, wenn etwa die „Initiative europäische Tarifautonomie“ (IneT) den Binnenmarkt wesentlich als „internationalen Wettbewerb um Kapitalinvestitionen“ begreift. Der findet zwar statt, dennoch sind Standortverlagerungen immer noch mittel- bis langfristiger Natur. Bedeutender erscheint daher der Wettbewerb auf dem Warenmarkt, also der Charakter des Binnenmarktes als „vertiefte Freihandelszone“, der einerseits den Rationalisierungsdruck erhöht und andererseits die Verbraucherpreise drückt. So wurde das Projekt Europa zu einem Instrument, das die Bewegungsfreiheit im Betrieb einschränkt und die nationalstaatlich verfassten Gewerkschaften schwächt.

Vor diesem Hintergrund ist es umso haarsträubender, dass sich der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) augenscheinlich auf Lobbyarbeit beschränkt. Sicher, es gibt in den letzten Jahren zunehmend, wenn auch nur punktuelle transnationale Zusammenarbeit. Erfolgreich etwa waren 2006 die international koordinierten Arbeitsniederlegungen von Hafenarbeitern gegen das EU-Liberalisierungsprogramm „Port Package II“, von dem 400 Häfen in 22 Mitgliedstaaten betroffen gewesen wären (2013 ist „PP III“ geplant). Für mehr fehlt den nationalstaatlich verfassten Gewerkschaften offenbar oft der entscheidende Wille.

Vielleicht aber kommt hier der nötige Anstoß von unerwarteter Seite: von EU und EuGH. Viel kritisiert wurde etwa das Viking-Gerichtsurteil. Die Viking-Reederei wollte von Finnland nach Estland „ausflaggen“, wodurch „der wesentlich niedrigere Löhne vorsehende estnische Tarifvertrag zu Anwendung gekommen“ wäre. Die Gewerkschaften kämpften, unterstützt von der International Transport Workers' Federation (ITF), erfolgreich für die Beibehaltung des finnischen Tarif, so Oberndorfer weiter, aber der EuGH entschied: „Die Kampfmaßnahmen würden prinzipiell eine Beschränkung der Niederlassungsfreiheit darstellen.“ Die Folgen des Urteils sind laut Oberndorfer kaum zu überschätzen: Die „europarechtliche Rechtfertigungsprüfung“ jeder Aktion führe zur „Etatisierung der Gewerkschaften“ und bevorzuge wirtschaftsfriedliche „korporatistische Muster“. Außerdem sei das Risiko des „Eingreifen[s] staatlicher Befehls- und Zwangsgewalt“ gegeben. Dies ist die absehbare Entwicklung im Rahmen des Bestehenden und Greifbaren: Der Binnenmarkt wird weiter als Brechstange gegen soziale Errungenschaften eingesetzt, wirkt bei den Beschäftigten folglich als Brechmittel und vergällt so die europäische Idee. Ein Skandal, aber ist es eine Provokation, ein Impuls? Denn die andere gewerkschaftliche Handlungsoption wäre die Angleichung des estnischen Tarifs an den finnischen, was die Beteiligten natürlich vor ungleich größere organisatorische Herausforderungen stellt – aber angesichts der europäischen Rechtsordnung ist das vielleicht der einzig realistische Ausweg. (Dies bejahte auch EU-Generalanwalt Maduro ausdrücklich vor dem EuGH.) Stehen die europäischen Gewerkschaften nun also wirklich an dem Punkt, den Edo Fimmen (ehem. ITF-Vorsitzender, vgl. *DA* #177) bereits 1924 erreicht sah? „*Ideell* hat die moderne Arbeiterbewegung ihren Kampf gegen das Kapital immer als einen internationalen Kampf begriffen, nun aber ist sie gezwungen, auch *praktisch* den Kampf international zu führen“.

Europäische Verantwortung und autonome Leistung

Unstrittig ist, so Oberndorfer, dass das deutsche „Exportweltmeister-Modell“, in dem sozialer Friede und Lohnzurückhaltung ein wichtiges Standortargument darstellen, durch „eine Zuspitzung der Ungleichgewichte den Zusammenhalt des gemeinsamen Marktes zu gefährden“ droht. Darauf wiesen im Frühjahr auch der besonderen Gewerkschaftssympathie so unverdächtige Akteure wie Christine Lagarde (IWF) und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hin. In den Spitzen der großen europäischen Gewerkschaften – namentlich Verdi und IG Metall – hatte man aber nicht die Courage, dieses seit Jahren eingespielte Modell der Genügsamkeit zu sprengen. Man klammerte sich an den „verteilungsneutralen Spielraum“, um ja keine ernste Auseinandersetzung auszulösen. Damit unterhöhlten die Leitungsgremien ihren eigenen politischen Diskurs; vorausgesetzt man nimmt ihre Forderung nach einem Europa „als ein solidarisches und demokratisches Projekt“ als solchen ernst.

Bestürzend dabei ist, dass diese Gewerkschaften nicht alleine damit stehen, das Heft des Handelns allzu leicht an „die Politik“ weiterzureichen, etwa in Form eines „EGB-Vorschlags für ein Protokoll zum ‚Sozialen Fortschritt‘“. Auch die seit Jahren betriebene europäische Tarifkoordination bekommt offenbar nicht den Stellenwert, der ihr in einer auf Europäisierung ausgerichteten Gewerkschaftsstrategie zustünde. Vielmehr, so Oberndorfer, ist die Kritik dieser marktkonformen EuGH-Urteile insgesamt „orientiert auf eine ‚Rückkehr des Staates‘, um eine emanzipative Wende einzuleiten.“ Damit stehe sie „exemplarisch für ... ‚nicht-neoliberale' Versuche eines Politikwechsels auf europäischer Maßstabsebene“ – und deren Scheitern. Dabei gibt es durchaus diskussionswürdige Ansätze, etwa den einer „europäischen Tarifautonomie“, die „nur als autonome Leistung der Gewerkschaften in Arbeitskämpfen möglich“ (IneT) ist.

> ***Es ist der Charakter des Binnenmarktes als „vertiefte Freihandelszone“, der einerseits den Rationalisierungsdruck erhöht und andererseits die Verbraucherpreise drückt. So wurde das Projekt Europa zu einem Instrument, das die Bewegungsfreiheit im Betrieb einschränkt und die nationalstaatlich verfassten Gewerkschaften schwächt.***

Die EU-Kommission wird indes nicht müde zu betonen, dass der EU-Binnenmarkt auch 20 Jahre nach seiner Gründung noch nicht voll verwirklicht sei. Dies wurde in zwei sog. „Binnenmarktakten“ deutlich, deren eine im Juni vom EU-Parlament beschlossen wurde; die zweite ist für 2013 geplant. Zentral bleibt im Verständnis der Kommission weiterhin die „volle Liberalisierung“, z.B. im Bahn-, See- und Luftverkehr. Konfliktpotential gibt es also reichlich. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die Gewerkschaftsspitzen nicht versteigen, nach dem Appell-Marathon im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 gleich die Europawahl 2014 ins Visier zu nehmen: Internationale Rhetorik ist schön, internationale Kämpfe sind besser.

André Eisenstein

Ruf mich nicht an!

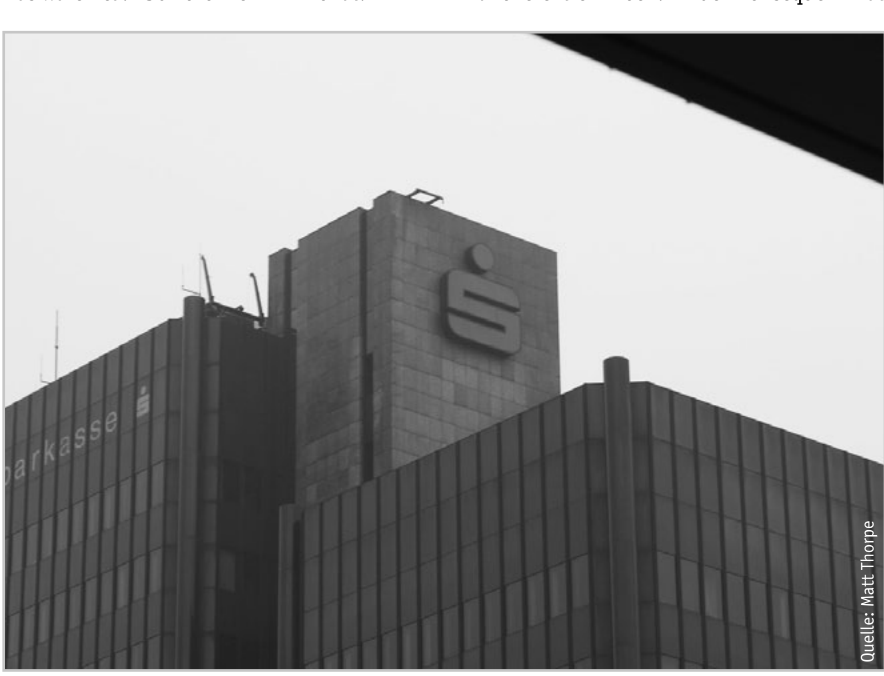
100 Tage Streik beim zentralen Sparkassen-Callcenter S-Direkt in Halle/Saale, die Geschäftsleitung setzt Streikbrecher ein

„Die Fassade der Callcenter ähnelte den Fabriken der Vergangenheit kaum. Vor allem aber sollte ihre Unternehmenskultur samt Work-Life-Balance die kollektive Arbeitserfahrung in eine Frage individueller Lebensführung verwandeln. Die Callcenter waren Teil einer allgemeinen Propaganda, die, seit den 1980ern vorherrschend, das ‚Ende der Arbeiterklasse' verkündete – während zur selben Zeit große Teile der vormaligen Büroangestellten unter einem Dach konzentriert und proletarisiert, also einer fabrikmäßigen Arbeitsweise unterworfen wurden. Anstatt neoliberale Subjekte zu individualisieren, weiteten Callcenter das industrielle System auf die Welt der Büros aus und kollektivierte einen Teil der Arbeiterklasse (Bankbeschäftigte z.B.), der sich selbst zuvor als ‚gebildete Angestellte' gesehen hatte. Als arbeitsintensive und mobile Branche gelangten Callcenter schnell dahin, Arbeitskräfte aus verschiedenen Teilen der Welt zusammenzubringen." So die rückblickende Analyse in der Einleitung zur indischen Neu-Ausgabe des 2002 erschienenen Callcenter-Buches „Hotlines".

Für Gewerkschaften war es bisher schwer, in dieser arbeitsintensiven, aber fragmentierten Branche Fuß zu fassen. Nun scheint die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi, DGB) bei der S-Direkt Marketing GmbH, dem zentralen Callcenterbetreiber der Sparkassen, den Sturmangriff zu wagen: 92,3 % der Mitglieder votierten in der Urabstimmung für einen unbefristeten Streik. 250 Kolleginnen und Kollegen traten am 9. Juli in den Ausstand. Damit begann der wohl längste Streik im Callcenter-Sektor der Bundesrepublik.

Etwa 950 Beschäftigte hat S-Direkt an vier Standorten in Deutschland, rund 800 davon arbeiten in Halle/Saale. Die Bandbreite des angebotenen Service reicht vom Sperren von EC-Karten über Überweisungen bis hin zum Abwickeln telefonischer Wertpapieraufträge. Ruft man seine Sparkasse an, landet man höchstwahrscheinlich in der Händelstadt. Es ist ein lukratives Geschäft, den Service für die rund 423 Sparkassen der Bundesrepublik abzuwickeln. Nicht nur profitiert S-Direkt von Niedriglöhnen, sondern auch aus dem Fonds zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" griffen sie schon mal 266.843 Euro an Steuergeldern ab – schafft schließlich Arbeitsplätze.

Laut Aussagen der Gewerkschafterin Iris Kießler-Müller wurde das Bruttogehalt bei S-Direkt seit 1996, also seit Bestehen der Firma, nie erhöht. Es liegt bei 1280 Euro (7,38 Euro/Stunde). Verdi fordert nun eine sofortige Erhöhung auf 8,50 Euro Einstiegslohn und eine weitere Aufstockung auf 9,00 Euro Mitte 2013. Das wären ca. 150 Euro mehr im Monat.



Quelle: Matt Thorpe

beinhaltete eine langgezogene Anhebung der Löhne auf 8,50 Euro bis 2014. Gelten sollte dies zuerst für langjährig Beschäftigte. Ein Hohn für die Streikenden, ist doch die Fluktuation in der Branche extrem hoch. In der Konsequenz hat

Würde, Weitblick, Wohlbefinden

Bei dem laufenden Streik geht es aber nur vordergründig um einen Stundenlohn von 8,50 Euro. Eigentlich geht es um viel mehr. Für die Beschäftigten zählt, von ihrer Arbeit korrekt leben zu können und nicht nach 40 Wochenstunden noch zum Amt rennen zu müssen – und es geht ihnen auch darum, nicht in schon jetzt vorprogrammierter Altersarmut zu enden. Diese Angst der Beschäftigten kommt nicht von ungefähr, denn „der Anteil der sogenannten Aufstocker ist in dieser Branche fast dreimal so hoch wie in der Wirtschaft insgesamt", sagt die Linke-Abgeordnete Sabine Zimmermann.

Ein besserer Lohn ist zwar das Hauptziel der Beschäftigten, aber auch die Arbeitsbedingungen bei S-Direkt sind Gegenstand der Kritik: Noch bis kurz vor dem Streik war ein Arbeitsplatz gerade mal 2,9 Quadratmeter klein. Dies sei zwar mittlerweile geändert worden, aber von den erforderlichen neun Quadratmetern, so Verdi, ist S-Direkt noch weit entfernt. Doch das ist noch nicht alles: Bei schlechter Luft am Arbeitsplatz und ständiger Lärmbelästigung ist es nicht verwunderlich, dass etliche KollegInnen darüber klagen, ständig mit Kopfschmerzen nach Hause zu gehen.

Auf diese Forderungen reagierte die Geschäftsführung mit der alten Leier von übertriebenen Vorstellungen, die Arbeitsplätze gefährden würden, und droht mit der Verlagerung ins Ausland. Das „Angebot" der Bosse Verdi die festgefahrenen Verhandlungen Ende August abgebrochen. Seitdem setzt die Geschäftsleitung einseitig ihr letztes Angebot um.

Da der Streik aber ungebrochen weiterläuft setzt die Geschäftsleitung mittlerweile Streikbrecher ein, um den Widerstand zu brechen und das Geschäft aufrechtzuerhalten. Geliefert werden diese u. a. durch die Agentur für Arbeit, die eifrig Leiharbeiter vermittelt. Die so als Streikbrecher missbrauchten können sich dagegen nicht mal wehren. Denn lehnen sie ab, riskieren sie eine Leistungssperre. Verdi versucht nun, die Leiharbeiter gerichtlich aussperren zu lassen. Aber auch von anderer Seite droht Streikbruch, denn S-Direkt wirbt derzeit massiv auf dem Campus der Universität für Nebenjobs, die – so erklärt Betriebsrat Bittner der *Direkten Aktion* – zusammen mit befristeten Verträgen zwei Drittel der 800 Beschäftigten bilden.

Am 4.10. war dann auch SPD-Chef Sigmar Gabriel in Halle, um die Streikenden zu unterstützen und ihnen „nebenbei" mitzuteilen, dass die SPD einen Mindestlohn von 8,50 Euro unterstütze. Kein Wort davon, dass die Arbeitsmarktreformen unter dem SPD-Kanzler Schröder solche Dumpinglöhne erst ermöglicht haben. Ein Schelm, wer da an die kommende Bundestagswahl denkt. Die 250 Streikenden harren derweil an einer Mahnwache aus. Ende Oktober waren sie bereits seit mehr als 100 Tagen im Streik.

Markus Weise

Mehr Minilohn möglich

Minijob-Reform verbessert Rahmenbedingungen für Niedriglohnsektor

Anderswo erhöht man den Mindestlohn, zum Beispiel in Frankreich auf 9,40 Euro. Hierzulande erhöht man mangels „Lohnuntergrenze" die 400-Euro-Verdienstgrenze für Minijobs um 50 Euro (und die für „Midijobs" auf 850 Euro). Das beschloss die Regierungsmehrheit im Bundestag Ende Oktober, obwohl es in der bereits Monate währenden Diskussion allseits scharfe Kritik an dem Vorhaben gegeben hatte. Die Koalition will die Ausweitung der Minijob-Grenze als „Inflationsausgleich" verstanden wissen – besteht die 400-Euro-Grenze doch seit ihrer Einführung durch die rot-grünen Hartz-Reformen im Jahr 2003 unverändert.

Dass es sich dabei nicht um ein Randphänomen handelt, verdeutlicht die Arbeitsagentur: Die gut 7,3 Millionen Minijobs stellen inzwischen mehr als 20 % aller Beschäftigungsverhältnisse. Laut Gewerkschaftsangaben sind 672.000 KollegInnen auch auf Hartz IV angewiesen. Die parlamentarische Opposition erklärte, dass im Bereich Minijobs mit einem Anteil von zwei Dritteln überwiegend Frauen tätig sind. Überraschend deutlich die Aussagen von SPD und Grünen: Diese stellt sich gegen „eine Verfestigung dieser katastrophalen Beschäftigungsform" und jene erklären, „Minijobs haben als Brücke in versicherungspflichtige Beschäftigung versagt". So viel Selbstkritik war selten. Wie ernst es ihnen ist, wird sich im Bundesrat zeigen, wo die Regierungskoalition nicht über eine Mehrheit verfügt. Die Länderkammer muss dem Gesetz zustimmen, weil neben Mindereinnahmen und Steuerausfällen in Millionenhöhe allein 2013 auch den Ländern und Gemeinden ca. 115 Mio. Euro entgehen.

Während die Regierung unbeirrt darauf verweist, Minijobs seien „notwendig zur Flexibilisierung und ... zum Abarbeiten von Arbeitsspitzen", kommt von Gewerkschaften heftige Kritik: Der DGB ließ schon im Frühjahr wissen, dass die Ausnahmeregelungen für „Kleinstarbeitsverhältnisse" abgeschafft gehören. In einigen Branchen ist der Minijob-Anteil demnach extrem hoch (Gastronomie: 1:1, Einzelhandel 1:2) und setzt die „Normalarbeitsbedingungen" unter Druck. Während die CDU betont, die Minijob-Abgabenlast für Unternehmer liege mit 30 % relativ höher als normal, kritisiert die Linkspartei die „geringen Standards, die sich eingeschliffen haben". Im Klartext: Dass gesetzliche Rechte wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc. nicht gewährt und dass geringere Löhne gezahlt werden. Eine Studie der Böckler-Stiftung benennt etwa den Fall eines tarifgebundenen Einzelhändlers, bei dem durch Absprachen mit dem Betriebsrat ein „informelles Tarifgitter" zulasten der Minijobber besteht. Mangels Erfahrung betrifft die Benachteiligung wohl insbesondere junge Beschäftigte. Hier ist Selbsthilfe in Form gewerkschaftlicher Aufklärung gefragt. Einen Beitrag dazu leistet die ASJ Berlin mit ihrer Minijob-Kampagne „Jung und Billig" (*DA* 209). Die Kritiker befürchten nun, durch die Anhebung der Grenzwerte werde es leichter, „normale Jobs in Minijobs zu zerlegen" (SPD), zumal der Minilohn durchschnittlich bei nur 220 Euro liege.

Andreas Förster

§§§-Dschungel

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz im Alltag

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat zwar vor allem Bedeutung für das Arbeitsrecht (siehe *DA* #213), kommt aber auch im Bereich des Privatrechts zur Anwendung.

Diskriminierung bei der Vermietung von Wohnraum

Von größter Bedeutung dürfte dabei die Anwendung im Mietrecht sein. MietinteressentInnen, die eine Wohnung nicht erhalten, weil sie ein sie diskriminierendes Merkmal aufweisen, können zivilrechtlich gegen diskriminierende VermieterInnen vorgehen und, ähnlich wie im Arbeitsrecht, Schadensersatzansprüche geltend machen. Dabei ist das AGG je nach Art der Vermietung unterschiedlich eingeschränkt anzuwenden:

Vermietung unter der Hand

Wird eine Wohnung unter der Hand weitervermietet, muss das AGG gar nicht angewendet werden. Erst wenn der Wohnraum öffentlich ausgeschrieben wird, greift das AGG.

Öffentlich ausgeschriebene Wohnungsangebote

Wird das Mietangebot inseriert und steht damit der Öffentlichkeit zur Verfügung, so ist zunächst zu unterscheiden, ob es sich um ein Massengeschäft handelt, d.h. ob der Vermieter 50 oder mehr Wohnungen insgesamt vermietet. Handelt es sich nicht um ein Massengeschäft, so gilt nur das Diskriminierungsverbot bezüglich Rasse und/oder ethnischer Herkunft, denn Vermieter von nur wenigen Wohnungen wird ein persönliches Interesse bei der jeweiligen Wohnungsvermietung zugestanden.

Vermietet der Vermieter jedoch mehr als 50 Wohnungen, so darf er auch nicht aus Gründen des Alters, des Geschlechts, der Religion, Behinderung oder sexueller Identität diskriminieren. Faktisch bedeutet dies, dass ein Vermieter, der weniger als 50 Wohnungen besitzt, Mietinteressenten z.B. wegen Alter diskriminieren darf, bspw. Familien mit Kindern Students etc. ablehnen darf, große Vermieter wie Wohnungsbaugesellschaften o.ä. dürfen dies jedoch nicht. Wegen der genannten Gründe darf weder der Abschluss eines Mietvertrags verhindert werden, noch ein Mietverhältnis zu ungünstigeren Bedingungen, wie z.B. erhöhter Mietzins oder verweigerte Instandhaltung abgeschlossen werden.

Ausnahmen bestimmen das AGG

Von den generellen Diskriminierungsverboten darf in verschiedenen Fällen natürlich abgewichen werden. Unabhängig davon, wie viele Wohnungen der Vermieter insgesamt vermietet, darf er bei einer besonderen Nähe zur Privatsphäre des Vermieters, wie dies bei Einliegerwohnungen, Untermietverhältnissen etc. der Fall ist, differenzierter auswählen.

Diskriminierung „Vermeidung von Ghettobildung"

Spielraum bei der Steuerung der Wohnraumbelegung wird auch den großen Wohnungseigentümern zugestanden. Häufig anzutreffen ist häufig die Festsetzung einer bestimmten „Migrantenquote", wie dies bspw. die großen städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften praktizieren, um einer „Ghettobildung" in Wohnquartieren entgegenzuwirken. Allerdings muss im Einzelfall überprüft werden, ob die vorgetragenen Argumente, die eine Obergrenze des Migrantenanteils begründen, bei der Wohnungsbelegung angemessen sind.

Nachweis von Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe

Auch beim Nachweis über die Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe gilt eine vereinfachte Beweislast. Der betroffene Diskriminierte muss Indizien dafür benennen können, dass er bei der Wohnungsvergabe diskriminiert wurde. Dazu können Gesprächsprotokolle oder Zeugenaussagen herangezogen werden. Liegen brauchbare Indizien vor, muss der Vermieter beweisen, dass keine Benachteiligung vorlag. In der Realität ist es jedoch nicht einfach, Indizien eindeutig vorzulegen, sodass sich auch hier Begleitung bei der Wohnungsbesichtigung und Schriftverkehr empfiehlt.

Kontrahierungsanspruch und Schadensersatz

Der diskriminierte Mieter hat generell einen sog. Kontrahierungsanspruch, d.h. auf Vertragsschluss. Hat er innerhalb der Frist von zwei Monaten beim Vermieter seinen Anspruch geltend gemacht, d.h. seinen Verdacht auf Diskriminierung bei der Ablehnung als Mieter angezeigt, so bestünde theoretisch der Anspruch auf Begründung des gewünschten Mietverhältnisses. Da es in der Zwischenzeit aber meist zur Begründung eines Mietverhältnisses mit einer anderen Partei gekommen ist und somit die gewünschte Wohnung nicht mehr zur Verfügung steht, kann der diskriminierte Interessent nur noch Ansprüche auf Schadensersatz geltend machen, wie sie u.a. in § 249 BGB festgelegt sind. Da der Diskriminierte völlig selbständig gegen Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe vorgehen muss, gilt es genau zu überprüfen, inwieweit nachweisbarer Schaden geltend gemacht werden kann. Dies kann beispielsweise dann der Fall ein, wenn aufgrund eines Umzugs wegen Berufstätigkeit ein Hotelzimmer angemietet werden musste, weil ein ortsansässiger Vermieter nachweislich gegen das AGG verstoßen hat.

Für Soldatinnen und Soldaten gilt das SoldGG

Geschuldet dem Thema der aktuellen Ausgabe der DA sei noch angemerkt: Im Rahmen ihres Dienstverhältnisses gilt für Soldatinnen und Soldaten nicht das AGG. Allerdings trat bereits am 14.8.2006 das Soldatinnen- und Soldaten-Gleichbehandlungsgesetz (SoldGG) in Kraft, wonach SoldatInnen der Bundeswehr der vergleichbare Schutz vor Diskriminierung wie im AGG gewährt wird. Explizit wird dabei in § 1 Abs. 2 betont, dass es auch Ziel des Gesetzes ist, Soldatinnen und Soldaten vor Benachteiligung auf Grund des Geschlechts in Form von (sexueller) Belästigung im Dienstbetrieb zu schützen.

Lotte Lattenkamp

Rohrkrepierer Mindestlohn

Im September brachten die großkoalitionäre Thüringer und die rot-rote Brandenburger Landesregierung das Thema eines allgemeinverbindlichen Mindestlohns abermals in den Bundesrat ein. Die Höhe dieses „existenzsichernden" Entgelts soll dem Gesetzentwurf zufolge von einer unabhängigen Kommission festgelegt werden. Abermals wurde das Thema jedoch in die Ausschüsse verwiesen. So werden wohl CDU mit einer „Lohnuntergrenze" und die SPD mit einem „Mindestlohn" in den Wahlkampf ziehen. Alles halb so wild, die NiedriglöhnerInnen kennen es ja schon gar nicht mehr anders.

AE

Tübingen: Kostenloser ÖPNV abgesägt?

Seit Jahren ist er in dem süddeutschen Studentenstädtchen im Gespräch: der kostenlose öffentliche Nahverkehr. Gefordert wird die umlagefinanzierte Umwandlung des „TüBus" in Gemeingut nicht nur von der Gruppe ZAK3, befürwortet wird sie auch von Bürgermeister Boris Palmer (Grüne). Nach einem Bericht des *Deutschlandfunk* gilt das Projekt bei der Lokal- und Landespolitik nun aber nicht mehr als umsetzbar. Wo kein Wille ist …

AE

Einigung, um Gottes Willen

Im Fall einer lesbischen Kindergartenleiterin, die von ihrem „Arbeitgeber" Caritas aufgrund ihrer sexuellen Orientierung gekündigt worden war (siehe *DA* #213), kam es Anfang Oktober zu einer außergerichtlichen Einigung: Die Kollegin geht mit einer „üblichen" Abfindung. Ihr Anwalt wertete, Presseberichten zufolge, die Kündigungspraxis der Kirchen dennoch als „diskriminierend" gegen Homosexuelle.

AE

Von Goldbarren und Geldsäcken

Eher Schützenhilfe beim Wahlkampfauftakt als Sozialprotest in Krisenzeiten: der Aktionstag „Umfairteilen"

Am Aktionstag „Umfairteilen" haben sich am 29. September in über 40 Städten in Deutschland nach Veranstalterangaben ca. 40.000 Menschen beteiligt. Die Forderungen beschränkten sich im Wesentlichen darauf, Vermögende in Deutschland etwas stärker am Steueraufkommen zu beteiligen. Konkret geht es um eine einmalige Vermögensabgabe und um die Einführung einer Reichensteuer. Im Vorfeld hatten Aktive ihre Vorstellung eines fairen Kapitalismus mit dem symbolischen Umschichten von Goldbarren, Münzen und Geldsäcken zugunsten gesellschaftlicher Bereiche wie Bildung, Pflege und Energiewende deutlich gemacht.



Quelle: Thorsten Strasas

Die Veranstalter sehen den Aktionstag erwartungsgemäß als vollen Erfolg, so in einer Pressemitteilung von Attac. Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband spricht von einem Durchbruch in der Gerechtigkeitsdebatte. Doch jenseits solcher Erklärungen waren auch aus Teilen des Aufruferkreises deutlich kritischere Stellungnahmen zu hören. So warnte Pedram Shahyar auf dem Attac-Blog im Vorfeld des Aktionstages vor einer Unterordnung der Proteststrategie unter rot-grüne Wahlkampfszenarien: „Attac darf nicht Teil einer Re-Legitimierung von SPD und Grünen werden und ihnen helfen, ihre Oberfläche sozial zu polieren. Deshalb ist es nötig, die Vereinnahmungsversuche von SPD und Grünen zu widerstehen und in der Öffentlichkeit, die wir mit unserer Kampagne gewinnen, noch sehr viel deutlicher auf die Rolle der rot-grünen Regierung als neoliberaler Rammbock der letzten 20 Jahre hinzuweisen. Ansonsten bekommen wir die Rechnung in einer neuen ‚Agenda 2020'". Tatsächlich aber wurde im Aufruf zum Aktionstag Umfairverteilen die Schuldenbremse ebenso wenig erwähnt wie die Agenda 2010.

Kritik von innen, kaum von außen

Zum Aktionstag hatten auch die Vorstände verschiedener Einzelgewerkschaften aufgerufen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sprach auf der Abschlusskundgebung von Umfairteilen in Bochum. Doch lediglich von der GEW und von Verdi hatte man im Vorfeld eine eigenständige Mobilisierung wahrgenommen. Auch die DGB-Gewerkschaftsbasis sparte nicht mit Kritik an den eigenen Vorständen: „Zumindest in Hamburg haben sozialdemokratische ver.di-Funktionäre keinerlei Probleme damit, einerseits wortgewaltig eine Vermögenssteuer zu fordern und gleichzeitig als SPD-Bürgerschaftsabgeordnete still und leise die Schuldenbremse zu beschließen oder mal eben den massiven Kürzungen z.B. in der Kinder- und Jugendhilfe zuzustimmen", brachte Heiko Laning die Realität nicht nur in der Hansestadt auf den Punkt. Er bezeichnet den Umfairteilen-Aktionstag als von Bewegungsfunktionären aufgesetzte Kampagne, die den aktiven Basisinitiativen kaum nutzt.

Die meisten Einzelgewerkschaften beschränkten ihre Unterstützung für Umfairteilen auf eine Unterschrift und eine Presseerklärung. „Teile des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers (und hier vor allem die Führungen) sind inzwischen nicht mehr bereit, eine starke Mobilisierung und erfolgversprechende Kampfmaßnahmen bis zur vollständigen Durchsetzung von politischen Forderungen auch nur in Betracht zu ziehen. Unter diesen Voraussetzungen ist zu befürchten, dass die gewerkschaftlichen Herbstaktionen wieder einmal nur zum ‚Dampf ablassen' genutzt werden sollen", schrieb Christiaan Boissevain von der Münchner Gewerkschaftslinken. Die Hamburger Gewerkschaftslinke stellte die richtigen Fragen: „Fairer Lohn, gerechter Lohn, geht alles nicht, es gibt nur erkämpften Lohn. Und faire Leiharbeit wie sie die IGM fordert – was soll das eigentlich sein?"

Bei so viel Kritik auch der DGB-Basis an der Kampagne und an den eigenen Vorständen müssten eigentlich die Stimmen linker Basisinitiativen auf offene Ohren stoßen. Doch sie waren auf dem Aktionstag nur schwach zu vernehmen. In Berlin beteiligten sich, neben einem kleinen antikapitalistischen Block, auch Aktivisten der Interventionistischen Linken mit der Aktion „Kapitalismus Fairsenken". Gar nichts zu hören war hingegen vom M31-Bündnis, das mit der Mobilisierung zum antikapitalistischen europaweiten Aktionstag am 31. März eigentlich die Grundlage für eine längerfristige antikapitalistische Organisierung legen wollte.

Peter Nowak

Bologna: Ende ohne Ende

Ein Kommentar von Dr. Martin Baxmeyer

Die Bologna-Reform ist gescheitert. Das hat inzwischen auch der letzte begriffen. Welche Konsequenzen aber aus diesem Scheitern zu ziehen sind, darüber herrscht Uneinigkeit. So erfreulich es ist, dass Horst Hippler, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), öffentlich eine vernichtende Bilanz der Reform zieht – auch er möchte sie nicht abschaffen, sondern „das bestehende System optimieren" (SZ). Das bedeutet: Keine Abkehr von Modularisierung und Bürokratisierung, kein Ende des Leistungsdumpings, der Überschleunigung und Verschulung, und vor allem kein Erwachen aus dem technokratischen Albtraum, Ausbildung – oder gar Bildung! – ließen sich quasi-industriell, durch das Verabreichen standardisierter „Kompetenz-Häppchen" realisieren. Nachdem die Studierendenproteste 2009 die Bologna-Architektur gehörig ins Wanken gebracht hatten, versammelten sich die Kultusminister der EU demonstrativ zu einem Sektempfang in Wien, um die „Erfolge der Reform" zu feiern. Selbst, wenn heute nur noch Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) solchen Unsinn von sich gibt: Die Politik des „Keiner will's gewesen sein" ist mitverantwortlich dafür, dass eine wirkliche Abkehr von Bologna nicht in Sicht ist. Stattdessen wird im Jahrestakt eine neue Studienordnung verabschiedet, wird der Überbürokratisierung mit bürokratischen Mitteln begegnet und verschwinden Hausarbeiten und sogar die Anwesenheit aus den Leistungsanforderungen für Seminare. Alles, um das „bestehende System zu optimieren". Dieses System ist aber nicht zu optimieren. Es ist zutiefst verfehlt, und seine Implementierung hatte nicht wenig zu tun mit jenem Abbau demokratischer Mitbestimmungsrechte, der US-amerikanische Soziologen schon von „post-demokratischen Gesellschaften" sprechen lässt. Die Fähigkeit zu nüchterner, eigenständiger und informierter Meinungsfindung ist eine Grundvoraussetzung für friedliches Zusammenleben; eine Tugend, die in Zeiten von Bologna schon fast im Ruch der Subversion steht.



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Verdacht durch Klicks

Fahndungsseiten der Polizei aufzurufen kann gefährlich sein: Wer sich zu oft informiert, kann sich verdächtig machen. Im Zeitraum von 2001 bis 2008 wurden in 38 Fällen BesucherInnen von bka.de von der Bundesbehörde überwacht. Auch Landesbehörden sollen hierbei das BKA ungefähr 130 mal unterstützt haben. Allerdings sei „eine vollständige, detaillierte Auflistung der einzelnen Homepageüberwachungen nach Dienststellen, Zeitpunkt und Dauer nicht mehr möglich, da diese Informationen mangels Aufbewahrungserfordernis bereits gelöscht worden sind". Dies geht aus einer Anfrage von Andrej Hunko von der Linksfraktion im Bundestag hervor. Auch die Erfolge dieser ominösen Methode sind nicht ganz klar, denn auf die Frage Hunkos, in wie vielen Fällen sich Hinweise ergäben hätten, die auf anderen Wegen nicht hätten erlangt werden können, antwortete das Innenministerium lediglich: „bei einer Vielzahl". Auch welche Hinweise diese gewesen seien, ließ das Ministerium im Dunkeln. Drei Fälle sind aber durchaus öffentlich geworden, in denen das BKA einen sogenannten Honeypot (Programme, die bei besonders hoher Zugriffszahl auf einen Artikel die IP-Adresse speichern) verwendeten. Einmal bei der Ermordung der Polizistin Michele Kiesewetter, wobei aber im Zeitraum der Maßnahme 2007/2008 ein Zusammenhang mit den NSU-Verbrechen noch nicht bekannt war, bei den Ermittlungen gegen die sogenannte Militante Gruppe (MG) und ab November 2011 auch im Zusammenhang mit dem NSU. 2008/2009 untersagte allerdings die Bundesjustizministerin diese Ermittlungsmaßnahmen.

AR

Profil orientierte Werbung bei Google

Seit März diesen Jahres verwendet Google eine Software zum Sammeln von NutzerInnendaten: Es sei Google nun möglich, die von diversen Diensten gespeicherten Informationen über die Konsumenten zusammenfließen zu lassen und als Ganzes auszuwerten. Ziel soll es wiederum sein, „profilorientierte" Werbung zu betreiben. Jetzt droht die EU mit Restriktionen, die französische Datenschutzbehörde Commission Nationale de l'Informatique et des Libertés konfrontierte Google bereits mit den Vorwürfen, dass dieses Vorgehen nicht zu geltendem EU Recht passen würde und forderte, dass Google zu getrennten Datenpools zurückkehren solle.

AR

Verfassungsschutz und der Nutzen der Gemeinschaft

Nachdem die sogenannte Extremismusklausel bundesweit auf breite Kritik gestoßen war, wurde nun öffentlich vom Bundesfinanzministerium bestätigt, dass im Jahressteuergesetz 2013 eine Klausel hinzukommt, dass über die Gemeinnützigkeit von Vereinen anhand des Verfassungsschutzberichts entschieden werden soll. Im Gesetzestext dazu: „Körperschaften, die sich aktiv gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung wenden, (…) können nicht als gemeinnützige Körperschaft anerkannt werden und von Steuervergünstigungen profitieren. (…) Ist deshalb eine Körperschaft im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes als verfassungsfeindlich aufgeführt, ist ihr die Anerkennung als gemeinnützige Körperschaft zu versagen." Somit hat nun faktisch der Geheimdienst die Möglichkeit zu entscheiden, was vermeintlich gemeinnützig ist und was nicht.

AR

Biometrie rechtmäßig

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) ist derzeit mit der Frage beschäftigt, ob die elektronische Aufnahme von Fingerabdrücken in Reisepässen mit geltendem EU-Recht konform ist. Die erste Klage gegen die „Verordnung zur Einführung biometrischer Merkmale in Reisepässen" von 2004 wurde in Deutschland bereits 2007 gestellt. Der Jurist Michael Schwarz zog vor Gericht, da er der Meinung war, dass Fingerabdrücke in Reisepässen gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verstießen. Aber auch in niederländischen Gerichten häufen sich die Klagen, und so sind nun Gerichte aus beiden Ländern gezwungen, dem Europäischen Gerichtshof (EUGH) schwere Datenschutzverletzungen vorzuwerfen. Die Chips in den Pässen halten der Prüfung der Verhältnismäßigkeit nicht stand, der zufolge es angemessen, nötig und zweckmäßig sein müsse, Daten wie Fingerabdrücke zu speichern. Hinzu kommt, dass die momentan verwendeten RFID-Chips, in denen die Fingerabdrücke gespeichert werden, nur begrenzt haltbar sind und auch die Daten von Unbefugten einfach ausgelesen werden können.

AR

Vorratsdatenspeicherung und Downloads?

Kaum ist das Acta-Abkommen vom Tisch, gibt es in Österreich neue Vorstöße, die Vorratsdatenspeicherung auch gegen Raubkopierer und illegale Downloads einzusetzen. Dabei verstößt die Herausgabe von Verbindungsdaten bei Urheberrechtsverletzungen nicht gegen geltendes EU-Recht. Dieses Urteil wurde am 19. April 2012 rechtsgültig und trägt das Aktenzeichen C-461/10. Die nationale Umsetzung bleibt derweil Sache der Länder. Ende September fand nun in Wien das 8. Österreichische Rundfunkforum statt, dessen Podium auch der Staatsanwalt Dr. Christian Auinger nutzte, welcher Spezialist für Urheber-, Kartell- und Grundbuchsrecht im österreichischen Bundesministerium für Justiz ist. In seiner Rede ging er auf die Probleme ein, die die Medienindustrie mit illegalen Downloads hätte, und wie nach Möglichkeiten gesucht werden müsse, diese zu unterbinden. Der Staatsanwalt ist überzeugt, dass eine Verfolgung von illegalen Downloads ohne Vorratsdatenspeicherung nicht viel bringen wird. Auch in Deutschland ist die Umsetzung noch offen, da hier die Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung gekippt wurden und auch immer noch verhandelt werden.

AR

Eins ist unsicher – die Rente

Alte öfter ärmer

Altsein in Deutschland heißt immer häufiger, von Armut betroffen zu sein. Laut Statistischem Bundesamt sind über 400.000 EmpfängerInnen von staatlicher Grundsicherung älter als 65 Jahre. Gleichzeitig will die schwarz-gelbe Bundesregierung zum Jahreswechsel die Beiträge zur Rentenversicherung von zur Zeit 19,6 auf 18,9 Prozent senken. Der Bund der Steuerzahler und die Versicherungswirtschaft freuen sich auf diesen voraussichtlich niedrigsten Stand seit 18 Jahren, dagegen fordern Sozialverbände die Nutzung von Überschüssen für die Bekämpfung der Altersarmut. Von zukünftiger Altersarmut bedroht sind übrigens keineswegs nur prekär Beschäftigte: Laut Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) können Arbeitende, die durchschnittlich im Monat 2.500 Euro brutto verdienen, nach 35 Arbeitsjahren mit 688 Euro Rente rechnen, wenn sie nach 2030 in Rente gehen.

HH

Junge Wilde gegen die Alten

Der gleiche Philipp Mißfelder, der vor neun Jahren öffentlich künstliche Hüftgelenke für 85-Jährige ablehnte, hat als Bundestagsabgeordneter gemeinsam mit jungen KollegInnen aus der Regierungskoalition ein Papier verfasst, in dem die geplante Zuschussrente Ursula von der Leyens kritisiert wird. Nach dem Plan der Ministerin sollen Renten von Geringverdienenden auf maximal 850 Euro aufgestockt werden, sofern diese mindestens 40 Versicherungsjahre und 30 Beitragsjahre vorweisen können. Die Jungen Wilden aus FDP und CDU/CSU finden das ungerecht, weil die „durch Beitragsmittel finanzierte Zuschussrente einseitig die jüngeren Beitragszahler belastet". Die Ministerin wiederum erklärt im Interview mit *Spiegel Online* , dass es doch auch ihr am Ende darum geht, dass sich Leistung wieder lohnt.

HH

Völker, hört die Signale

Die deutsche Sektion der Sozialistischen Internationalen, die SPD, hat zur Rente derzeit auch einiges vor: Ihr Vorsitzender Sigmar Gabriel hat ein sogenanntes Rentenkonzept zur Bekämpfung der Altersarmut vorgelegt, dass exakt dem Plan der Zuschussrente von der Leyens entspricht. Aber damit nicht genug der geplanten Großzügigkeit: Wer bereits 45 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, soll schon vor 65 Jahren in Rente gehen können – wer also etwa bereits mit 18 angefangen hat zu schuften, kann dann schon mit jugendlichen 63 in den Ruhestand gehen. Dass solche sozialistischen Maßnahmen sich nicht von selber finanzieren, sollte aber auch klar sein. In weiser Voraussicht hatte bereits 2004 die rot-grüne Bundesregierung eine drastische Absenkung des Rentenniveaus von derzeit 51 Prozent des Nettolohns auf 43 Prozent ab 2030 beschlossen.

HH

Flasche leer!

Das Premium-Cola-Kollektiv aus syndikalistischer Sicht

Premium Cola gilt in linken Kreisen als „gute", politisch vertretbare Cola. Als jedoch vor einiger Zeit ein ehemaliger Mitarbeiter von Premium Cola, der bei dem Kollektiv fristlos entlassen wurde, sich aufgrund der Entlassung an die FAU Freiburg wandte, hat sich das Freiburger Syndikat den Betrieb einmal etwas genauer angeschaut.

Premium entstand 1999 als Interessengemeinschaft enttäuschter Afri-Cola-KundInnen, die eine Rückkehr zur alten Afri-Cola-Rezeptur erkämpfen wollten. Als ihnen dies nicht gelang, setzten sie sich kurzerhand ein neues Ziel: eine richtig gute Cola selbst zu produzieren und zwar ohne Gewinnabsicht oder Ausbeutung und unter Einbeziehung aller am Produkt beteiligten Menschen, also HerstellerInnen, LieferantInnen und KonsumentInnen. Kurzum: die Vereinbarkeit von Markt und Moral. Um all das zu gewährleisten wurde das „Premium-Betriebssystem" entwickelt, das aus etwa 50 Modulen besteht und dessen Kern eine Konsensdemokratie aller Beteiligten ist. Alle Module des Betriebssystems sind öffentlich. Es kann und soll von anderen Gruppen kostenlos kopiert werden. Als „virtuelle Firma" ohne festen Ort produziert Premium die Getränke nicht selbst, sondern organisiert die Produktion und den Vertrieb durch ganz normale, wenn auch ausgesuchte, Firmen. Die knapp hundert Aktiven kommunizieren und entscheiden über eine gemeinsame Mailingliste. Das funktioniert erstaunlich gut und zeigt, dass sich mit viel Engagement auch ein Getränk von LiebhaberInnen für LiebhaberInnen auf dem Markt behaupten kann, ohne sich allzu sehr kapitalistischen Zwängen beugen zu müssen.

Aus syndikalistischer Sicht ist dieses Projekt aber leider nicht über eine Art LiebhaberInnen-Selbstverwaltung hinausgekommen. Als Ausgangspunkt für eine libertäre Ökonomie kann es in seiner heutigen Form aus mehreren Gründen nicht dienen. So wird beispielsweise auf das klassische Mittel zur Vermeidung informeller Hierarchien, die zwingende Rotation von wichtigen Aufgaben,


Quelle: www.flickr.com/people/spanier/

bewusst verzichtet. Das habe sich im Alltag so bewährt. Auch bei der Entlohnung wird der Anspruch, dass jede Arbeit gleich viel wert ist, nicht konsequent durchgezogen. Es existiert zwar ein Einheitsstundenlohn für die Tätigkeiten bei Premium. Die VertreterInnen, auch „SprecherInnen" genannt, erhalten allerdings eine klassische Verkaufsprovision. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist vor allem das Modul „Handschlag" des Betriebssystems problematisch: Schriftliche Verträge sollen danach möglichst vermieden werden. Dies betrifft anscheinend nicht nur die Liefer-, sondern auch die Arbeitsvereinbarungen. So gibt es beispielsweise keine verbindlichen Regelungen für Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Diese müssen daher immer wieder individuell angefragt werden. Generell werden die Aktiven bei Premium wie Selbständige vergütet, so dass keinerlei Sozialleistungen gezahlt werden. Die Höhe des Einheitsstundenlohns kommt daher nach Abzug von Altersvorsorge und Krankenversicherung der Selbstausbeutung doch sehr nahe.

Am kritischsten ist aber wohl die rechtliche Konstruktion von Premium. Auch wenn sich Premium gerne als Kollektiv bezeichnet, so ist es strukturell gesehen nur ein „informelles" Kollektiv. Das Unternehmen sowie die Markenrechte gehören dem „zentralen Organisator" Uwe Lübbermann persönlich. Und auch die Konsensdemokratie wird eingeschränkt, wenn Uwe Lübbermann findet, dass sich das Kollektiv selbst hemmt. Dann kann er das Modul „Notentscheidung" anwenden und alleine entscheiden. Auch wenn diese formellen Hierarchien klar als solche benannt werden und somit transparent sind und auch momentan nicht zur Anwendung kommen, so ist doch schon ihre bloße Existenz problematisch. Denn „den Keim einer neuen Gesellschaft" tragen nur Gruppen in sich, deren formelle Strukturen möglichst exakt ihren emanzipatorischen Vorstellungen und revolutionären Ansprüchen entsprechen. Eine reine Alltagstauglichkeit ist hier zu wenig. Nur wenn die Strukturen den alltäglichen Anforderungen einen Schritt voraus sind, können sie mit Recht als progressiv bezeichnet werden. Und das gilt natürlich nicht nur für Limonaden-Kollektive sondern auch und ganz besonders für syndikalistische Gewerkschaften.

Benjamin Bertsche

Von deutscher Fürsorge

Ein Erfahrungsbericht zur Streichung des Arbeitslosengeldes für Arbeitssuchende aus der EU

Ein persönlicher Bericht von Karl Diamond von der English-Speaking Section der FAU *Berlin mit Tipps, wie man sich bei der Streichung des Hartz-IV-Satzes als EU-BürgerIn wehren kann.*

So wie viele andere Arbeitsuchende aus der EU in Deutschland, insbesondere in Berlin, kam auch ich in die Situation, in der ich auf das ALG II zurückgreifen musste, um mein Einkommen aufzubessern. Als ich nun wöchentlich 20 Stunden meinen Deutsch-Integrationskurs absolvierte und nachmittags einer Teilzeitbeschäftigung nachging, kam bei mir, so wie bei Tausenden anderen Menschen auch, ein Brieflein an, in dem mir mitgeteilt wurde, dass Deutschland das Europäische Fürsorgeabkommen, im Besonderen Paragraph 7, nicht mehr ausführen werde. Das bedeutet, dass Deutschland sich verweigert, Menschen aus der EU ohne deutsche Staatsangehörigkeit die Grundsicherung auszuzahlen. Dies scheint mir eine bewusste Reaktion auf die sich immer deutlicher abzeichnende Krise in Europa, wohl aus Angst vor Migration aus den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern zu sein. In der Essenz ist dieses Handeln auf eines mit den Opfern der Krise unsolidarisches Verhalten zurück zu führen.

Nach einem kurzen Anfall von Panik – und ein paar Monaten Prozessdauer sowie einem nicht stattgegebenem ersten Einspruch, gewann ich im zweiten Anlauf meine Ansprüche zurück: Deutschland hat meinem Anspruch auf ALG II nachzukommen! Wahrscheinlich werde ich bei meinem Ansuchen auf Verlängerung meines Bezuges erneut abgewiesen werden, und dann werde ich wieder Einspruch erheben, abgewiesen werden und wieder vor Gericht gehen müssen, höchstwahrscheinlich gewinnen und das so oft, wie ich meinen Anspruch verlängern muss. Alle, die in der gleichen Situation sind und einen dieser Briefe bekommen, sollten immer sofort eine in Sozialrecht kundige Anwältin und eine Hartz-IV-Unterstützungsgruppe kontaktieren. Es ist möglich, beim Amt einen Rechtshilfegutschein zu beantragen, der kostenfreie Rechtshilfe garantiert. Deine Chancen, den Fall genauso wie ich zu gewinnen, stehen sehr gut, im Besonderen, wenn du dir einen Minijob besorgst. Sei dir bewusst, dass du ein Recht auf dieses Geld hast, und erstreite es dir! Auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, ist nicht unbedingt wünschenswert, aber der Versuch, Menschen dieses Recht auf Grund einer so genannten Nationalität zu entziehen, darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Jeder gewonnene Fall zählt, nicht nur für dich, sondern auch für viele andere!

Eine ausführlichere englische Version dieses Berichtes und weiterführende Informationen und Kontaktmöglichkeiten gibt es demnächst online unter www.direkteaktion.org

„Wir begleiten das weiter"

Vier Abteilungen in der Produktion des Recyclingmaschinenherstellers Metso Lindemann in Düsseldorf sollen „umstrukturiert" werden und dabei laut Lokalpresse nicht weniger als 70 Stellen abgebaut werden. Die DA sprach dem Düsseldorfer FAU-Mitglied Basti.

Wie ist die FAU Düsseldorf auf die Situation bei Metso aufmerkam geworden und welche Schritte wurden bisher unternommen?

Mitglieder der FAU Düsseldorf arbeiten bei Metso, allerdings ist die Belegschaft dort insgesamt nicht sehr konfliktenprobt. Die FAU hat jetzt zunächst mal Informationen zur Situation im Betrieb gesammelt und zusammen mit Infos zum Arbeitsrecht zusammen als Flugblatt vor dem Firmengelände verteilt.

Wie hat der Betriebsrat bei Metso auf den geplanten Stellenabbau reagiert?

Bei den letzten Entlassungen 2010 hat der Betriebsrat einiges einfach unterschrieben. Diesmal hat er den Chefs Alternativen genannt und betont, dass er noch mehr Infos von der Geschäftsführung braucht, bevor die Verhandlungen beginnen.

Wie geht es jetzt weiter? Welche weiteren Schritte sind im Betrieb und bei der FAU geplant?

Die Verhandlungen stocken, die Belegschaft ist größtenteils passiv und die IG Metall hat vor drei Wochen eine offene Mitgliederversammlung organisiert und Aktionen angekündigt; die nächste Versammlung ist kommende Woche nur für ihre Mitglieder. Die FAU begleitet das weiter und versucht, auf die Entwicklungen zu reagieren.

Meldungen aus der FAU

Berlin

Die FAU Berlin setzte ihre Unterstützung für entlassene ArbeiterInnen des LG-Zulieferers Chung Hong in Worclaw (Polen) mit einer Solidaritätskundgebung bei der Internationalen Funkausstellung am 1. September fort. Außerdem protestierten Mitglieder der FAU Berlin am 10. Oktober gegen die Entlassung eines Genossen der ZSP bei Roche in Polen vor der Berliner Niederlassung der Roche-Tochter Swisslab. Roche beschäftigt in Polen viele LeiharbeiterInnen und eine große Anzahl Scheinselbstständiger, um ihnen elementare Rechte zu verwehren. Es ist zu befürchten, dass die Bedingungen, die bei Roche herrschen, auch bald bei Swisslab Einzug halten könnten, wenn Gegenwehr ausbleibt.

Freiburg

Die FAU Freiburg hat ihre Solidarität mit den Beschäftigten der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in ihrer Region erklärt. In ihrer Erklärung protestiert sie aufs Schärfste gegen die geplante Auslagerung von drei Dienstleistungsbereichen der AWO in eine neue gemeinnützige Gesellschaft. Nach Ansicht der Gewerkschaft würde dies zu einer erheblichen Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der betroffenen Beschäftigten führen.

Eimersleben

Die FAU Magdeburg und FAU Berlin haben am 17. August eine gemeinsame Kundgebung in Eimersleben in Sachsen-Anhalt veranstaltet. Anlass war der mittlerweile halbjährige Zahlungsverzug einer Messebaufirma, die in diesem Ort auch eine Galerie betreibt, gegenüber zwei Genossen. Nachdem auf Briefe und Telefonate nur mit Ausflüchten reagiert wurde, fanden sich Mitte August schließlich über ein Dutzend solidarische GewerkschafterInnen vor der Galerie der Arbeitgeberin ein, in der für diesen Abend eine Ausstellungseröffnung angekündigt war. Die BewohnerInnen des Ortes wie auch die BesucherInnen der Galerie wurden über Megafon und Flugblätter über die Praxis der Geschäftsinhaberin aufgeklärt, ihre Beschäftigten nicht zu bezahlen.

Keine Frage der Ehre

Die sizilianische Landarbeiterbewegung und die Entstehung der Mafia

Es dürfte wohl kaum eine Region in Europa geben, wo verklärende Mythen über Räuber und Banditenwesen derart unpopulär sind wie in Sizilien. Dafür ist der Schrecken, den die organisierte Gewalt verbreitet, zu real, und die Erinnerung an Gräueltaten, die auf die Arbeiterbewegung verübt wurden, zu lebendig. Denn nicht nur Richter, Staatsanwälte und Politiker stehen auf den Todeslisten der cosa nostra, *sondern in noch größerem Maße Gewerkschaftsfunktionäre und AktivistInnen der Arbeiterbewegung. Wenn außerhalb Siziliens dessen Gewerkschaften als Teil der Anti-Mafia-Bewegung bezeichnet werden, so ist das zwar nicht falsch, gibt den tatsächlichen Zusammenhang jedoch verzerrt wieder. Zutreffender wäre es da schon, die sizilianische Mafia als Anti-Streik-Organisation zu bezeichnen, ist ihr Aufkommen doch unaufknüpfbar verbunden mit der Zerschlagung der Landarbeiterbewegung gegen Ende des 19. Jahrhunderts sowie nach beiden Weltkriegen.*



Bernardino Verro: populärer Bauernführer und erster sozialistischer Bürgermeister von Corleone - im November 1915 von der Mafia ermordet.

Sizilianischer Feudalismus

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts erfuhr Sizilien nur eine schwache Industrialisierung und Modernisierung. Es blieb vornehmlich agrarisch geprägt. Dabei bildete sich ein eigenes System doppelter Ausbeutung heraus, in dessen Folge der überwältigende Teil der Bevölkerung in bitterster Armut verblieb.

Der landbesitzende Adel, dessen Angehörige es in der Regel vorzogen, außerhalb Siziliens der Zerstreuung nachzugehen, verpachtete seine Ländereien an Gutsverwalter, die sogenannten *gabelloti*. Diese wiederum teilten das Land in kleine Parzellen auf, die sie an landlose Bauern weiter verpachteten, und das zu Bedingungen, die kaum das Überleben zuließen. Hinzu kam, dass die *gabelloti* faktisch Polizeigewalt ausübten und Kleinbauern sowie WanderarbeiterInnen stets ihrer Willkür ausgesetzt waren.

Die Einigung Italiens verschärfte die ökonomische und soziale Situation auf Sizilien ab 1861, als Programme zur Forcierung der Industrialisierung den Norden Italiens förderten, während die Agrarproduktion stärker besteuert wurde. Für Sizilien hatte das enorme soziale Verwerfungen zur Folge, gaben die Großgrundbesitzer doch die erhöhte Steuerlast direkt an die Pächter weiter.

Politisches Vakuum

Während der 1860er Jahre herrschte auf Sizilien eine fragile politische Situation. Der einst allmächtige Landadel, dem an einer Veränderung der Besitzverhältnisse kaum gelegen sein konnte, vereitelte erfolgreich jedwede Reformbemühungen. Unter anderem wurden die *gabelloti* hierfür aufgestockt und mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet, um Proteste der Landbevölkerung im Keim zu ersticken.

Dem jungen italienischen Staat gelang es in dieser Zeit nur unzureichend, auf Sizilien Fuß zu fassen und funktionstüchtige Strukturen aufzubauen. Die Einigung Italiens war vornehmlich eine Initiative des norditalienischen Bürgertums und fand unter den sizilianischen Eliten nur geringe Unterstützung. Immer wieder kam es zu Unruhen und bewaffneten Aufständen, wie etwa 1866 in Palermo, mit tausenden Toten. Zwar konnte das italienische Militär in den Städten allmählich die Oberhoheit gewinnen; doch aus aufständischen Gruppen bildeten sich dem zum Trotz marodierende Brigantentrupps, die teilweise ganze Landstriche kontrollierten und ihre politischen Anliegen – wenn sie denn überhaupt welche verfolgten, waren diese zumeist nationalistisch bzw. seperatistisch motiviert – durch Raubüberfälle und Schutzgelderpressungen finanzierten. In zunehmendem Maße vermischte sich die Szene der Briganten, die von den Gutsverwaltern gern als Schlägerbanden angeheuert wurden, mit den *gabelloti*.

Gemeinsam unter der roten Fahne

Im Verlauf der folgenden zwei Jahrzehnte bildete sich unter der nahezu rechtlosen Landbevölkerung Siziliens eine eigenständige soziale Bewegung heraus. Handelte es sich anfangs noch zumeist um unkoordinierte lokale Proteste und Aufstände gegen unhaltbare Lebens- und Arbeitsbedingen, begann sich diese Bewegung zusehends zu organisieren. Inspiriert von sozialistischen und anarchistischen Ideen formierte sie sich ab den 1880er Jahren als Bewegung der LandarbeiterInnen. Es kam zu Verweigerungen, die als unverhältnismäßig hoch empfundene Pacht zu zahlen, zu echten und symbolischen Landbesetzungen sowie zu zahllosen Demonstrationen und Streiks. Verschärft wurde die Situation durch die Agrarkrise von 1888 bis 1892, die durch einen rapiden Verfall des Weizenpreises ausgelöst worden war. Bald solidarisierten sich auch ArbeiterInnen und Intellektuelle in den Städten mit der Bewegung, und 1891 kam es schließlich zur Gründung der *Fasci siciliani dei lavoratori* (Sizilianischer Arbeiterbund; lokale Vorläufer waren ab 1889 entstanden). Diese föderalistisch und zumindest in Teilen revolutionär ausgerichtete Organisation forderte zum einen eine Landreform, die den Adel enteignen und die *gabelloti* entmachten sollte, und baute zum anderen ein eigenes System von Kooperativen auf. Dabei handelte es sich vor allem um Einkaufskooperativen, die eine ausreichende und gerechtere Versorgung mit dem Lebensnotwendigen gewährleisten sollten, zunehmend aber auch um Produktionsgenossenschaften.

Die Bewegung der *Fasci siciliani* (nicht mit der faschistischen Bewegung Italiens zu verwechseln, *fascio* bedeutet schlicht Bündel, bzw. Bund) erlebte zunächst einen enormen Aufschwung. In einer Phase des schwachen Staates organisierten sie mehr und mehr Bereiche des ökonomischen wie gesellschaftlichen Lebens, verfügten über eigene Versammlungshäuser, Bibliotheken und Bildungseinrichtungen. Besonderen Stellenwert nahm dabei der Kampf gegen den Analphabetismus ein (über 75% der SizilianerInnen konnten weder lesen noch schreiben). Die Landarbeiterbewegung, die unter der Roten Fahne ohne irgendwelche Symbole auftrat, brachte eine enorme Verve mit. Es entstanden eigene Lieder, Legenden wurden über AktivistInnen gesponnen. Die *Fasci siciliani* waren auch eine Kulturbewegung geworden, der sich bemerkenswert viele Frauen anschlossen, der traditionell besonders patriarchalisch geprägten sizilianischen Gesellschaft zum Trotz. Auf ihrem vorläufigen Höhepunkt 1893 zählte die Bewegung etwa 300.000 Mitglieder.

Die Geister, die der Adel rief

Die Reaktion des Adels ließ nicht auf sich warten. In vollkommener Überschätzung der eigenen Machtposition setzten die Großgrundbesitzer (es waren ausnahmslos Männer, was im Übrigen auch auf die Gutsverwalter zutraf) ausschließlich auf Repression durch die *gabelloti*, und gaben diesen freie Hand bei der Niederschlagung der Bewegung. Und diese zeigten sich wenig zimperlich. Sie beließen es keineswegs bei Knüppeln und Schlägereien. Immer häufiger wurde scharf geschossen. Es gab Tote bei Demonstrationen, Versammlungshäuser wurden niedergebrannt, schließlich gezielt AktivistInnen ermordet. Einschüchterung, Bedrohung und Erpressung wurden zu Stilmitteln in einer politischen Auseinandersetzung. Traurige Berühmtheit erlangte das Massaker von *Caltavuturo*, in das auch reguläre Polizisten und Soldaten involviert waren. Als am 20. Januar 1893 eine Gruppe von 500 LandarbeiterInnen eine symbolische Landbesetzung beendete, wurde ohne Vorwarnung das Feuer auf sie eröffnet; mindestens 13 Tote und 21 Verletzte wurden beklagt.

Im gleichen Maße, wie es den *gabelloti* gelang, die Landarbeiterbewegung zurückzudrängen, wuchs ihre eigene Macht. Sie emanzipierten sich zusehends von ihren adligen Herren und operierten nach Gutdünken. In einigen Gebieten Westsiziliens führte dieser Prozess soweit, dass sich Gutsverwalter die Ländereien aneigneten und nun selbst als unumschränkte Herren agierten. Und sie begannen sich ihrerseits zu organisieren, legten sich einen eigenen Kodex zu, der auf einer strikten, rein männerbündischen Hierarchie basierte und Gehorsam, Ergebenheit und vor allem Verschwiegenheit forderte. Die Mafia war geboren.

Stillstand unter den „Männern der Ehre"

Die genauen Ursprünge der sizilianischen Mafia liegen im Dunkeln. Wahrscheinlich speiste sie sich aus unterschiedlichen Wurzeln, Brigantentum und *gabelloti* vermengten sich mit älteren kriminellen Strukturen. In der Forschung gilt jedoch als sicher, dass sie in der heutigen Form erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts entstand. Andere Angaben, wonach sie auf das Mittelalter zurückginge und es sich anfänglich um ein Sozialbanditentum in Robin-Hood-Manier gehandelt habe, gehen auf Legendenbildungen zurück, die von der Mafia selbst gezielt gestreut wurden. Eine Eigenbezeichnung besitzt die Mafia in Sizilien nicht; ihre Mitglieder bezeichnen sich lediglich als „Männer der Ehre", ihre Struktur ist die der „Familie", die fest abgesteckte Reviere kontrolliert. Dabei handelt es sich keineswegs um reale Verwandtschaftsverhältnisse, sondern um die lokale Mafia-Sektion vor Ort, die ihre Mitglieder nach eigenem Ermessen aus der näheren Umgebung rekrutiert. Frauen können ihr nicht angehören, spielen aber insofern eine gewisse Rolle, als sie die Ehrvorstellungen an die Kinder weitergeben sollen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den *Fasci siciliani* und den „Ehrenmännern" zogen sich mit wechselnden Erfolgen über die nächsten fünf Jahrzehnte hin. Zwar gelang es der Mafia nicht, die Bewegung zu vernichten, wohl aber, sie zu schwächen, und vor allem, die überfälligen Landreformen zu verhindern. Zunehmend gewann sie an Einfluss auf die Politik. Besonders im Westteil der Insel waren immer mehr Bürgermeister und Abgeordnete Politiker von Mafias Gnaden.

Die Landarbeiterbewegung verfolgte hingegen einen grundsätzlich friedlichen Weg, und setzte weiter auf Streiks, Besetzungen und Selbstverwaltung, aber auch mehr und mehr auf legalistische Ansätze. Prominente Führer der Bewegung kandidierten bei Wahlen, nachdem 1913 das allgemeine Wahlrecht für Männer eingeführt worden war. In Corleone wurde 1914 schließlich Bernardino Verro, populärer Bauernführer und Gründungsmitglied der *Fasci siciliani*, zum ersten sozialistischen Bürgermeister auf Sizilien gewählt. Wie vor ihm schon erfolgreiche „Organizer" wie Luciano Nicoletti 1905 oder Lorenzo Panepinto 1911, wurde er schließlich Opfer der Mafia. Am helllichten Tag wurde er am 3. November 1915 auf offener Straße regelrecht hingerichtet. Bis zum heutigen Tag wurde mehr als die Hälfte aller Gewerkschaftsvorsitzenden Corleones ermordet.

Der Niedergang

Eine letzte Blüte erlebte die Landarbeiterbewegung unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs, als die sizilianische Mafia am Boden lag. Doch unter der US-amerikanischen Besatzung, die einen kommunistischen Umsturz befürchtete, wurden lokale Mafia-Chefs als lokale Politiker eingesetzt, die ihre Strukturen bis Mitte der 1950er reorganisierten. Entmutigt wanderten mehr als 1 Million Sizilianer aus, die *Fasci siciliani*, auf deren Erbe sich heute die wesentlichen Arbeiterorganisationen Siziliens berufen, waren Geschichte geworden.

Matthias Seiffert

Neue Hoffnung am Kap?

Eine Welle wilder Streiks überrollt den südafrikanischen Bergbau

Als die Polizei eine Versammlung von streikenden Arbeitern in Südafrika am 16. August mit Waffengewalt auflöste und dabei 34 Bergarbeiter tötete, war es der verheerendste Einsatz seit dem Ende der Apartheid. Damit rückten auch die desaströsen Arbeits- und Lebensbedingungen für die Masse der schwarzen Bevölkerung zumindest für kurze Zeit ins Rampenlicht. Südafrikas Bergbau dürfte zu den technologisch rückständigsten weltweit zählen, mit einfachsten Mitteln und unter gesundheits- und lebensgefährlichen Bedingungen werden dort vor allem Edelmetalle wie Platin und Gold abgebaut. Seine Wettbewerbsfähigkeit basiert auf den niedrigen Lohnkosten. Ein Bergarbeiter verdient in der Regel. umgerechnet kaum mehr als 500 Euro im Monat. Die von der National Union of Mineworkers (NUM) mit den einzelnen Bergwerksunternehmen vereinbarten Tariflöhne liegen in der Regel nur wenig über der Inflationsrate. Seit Beginn der globalen Wirtschaftskrise 2008 ist zudem die Nachfrage nach Platin deutlich gesunken, der Druck auf die Lohnabhängigen mithin gestiegen, immer mehr Jobs werden ausgelagert an Leiharbeitsfirmen und Kontraktarbeiter, deren Bezahlung noch schlechter ist, als die der direkt Angestellten. Angesichts dessen versuchen die Arbeiter, die bei den Funktionären der NUM kaum noch Gehör finden, immer wieder mit wilden Streiks zusätzliche Lohnerhöhungen durchzusetzen. Insbesondere seit Krisenbeginn hat sich die Zahl der wilden Streiks im Platin- und Goldbergbau deutlich erhöht. Am 10. August dieses Jahres hatten die Rock-Driller (Felsbohrer) beim Platinförderer Lonmin in der Nähe von Johannesburg die Nase voll. Sie wollten mithilfe der NUM zusätzliche Lohnerhöhungen durchsetzen, was diese jedoch verweigerte. Mehr noch, als die Arbeiter zum örtlichen Gewerkschafts-Büro marschierten, um den dortigen Funktionären ein Memorandum mit ihren Forderungen zu übergeben, eröffneten diese das Feuer auf die unbewaffneten Arbeiter, die in ihrer großen Mehrheit in der NUM organisiert waren. Zwei von ihnen starben vor Ort. Daraufhin traten die 3000 Felsbohrer bei Lonmin in den Streik und bewaffneten sich. In den nächsten Tagen eskalierte die Gewalt, vier weitere Arbeiter, zwei Polizisten und zwei Wachleute wurden getötet, bis es schließlich zu dem verhängnisvollen Massaker kam, bei dem 34 Bergarbeiter getötet und 78 verletzt wurden; 259 Streikende wurden festgenommen.

Die Bewohner der umliegenden, zumeist informellen Siedlungen solidarisierten sich daraufhin mit den Streikenden und Lonmin musste Ende August einräumen, dass die Streikbeteiligung unter den Bergarbeitern nahezu vollständig sei. Eine Woche nach den tragischen Ereignissen in Marikana traten erstmals Kumpel eines anderen Platin-Bergwerkes der Region mit in Streik, Ende desselben Monats griff die Streikwelle schließlich auf den Goldbergbau über. Nun schaltete sich die Regierung ein und beraumte Verhandlungen für ein „Friedensabkommen" zwischen Management, Gewerkschaften und Arbeiterdelegierten an, jedoch ohne Erfolg. Die Streikenden weigerten sich, ohne Lohnangebot wieder an die Arbeit zu gehen. Nach 6 Wochen Streik bei Lonmin gab das Unternehmen nach. Es wurde ein Abkommen unterzeichnet, das Lohnerhöhungen für die Felsbohrer auf 11.000 Rand (knapp 1000 Euro) vorsieht. Die Ausbreitung der Streiks beschleunigte sich weiter. Während sich Mitte September knapp 40.000 Bergarbeiter im Streik befanden, waren es Anfang Oktober bereits über 80.000. Und beinahe täglich kommen Nachrichten von neuen Ausständen.


Quelle: Indymedia
Martialisches Auftreten der Armee

Frust über Gewerkschaften

Der Streik bei Lonmin war von den Arbeitern selbst organisiert. Entscheidungen wurden auf den Massenversammlungen der Streikenden gefällt, Streikkomitees wurden gewählt, die sich auf die Arbeiter ungeachtet ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit stützen. Noch immer kommt es zu Auseinandersetzungen mit Schlägertrupps der NUM – die aber nicht die Ursache, sondern eine Folge der Streiks und des für die Arbeiter verheerenden Agierens der NUM sind. Die Unternehmen beklagten, dass Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Gewerkschaften um die Vorherrschaft in den Bergwerken, zwischen NUM und ihrer Abspaltung Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU), die Ursache für die Streiks gewesen seien. Tatsächlich versucht die AMCU in jüngster Zeit immer nachdrücklicher im Bergbausektor Fuß zu fassen. Sie kann sich dabei auf den weitverbreiteten Frust der Arbeiter über die NUM, die de facto zu einem Teil des Managements geworden ist, stützen. In diese Lücke stößt nun die AMCU, die aktiv gerade die am niedrigsten bezahlten Arbeitergruppen, einschließlich der Kontrakt- und Leiharbeiter, organisiert. Allerdings gibt die AMCU auch dort, wo sie in den Verhandlungsprozess einbezogen worden ist, sehr schnell ihre Forderungen auf.

Der regierende ANC und die mit ihm eng verbundene NUM versuchen die Streikenden überall zu diffamieren. Die zumeist aus ländlichen Gegenden stammenden Felsbohrer werden als ungebildet und latent gewalttätig und daher selbstorganisierter Handlungen unfähig dargestellt, die sich leicht von radikalen Elementen mit „unrealistischen" Lohnforderungen aufstacheln lassen. In den Medien wurde verbreitet, dass sich Streikende von Wunderheilern unverwundbar machen lassen und deswegen so militant auftraten usw. Von Anfang an wurden zudem Befürchtungen laut, dass ein erfolgreicher Streik bei Lonmin eine ganze Welle von Streiks im gesamten Sektor und darüber hinaus im Lande zur Folge haben könnte. Nicht nur der Bergbau, der gesamte Investitionsstandort Südafrika sei in Gefahr, wenn sich die gewaltsamen Auseinandersetzungen nicht eindämmen ließen.

Der ANC und die Unternehmer reagierten mit Zuckerbrot und Peitsche. Einerseits wurde eine genaue Untersuchung des Massakers von Marikana und der sozialen Lage der Bergarbeiter angekündigt, Unternehmer offerierten „Nachverhandlungen" zu den laufenden Tarifverträgen. Auf der anderen Seite verbot der Staat zahlreiche Demonstrationen und Versammlungen, führte Razzien durch, schickte Militäreinheiten zur Unterstützung der Polizei und drohte mit der Verhängung des Ausnahmezustandes über die sogenannten Unruheprovinzen. Die Unternehmer drohen mit Entlassungen und Schließung ganzer Minen. Amplats, der größte Platinförderer der Welt, hat die Drohungen inzwischen wahr gemacht und verkündete Anfang Oktober die Entlassung von insgesamt 12.000 Streikenden, die sich den firmeninternen Disziplinarmaßnahmen verweigert hatten, inzwischen sind einige andere Unternehmen diesem Beispiel gefolgt.

Chancen für den Neubeginn

Die Streikenden reagieren den Umständen entsprechend, sie wehren sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln – vom Speer bis hin zu Brandbomben. Streikbrecher werden massiv eingeschüchtert, es kam mehrfach zu Anschlägen auf NUM-Funktionäre, wobei unklar ist, von welcher Seite diese erfolgen. Immer wieder besetzen die Arbeiter ihre Minen, verweigern die Ausfahrt und wehren sich militant gegen Räumungsversuche durch die Polizei.

Obwohl die Beurteilung des Konfliktes gegensätzlich ausfällt, sind sich die meisten Beobachter einig, dass es bei den Kämpfen um mehr geht, als um Lohnerhöhungen. Die meisten Arbeiter haben es satt, ihr Leben für Hungerlöhne und vage Zukunftsversprechen zu ruinieren. Die etablierten Gewerkschaften und der ANC verlieren zusehends an Vertrauen und Einfluss. Hattingh Shawn vom südafrikanischen anarcho-kommunistischen Netzwerk ZABALAZA sieht durchaus Chancen für eine neue Bewegung der Selbstemanzipation. Allein die Tatsache, dass all die wilden Streiks ihren Ausgang bei den Arbeitern selbst nahmen, stimmt ihn zuversichtlich. In den Massenversammlungen und deren Forderung nach öffentlich zugänglichen Verhandlungen sieht er die zentralen Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der Kämpfe. Gleichzeitig warnt er vor der gerade unter linken populären Forderung nach einer Verstaatlichung des Bergbausektors und räumt den Hoffnungen auf die Revolutionierung der bestehenden Gewerkschaften nur geringe Chancen ein. Auch sieht er die nicht zu unterschätzende Gefahr, dass Populisten die Unzufriedenheit der Massen für ihre eigenen Machtambitionen ausnutzen könnten. Entscheidend sei es, dass sich die Ansätze von Basisorganisierung verstetigen lassen, Strukturen entstehen, die Populisten und Clanchefs keine Chancen lassen. Darin sieht Shawn auch die nächstliegende Aufgabe der eher schwachen radikalen Linken in Südafrika. Sie könne ihre Erfahrung in basisdemokratischen Prozessen einbringen und so populistischen Tendenzen etwas entgegensetzen, hofft er.

Ludwig Unruh

NUM

Die National Union of Mineworkers gehört dem südafrikanischen Dachverband COSATU an, der seinerseits seit dem Ende der Apartheid zusammen mit dem ANC und der KP die Regierung stellt. Sie ist mit ca. 300.000 Mitgliedern (vor den jüngsten Ereignissen – inzwischen sollten es deutlich weniger sein) die stärkste Einzelgewerkschaft des Landes. Während sie sich im Kampf gegen die Apartheid große Verdienste erworben hat, ist sie in den letzten Jahren immer mehr zu einer Staatsgewerkschaft geworden, die in erster Linie bestrebt ist, Ruhe im Lande zu wahren, um nicht die eigene Herrschaft bzw. die des ANC zu gefährden. Der Schwerpunkt der Mitgliedschaft hat sich von den Bergarbeitern hin zu den Angestellten verlagert. Viele ihrer Funktionäre sind inzwischen Miteigentümer der Bergbaugesellschaften geworden. Inzwischen hat sie keine Probleme mehr damit, die Polizei gegen rebellierende Arbeiter zu Hilfe zu rufen oder aber gar selbst Hand bei der Unterdrückung von nicht autorisierten Streiks anzulegen.

AMCU

Die AMCU ist 1999 als Reaktion auf den Rauswurf eines lokalen NUM-Sekretärs, der die Arbeiter bei einem wilden Streik unterstützt hatte, entstanden. Lange Zeit spielte sie nur eine marginale Rolle im Platinbergbau, seit den jüngsten Streikwellen ist es ihr gelungen, deutlich mehr Einfluss zu gewinnen. Während der Streiks ist es stellenweise zu Massenübertritten zur AMCU gekommen. Sie hat nach eigenen Angaben inzwischen mehr als 50.000 Mitglieder, hauptsächlich im Bergbausektor. In einigen Schächten ist sie inzwischen Mehrheits-Gewerkschaft. In den aktuellen Streiks unterstützt sie die Forderungen der Arbeiter und nimmt auch an Lohnverhandlungen teil. Sie tritt meist radikaler auf, als die NUM (und die zahlreichen anderen, kleineren Gewerkschaften), gibt sich offiziell aber als apolitisch und sieht sich als eine Alternative zur NUM. Von ihren Strukturen her unterscheidet sie sich aber kaum von den konkurrierenden Verbänden. Daneben gibt es zahlreiche weitere kleine Gewerkschaften, über eine nennenswerte Mitgliedschaft im Bergbausektor verfügt noch die Solidarity, ein ehemals nur aus weißen Facharbeitern bestehender Gewerkschaftszusammenschluss, der sich inzwischen aber von seinen rassistischen Wurzeln entfernt hat.

Verleihen oder versklaven?

Streit über Leiharbeit in Namibia

Eher selten steht Namibia im Fokus der Gewerkschaften. Doch der multiethnische Staat, der als letztes Land Afrikas seine Unabhängigkeit 1990 erlangte, besitzt eine agile Streikkultur. Erst Mitte Oktober drohten tausende Krankenschwestern mit ihrer Kündigung und setzten auf Streik, was eine Diskussion über ein Streikverbot in lebenswichtigen Bereichen nach sich zog. Fünf durchgeführte Streiks in diesem Jahr wurden als illegal bewertet. In diesem Klima währt seit über vier Jahren eine Auseinandersetzung um das Verbot der Leiharbeit. Im März 2009 unterlag dort Namibias größte Leiharbeitsfirma, die Africa Personel Services (APS) in erster Instanz vor dem obersten Gerichtshof, welcher der Argumentation folgte, dass Leiharbeit eine moderne Form der Sklaverei sei und damit nicht verfassungskonform. Bereits im Juli 2008 hatte damals der Absatz 128 des *New Labour Act* festgelegt, dass „niemand gegen Entgelt eine Person anstellen darf, in der Absicht, sie einer dritten Partei als Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen". APS klagte weiter und erreichte einen Aufschub. Nur wenige Monate später war das Verbot der Leiharbeit per richterlichem Schiedsspruch wieder vom Tisch. Der Absatz 128 selbst, sei verfassungswidrig und Leiharbeit damit legal. Gewerkschaften sowie die SWAPO-Regierung, welche seit der Unabhängigkeit ununterbrochen regiert, akzeptierten die damalige Entscheidung nur widerwillig und kündigten weitere Schritte an gegen Leiharbeit vorzugehen.

Seit Ende 2011 liegt nun ein neues Gesetz vor, welches Leiharbeit effektiver als bisher eindämmen und nach Befürchtungen der Arbeitgeberverbände sogar verbieten würde. Der seit Monaten heiß diskutierte neue Absatz 128 schreibt vor, dass Firmen, die Leiharbeit in Anspruch nehmen, in vollem Maße die Verantwortung für die geliehene Arbeitskraft tragen müssen sowie, dass LeiharbeiterInnen nicht zum Streikbruch eingesetzt werden dürfen. Der Anreiz für die Nutzer von Leiharbeit lag bisher in gerade diesen Aspekten. LeiharbeiterInnen haben nach dem neuen Gesetz ebenso Ansprüche wie Festangestellte: bezahlten Urlaub, Sozialversicherung und sogar Schwangerschaftsschutz und letztlich denselben Lohn. Zusätzlich wird LeiharbeiterInnen ausdrücklich die Mitgliedschaft in Gewerkschaften zugestanden.

Arbeitgeberverbände beklagen nun, dass in Zukunft die Nachfrage nach Leiharbeit damit rapide fallen würde und prophezeien steigende Erwerbslosenzahlen. Genau hier setzen auch die KritikerInnen der Leiharbeit an, die anmahnen, dass die Leiharbeit lediglich für Produktionsspitzen und saisonalen Arbeitskräftebedarf gedacht war und der Schutz vor Ausbeutung vor dem gewinnorientierten Einsatz billiger Arbeitskräfte steht. Die Leiharbeitsagenturen sehen einen erheblichen Eingriff in ihre unternehmerische Freiheit und weisen dies ebenso als Verfassungsbruch aus. Die Angst der Agenturen ist es, dass Unternehmen sich nun selbst ihre LeiharbeiterInnen aussuchen, sollte ein Arbeitskräftemangel entstehen. Die derzeitige Klägerin, die African Labour Services (ALS), beklagt bereits Vertragskündigungen von Unternehmen und einen Rückgang vermittelter LeiharbeiterInnen um 75 %. über diesen Grundsatzstreit und die Auslegung, welche Verfassungsrechte tatsächlich eingeschränkt werden – das Verbot der Sklaverei oder die unternehmerische Freiheit – werden die Gerichte entscheiden. Die Richter des namibischen Obergerichts haben eine Entscheidung in dem Fall während der Verhandlung im September vorerst aufgeschoben.

Sebostien Nekyia

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Australien: Pizzalieferanten machen Ernst

Nach einer plötzlichen Lohnkürzung um 19 % befinden sich die FahrerInnen des Lieferservices „Domino's Pizza" in Australien im Arbeitskampf. Dieser begann bereits am 9. April. Nun beginnen sich die Angestellten in Brisbane allerdings selbst zu organisieren, nachdem sie von der ca. 230 000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft SDA regelrecht im Stich gelassen wurden. In Verbindung mit der Anarcho-Syndicalist Federation (ASF-IAA) gründeten sie eine eigenständige Gewerkschaft der TransportarbeiterInnen, auch mit der Absicht, sich mit anderen ihrer Branche zu vernetzen. In Folge ihrer Arbeit führten sie Streikposten in Filialen Melbournes und Brisbanes durch, suchten Gespräche mit der SDA und dem Management von Dominos Pizza Enterprise. Bei der Anhörung der „Fair Work Australia" (einer Art staatlichem Arbeitskampfgremium) intervenierten die TransportarbeiterInnen der ASF und benannten ihre Forderungen. Neben der Wiedererhöhung ihrer Löhne stellen sie unter anderem auch Ansprüche an den vollständigen Erhalt ihres Trinkgeldes, eine geregelte und angemessene Urlaubsvergabe, sowie Feiertagszuschläge. Am 15. September kam es zu einem internationalen Aktionstag, an dem sich auch die FAU in einigen Städten direkt vor Filialen des weltweit vertretenen Konzerns mit Protestaktionen solidarisierte.

China: Foxconn-Angestellte im Streik

Drei- bis viertausend ArbeiterInnen streikten Anfang Oktober beim international bekannten Technikriesen Foxconn. Die ArbeiterInnen der Produktionskette des i-Phone 5 machten damit ihrem Ärger über die mehr als strengen Produktionsbedingungen Luft. Konkret ging es um die Auflage, bei den zu produzierenden Hüllen für das Apple-Smartphone keine Dellen zuzulassen, welche die Tiefe von 0,02 Millimeter überschritten – eine Tiefe, so gut wie nicht wahrnehmbar für das menschliche Auge. Hinzu kam die Tatsache, dass die Unternehmensführung den ArbeiterInnen den Urlaub am Nationalfeiertag verwehrte. Nach Informationen von China Labor Watch (CLW) soll der Ausstand die Herstellung des i-Phones 5 für einen ganzen Tag gelähmt haben. Die Unternehmensführung wies diese Angaben zurück: Es hätte „keinen Streik" gegeben, sondern „Streitigkeiten mit kleinen Gruppen von Arbeitern". Es handelte sich nach ihrer Aussage dabei um „isolierte Vorfälle". Das rund eine Million MitarbeiterInnen zählende Unternehmen ist seit Jahren immer wieder in den Schlagzeilen wegen extrem belastender Arbeitsbedingungen und niedrigster Löhne. Besonderes Aufsehen erregte der Konzern Anfang 2010, nachdem sich eine Reihe von Angestellten auf Grund des hohen Arbeitsdrucks - teils direkt am Produktionsort - suizidierten.

USA: Kampf statt Sport

Gleich zwei Sportarten im Ausstand. So boten sich die Football-Schiedsrichter einen Konflikt mit der NFL (National Football League): Nachdem ihre Tarifverträge zur laufenden Spielzeit ausliefen und die Offiziellen sich anschließend weigerten neue Verträge zu schlechteren Konditionen anzunehmen, wurden sie von der Liga ausgesperrt. Die Folge war, dass ungeachtet der Qualität, im weiteren Amateure die Matches der höchsten amerikanischen Football-Spielklasse pfiffen - mit miserablen Resultaten. Dies sorgte neben den Schiedsrichtern nicht nur bei den Spielern, sondern sogar in allerobersten Ebene bei US-Präsident Obama für Unmut. Bevor die Auseinandersetzung jedoch den Gipfel erreichte, einigten sich nun Liga und Offizielle auf einen neuen Vertrag.

Ein wenig anders sieht die Situation im Eishockey aus. Hier sind es die Spieler selbst, welche der höchsten Spielklasse jetzt den Rücken kehren. Kamen bislang 57 Prozent der Gesamtgewinne den Spielern zugute, so soll dieser Satz nun auf 43 Prozent gekürzt werden. Die logische Folge dessen heißt: teils drastische Gehaltskürzungen für die Spieler. So gastiert ein Teil der Profis aus Nordamerika nun provisorisch bei europäischen Klubs, bis der Tarifstreit ausgestanden ist. Der Saisonstart der NHL wurde vorläufig verschoben. Bei der letzten Auseinandersetzung zwischen Spielern und Liga 2004/05 wurde der Spielbetrieb eine komplette Saison lang ausgesetzt.

Großbritannien: Amnesty International missachtet Arbeitnehmerrechte

Die weltweit agierende Menschenrechtsorganisation Amnesty International betreibt einen harschen Stellenabbau. Am 17. Oktober reagierten die Angestellten des Amnesty Hauptquartiers in London mit einem Streik. Von den 204 Beschäftigungsstellen sollen einige Dutzend im Rahmen einer Kürzungssumme von 2,5 Millionen britischen Pfund noch bis zum Ende des Jahres 2012 eingespart werden. Diese Maßnahmen stehen in einer Reihe von nicht eingehaltenen Abmachungen, mit denen die Angestellten die letzten 12 Monate zu kämpfen hatten: So soll es Brüche seitens der Organisationsleitung in Bezug auf abgemachte Zahlungen oder Zugeständnisse an das zeitlich befristete Personal gegeben haben. Auch ist die Rede von Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit. Das Management begründet die Einsparungen mit hohen Kosten für die Unterhaltung ihrer internationalen Büros. Die im Konflikt vertretene Gewerkschaft „Unite the Union" verweist hingegen auf die hohen Rentenzahlungen an ehemalige Vorsitzende, sowie das Gehalt des amtierenden Generalsekretärs. Der Kostenaufwand für diese neun Personen beliefe sich auf rund eine Million britische Pfund pro Jahr. „Amnesty könne keine effektive oder glaubwürdige Menschenrechtsorganisation sein, wenn sie nicht die Rechte der eigenen Arbeiter respektierte", so der örtliche Sprecher der erwähnten Gewerkschaft.

Zusammengestellt von Redaktion Globales

Kämpfe auf allen Ebenen

Griechenland steht auch vor dem sozialen Bankrott

Die 20 haben sie bald voll. So viele Generalstreiks haben die griechischen ArbeiterInnen seit Beginn der Krise bereits hinter sich. Einher gehen sie mit unzähligen Arbeitskämpfen in einzelnen Betrieben und einer Reihe von sozialen Kämpfen. Dies geschieht nicht etwa, weil „die Griechen" besonders kampfeslustig wären. Es geht nicht nur um unterschiedliche Vorstellungen, wie die Dinge zu laufen haben. Viele GriechInnen kämpfen schlichtweg um ihre Existenz. Den Luxus, Zurückhaltung zu üben, können sie sich gar nicht mehr leisten. Insofern sind es zunächst einmal Defensivkämpfe, in denen sich ein Großteil der Bevölkerung sieht. Die Krise als „revolutionäres Morgenrot" – davon spürt man derzeit wenig in Hellas.

Selbstverwaltung als Überlebenshilfe

Während sich die Generalstreiks gegen die drastischen Sparpakete und gegen die Demontage der sozialen Sicherungen richten, gelten die betrieblichen und sozialen Kämpfe der Abwehr ganz konkreter Auswirkungen der Wirtschaftskrise selbst: von Lohnausfällen, Betriebsschließungen, Erwerbslosigkeit, Mittellosigkeit bis hin zur Obdachlosigkeit, aber auch von Hunger und Krankheit. Von letzterem zeugen insbesondere die Versuche zahlreicher Menschen, sich selbst zu helfen. So üben sich einige in Subsistenzwirtschaft, hantieren mit Alternativwährungen oder etablieren Strukturen des Direkt- und Tauschhandels, wie etwa die sog. „Kartoffelbewegung". Weniger bekannt dürften dagegen die Projekte im Gesundheitsbereich sein. So gibt es in Athen und Thessaloniki kleine, selbstorganisierte Einrichtungen, wo engagierte ÄrztInnen umsonst behandeln.

Diese Praktiken der Selbstverwaltung sind die letzte Auffanglinie. Wer davon Gebrauch macht, tut dies in der Regel, um zu überleben. Sicherlich mögen sie zum Teil den Charakter eines sozialen Experiments tragen, an dem es vielen Linken, die das Ideal der Selbstverwaltung hochhalten, gelegen ist. Diese Bedeutung erhalten sie jedoch vielfach unfreiwillig. Denn die Krise zwingt die Menschen regelrecht zu Experimenten. Ob sich daraus ein Transformationsprozess ergeben kann – bekanntlich wohnt Krisen auch die Chance auf eine Neugestaltung inne – muss sich noch zeigen. Es besteht eine große Wahrscheinlichkeit, dass die Selbstverwaltung eine Elendsverwaltung bleibt.

Dass jene Aktivitäten derzeit eher die letztgenannte Funktion einnehmen, dafür spricht auch, dass sich deren Vernetzung noch in Grenzen hält. Eine parallelökonomische Formation zeichnet sich noch nicht so recht ab. Das mag auch an der geringen Dichte dieser „Experimente" liegen. Zwar lassen sich diese an auffällig vielen Orten und in vielen Bereichen ausmachen – mehr als sie in anderen Ländern zu finden sind. Um eine Massenbewegung, die einen Großteil der Bevölkerung erfasst hätte, handelt es sich aber nicht.

Ein Hauch von Argentinien

Allerdings deutet sich derzeit an, dass die Krisenerscheinung der Selbstverwaltung einen neuen Schub bekommen könnte. Denn in den Betrieben nehmen die Diskussionen über Arbeiterselbstverwaltung langsam an Fahrt auf. Sollten sich auch im Produktionsbereich solche selbstorganisierten Strukturen herausbilden, bestünde zumindest theoretisch die Möglichkeit, die verschiedenen Momente der Selbstorganisation im Bereich der Distribution und des Konsums auf eine qualitativ neue Basis zu stellen.

Auch in den Betrieben folgt die Tendenz zur Selbstverwaltung weniger einem Ideal als dem existentiellen Druck. Es ist für viele Lohnabhängige – das kennen wir bereits aus der argentinischen Krise – ein Mittel, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Gerade weil das Arbeitslosengeld nur noch zwölf Monate ausgezahlt wird, stellt sich diese Frage für viele Beschäftigte pleite gegangener Betriebe immer dringlicher. Genau dies sind etwa die Motive der ArbeiterInnen in der Metallfabrik

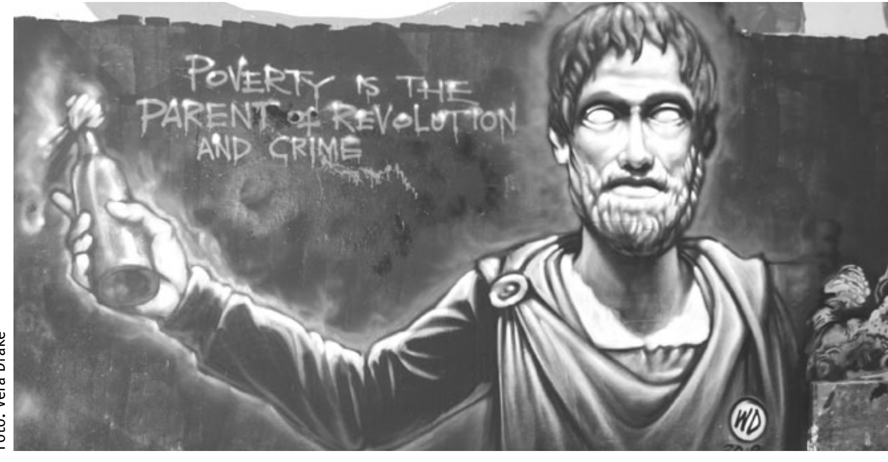


Foto: Vera Drake

Die Griechische Antwort auf Armut

„Bio Metalliki" in Thessaloniki. Diese haben das Betriebsgelände besetzt, nachdem sich der insolvente Besitzer davon gemacht hatte. Nun beabsichtigen sie, die Produktion als Arbeiterkooperative wieder aufzunehmen.

Arbeit ohne Lohn

Betriebsschließungen gibt es derzeit in allen Wirtschaftssektoren Griechenlands. Weitere Betriebe stehen vor dem Aus und zahlen keine Löhne mehr an die Beschäftigten aus, teilweise seit Monaten. Ob sie diese noch erhalten, steht in den Sternen. Denn ein im Zuge der Krise verabschiedetes Gesetz (Artikel 99) ermöglicht es bankrottgefährdeten Unternehmen, Ausnahmen für die Abtragung der Schuldenlast zu erwirken. Das kann auch beinhalten, dass das Unternehmen nur einen Bruchteil ausstehender Löhne an seine Beschäftigten zahlen muss, um die Gläubiger bedienen zu können.

Der Medienbereich ist exemplarisch für diese Situation. Gerade er wurde von der Krise besonders stark getroffen. Dort sind die Umsätze drastisch eingebrochen – auch weil in Folge der allgemeinen Wirtschaftslage die Werbeeinnahmen durch Unternehmen ausbleiben. Zahlreiche Medien mussten bereits den Betrieb einstellen, weitere stehen kurz davor. Und in vielen Betrieben kämpfen die ArbeiterInnen um ihre ausstehenden Löhne.

Da wäre etwa der Sender Alter TV, den die Beschäftigten seit Anfang des Jahres besetzt halten. Zwischenzeitlich haben sie hier selbst produziert und über die Kämpfe im Land berichtet. Dann wurden ihnen die Sendemasten gekappt. Der Eigentümer möchte sich unter den Artikel 99 flüchten, die Beschäftigten sind dagegen und bestehen auf den Lohn für ihre geleistete Arbeit. Ähnlich lagen die Dinge bei der Tageszeitung *Eleftherotypia*. Auch hier hatten die Beschäftigten zwischenzeitlich Ausgaben selbst produziert. Nachdem das Unternehmen endgültig dicht machte, fanden sich etwa 100 Beschäftigte zusammen. In diesen Tagen wollen sie mit einer neuen, selbstverwalteten Tageszeitung an den Start gehen. Sie selbst sprechen von einem „offenen Experiment in einer schwierigen Situation". Denn auch sie sind als derzeit Arbeitslose von der Aussicht getrieben, dass schon bald der Leistungsbezug ausläuft.

Friss oder stirb!

Unterdessen wächst der Widerstand gegen die Austeritätspolitik wieder und nimmt die Frequenz der Generalstreiks zu, nachdem es länger ruhiger war. Aus der Verzweiflung erwächst dabei zunehmend militante Wut, wie etwa der jüngste Sturm von 150 WerftarbeiterInnen auf das Verteidigungsministerium zeigt, die seit einem halben Jahr keine Löhne erhalten haben. Auch bei dem Besuch Angela Merkels in Athen waren die Bilder zorniger GriechInnen zu sehen – was hierzulande in der Presse wieder mal als „deutschlandfeindliche" Haltung „undankbarer" GriechInnen dargestellt wurde.

Dass sich derlei Protest auch aus Ressentiments gegen „die Deutschen" speist, ist gewiss nicht auszuschließen. Gründe, um auf die Griechenland-Politik Deutschlands, das bei der Troika-Politik federführend ist, wütend zu sein, haben die DemonstrantInnen allemal. Diese zeugt, das sieht man in der hiesigen Berichterstattung deutlich, von größter Ignoranz. Sie folgt ganz der Devise: „Friss oder stirb!" Dass das dargebotene Krisenfresspaket pures Gift sein könnte, wird nicht einmal hinterfragt, ebenso wie der Mythos vom deutschen „Zahlmeister", der den „faulen Griechen" das Geld hinterher trage.

Dabei ist nicht eine der kursierenden Behauptungen haltbar. Doch die Fakten interessieren hierzulande kaum, ja werden sogar tabuisiert. Als etwa Syriza-Chef Alexis Tsipras im Wahlkampf forderte, dass Krisenprogramm erst einmal auszusetzen, um zu prüfen, welche Auswirkungen dieses überhaupt hat und wer davon profitiert, wurde allein das schon als Unverschämtheit empfunden. Zugleich wird in der Presse schlichtweg mit Verdrehungen gearbeitet. Der neuerliche Aufschub für Griechenland bei der Schuldenbekämpfung sei „nicht verdient", behauptet etwa Julia Amalia Heyer im *Spiegel*. Die Regierung hätte nichts getan und lediglich „bei denen gespart, die sich am wenigsten wehren können". Dass gerade dies das wesentliche Konzept der Troika-Vorgaben ist, wie sie in allen Krisenstaaten zur Anwendung kommt – mit ähnlich verheerenden Konsequenzen – kommt Heyer nicht in den Sinn. Das passt zu ihrer zynischen Haltung, dass die radikale Absenkung des Lebensstandards nicht weiter schlimm wäre, solange nicht *„die Mehrheit* der Griechen ... in Schlangen vor den Suppenküchen stehen" müssen.

Soziale Pyromanie

Derlei Armenhilfe wird indessen auch von den Faschisten der „Goldenen Morgenröte" organisiert, die neuerdings in Umfragen als drittstärkste Kraft gehandelt wird. Dies verweist auf eine politische Ökonomie der Krise, für die vielen BeobachterInnen der Blick fehlt. Denn umso mehr sich die Wirtschaftskrise in soziale Verwerfungen übersetzt, desto polarisierter und instabiler werden auch die politischen Verhältnisse. Dass in dieser Situation, in der immer mehr Menschen eine „Exit-Option" suchen, auch die reaktionären Kräfte profitieren können – darauf wies die *DA* bereits zu Beginn der Krise hin (siehe „Die Pest der Gegenwart", *DA* Nr. 190) – zeigt sich hier ganz plastisch.

Der griechische Premier Andonis Samaras hat nicht ganz Unrecht, wenn er vor „Weimarer Verhältnissen" in Griechenland warnt. Aber auch das dürfte am vorherrschenden politischen Autismus abprallen, der den Zusammenhang von Wirtschaft und Demokratie nicht mehr sieht und ganz in der Durchsetzung eindimensionaler wirtschaftspolitischer Dogmen aufgeht. Immer deutlicher wird so, dass der Krise der Ökonomie die Krise der Demokratien folgen dürfte. Denn nicht nur in Griechenland schreitet in der Krise die gesellschaftliche Militarisierung voran.

Leon Bauer

Die Bewegung ist zurück

SyndikalistInnen mischen Spanien auf

Diese Zahlen erregen Besorgnis in Spanien: Laut Eurostat nimmt die Ungleichheit der Einkommen immer weiter zu. Der Gini-Koeffizient, bei dem eine 0 für absolute Gleichverteilung und eine 100 für absolute Ungleichheitsverteilung steht, liegt für Spanien aktuell bei 34. Von den 16 EU-Ländern, die bislang entsprechende Daten für 2011 eingereicht haben, wird dieser Wert nur noch von Lettland übertroffen. Es ist der höchste, jemals für Spanien gemessene Wert der Einkommensungleichheit.

35 % der ArbeiterInnen, die momentan noch Arbeit haben, erreichen laut einer Erhebung der Gewerkschaft CC.OO nur den Mindestlohn von 641 Euro. Ein Viertel der Bevölkerung ist erwerbslos. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich die Not von Millionen Menschen, die gezwungen sind, ihrem rasanten sozialen Abstieg beizuwohnen, deren Lebensqualität im freien Fall begriffen ist und von denen sehr viele zwischenzeitlich nicht mehr in der Lage sind, absolute Grundbedürfnisse, wie eine Wohnung oder ausreichende Nahrung zu finanzieren.

Während die StatistikerInnen belegen, dass die Folgen der Krise einseitig auf die ökonomisch schwächeren Teile der Bevölkerung abgewälzt werden, wird dort der Widerstand gegen den Klassenkampf von oben forciert. Am 25. September meldete sich die Bewegung 15M mit einer großen Demonstration in Madrid wieder auf der Bühne des Protestes zurück, nachdem es zuvor einige Monate ruhig um sie gewesen war. Anlass der Demo waren Beratungen über den Haushalt 2013, die an diesem Tag stattfanden. Die konservative Regierung verkündete anschließend, dass man nächstes Jahr 40 Milliarden Euro einsparen möchte. Dies stellt, wie könnte es in diesen Zeiten anders sein, mal wieder eine neue Superlative dar. Die Bewegung 15M ist heterogen, oftmals wird aus diesem Spektrum die Erarbeitung einer neuen Verfassung eingefordert, die eine „wirkliche Demokratie" ermöglichen soll. Andere Fraktionen und Gruppen positionieren sich hingegen radikaler gegen den Kapitalismus und für eine Basisdemokratie. Die Demonstration fand unter dem Motto „Occupy Parlamento" statt und hatte zum Ziel das Parlament mit einer Menschenkette zu umschließen. Wie die OrganisatorInnen im Vorfeld immer wieder ausdrücklich betonten, sollte dies auf eine friedliche Art und Weise geschehen. Die Regierung malte zeitgleich vehement ein Schreckensszenario von Zerstörung und Gewalt in die Diskurse und schreckte auch vor der frei erfundenen Ankündigung, dass die OrganisatorInnen mit Neonazis gemeinsame Sache machen würden nicht zurück.

Polizeigewalt provoziert Reaktionen

Wie von der Regierung prognostiziert, kam es zu einer Eskalation der Gewalt, nachdem die Demonstration die Absperrungen vor dem Parlament erreicht hatte. Die Ursache hierfür war in den folgenden Tagen Anlass für hitzige Diskussionen. Auf Videoaufnahmen ist zu sehen, wie aus einer Gruppe heraus mit Fahnenstangen in Richtung der Polizei geschlagen wird, was diese zum Anlass nimmt anzugreifen. Weitere Aufnahmen zeigen die wenig zimperliche Festnahme einer vermummten Person aus eben jener Gruppe, die lauthals versucht darauf aufmerksam zu machen, dass sie ein Kollege ist. Es waren aber nicht nur diese Szenen, die für Empörung sorgten. Zahlreiche Aufnahmen von diesem Abend dokumentieren exzessive Polizeigewalt. Spontan versammelten sich am folgenden Abend erneut weit über zehntausend Menschen am Platz des Neptunbrunnen in der Nähe des Parlamentes. Diesmal um gegen die Repression des Vortages zu demonstrieren und den Rücktritt der Regierung zu verlangen. Dort fand zu diesem Zeitpunkt bereits die Abschlusskundgebung einer Gewerkschaftsdemonstration statt.



Nichts geht mehr! Ganz Spanien steht still.

Aus Anlass eines Generalstreiks im Baskenland und in Navara an diesem 26. September, hatte ein Bündnis von „klassenkämpferischen Alternativgewerkschaften" landesweit zu Solidaritätskundgebungen mobilisiert. Ihr mittelfristiges Ziel ist ein landesweiter unbefristeter Generalstreik, der dem Sparregime ein für alle Mal den Garaus machen soll. Langfristig streben sie die Überwindung des Kapitalismus an. Diese Kampagne wurde ursprünglich im Sommer 2011 von den syndikalistischen Gewerkschaften CGT, SO und CNT angestoßen. Der Forderung „Hacia la huelga general!" hatten sich an diesem Tag weitere Basisgewerkschaften und gewerkschaftsübergreifende Gruppen, wie die linksnationalistische SAT aus Andalusien, die Cobas, die Intersindical Alternativa aus Katalonien und lokal auch verschieden Gruppen aus dem 15M-Spektrum angeschlossen.

Generalstreik in Nordspanien

Den landesweiten Generalstreik, den diese Organisationen anstreben, können sie mangels Massenbasis allerdings auch vereint noch nicht umsetzen. Dies ist vorläufig nur im Norden Spaniens möglich, denn dort verfügen die linksnationalistischen Gewerkschaften ELA und LAB über eine breite Basis, welche im restlichen Spanien nur den sozialpartnerschaftlichen Mehrheitsgewerkschaften CC.OO und UGT zur Verfügung steht. An deren auf einen Tag befristeten Generalstreik beteiligten sich auch CGT und CNT sowie weitere Alternativgewerkschaften aus der Region. Der Generalstreik war nach Angaben der OrganisatorInnen ein Erfolg. Zwischen 70 und 80 Prozent der Industrie, des Öffentlichen Dienstes und des Transportsektors seien zum Erliegen gekommen, gaben sie zu Protokoll. „Der heutige Generalstreik war ein weiterer Fortschritt, aber wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass wir noch viele weitere Schritte gehen müssen, um unsere Ziele zu erreichen", resümierte die CNT in einer Presseerklärung. Für die Solidaritätskundgebungen in den anderen Landesteilen konnten mehrere tausend Menschen in 24 Städten mobilisiert werden. Während dieses Spektrum erklärt, dass es sich nicht an einer Rettung des kapitalistischen Wirtschaftssystems beteiligen werde, hat sich das Milieu rund um die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften genau diesem Ziel verschrieben. Ausgehend von einer Initiative von CC.OO und UGT wurde bereits im Sommer ein „Sozialgipfel" ins Leben gerufen, dem sich zwischenzeitlich über 150 weitere Organisationen zurechnen. Sie fordern ein Referendum über die Sparpolitik der aktuellen Regierung. Bereits am 15. September führten sie eine Großdemonstration in Madrid durch, an der sich teilweise auch Gewerkschaften aus dem alternativen Spektrum, wie zum Beispiel die CGT und die SAT beteiligten. Nachdem SAT-AktivistInnen im Sommer in Robin-Hood-Manier Supermärkte geplündert hatten und die Lebensmittel an karitative Organisationen verteilten, genoss die Gewerkschaft eine große mediale Aufmerksamkeit. Ihr Vorsitzender Diego Cañamero avancierte zu einem beliebten Interviewpartner und nahm an zahlreichen Talkshows teil.

Blamage für die Regierung

Die Forderung des „Sozialgipfels", die am 7. Oktober erneut im Rahmen eines dezentralen Aktionstags formuliert wurde, wird unterdessen von der öffentlichen Meinung überholt, denn immer mehr SpanierInnen schließen sich der Forderung nach einem Update der Verfassung an. Laut einer Umfrage der liberalen Tageszeitung *El Pais*, deren Ergebnisse am 6. Oktober veröffentlicht wurden, stimmen 49 % der SpanierInnen mit der Position überein, dass eine tiefgreifende Reform der spanischen Verfassung notwendig ist. Weitere 44 % sind der Meinung, dass die Verfassung zumindest teilweise nachgebessert werden muss. Diese Umfrageergebnisse, die erstaunlich deutlich den Positionen des gemäßigten 15M-Spektrums entsprechen, blamieren die Regierung. Diese hatte nach den Tagen des Protestes Ende September immer wieder verkündet, dass es nur eine Minderheit sei, die auf die Straße gehe und dass die Mehrheit der Spanier folglich hinter ihrer Politik stünde. Derweil kommt es innerhalb der Allianz der Alternativgewerkschaften zu Spannungen. Die CGT hat für den 31. Oktober im Alleingang einen landesweiten Generalstreik ausgerufen. Ein mehr als ehrgeiziges Vorhaben. Die CNT reagierte darauf mit einem Kommunique, in dem sie die Wichtigkeit eines gemeinsamen Vorgehens betont, wolle man zum Erfolg kommen. CC.OO und UGT mobilisieren unterdessen zu einem erneuten Generalstreik am 14. November. Sollte der Generalstreik der CGT tatsächlich von Erfolg gekrönt sein, würde somit Mitte November der neunte eintägige Generalstreik Spaniens nach dem Ende des Franquismus stattfinden. Drei davon im Jahre 2012.

Robert Ortmann

Ein Symbol der Vernetzung

Generalstreik in Europa

Rund eineinhalb Jahre nach den Protesten in Madrid hat die sogenannte Krise in Europa weitreichende Folgen für die Bevölkerung. Neben Griechenland, Spanien und Italien traf sie im Jahr 2012 vor allem auch Portugal. Nach den Massenprotesten der portugiesischen Gewerkschaften im September dieses Jahres, kündigte die Regierung Portugals schließlich Nachbesserungen bei den geplanten Sparmaßnahmen an. Ein kleiner Erfolg für die Bevölkerung des europäischen Krisenlandes. Anders als in Spanien oder Griechenland, wo die Proteste der Menschen bislang ergebnislos blieben, lenkte die portugiesische Regierung im Oktober schließlich minimal ein. Die Mitte-Rechts-Regierung von Ministerpräsident Pedro Passos Coelho ließ die umstrittene Erhöhung der Sozialbeiträge von 11 auf 18 Prozent fallen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Planungen für den portugiesischen Generalstreik im November bereits in vollem Gange. Die portugiesischen Gewerkschaften waren es auch, die den Vorschlag an den europäischen Gewerkschaftsbund richteten für den 14. November 2012 zu Aktionen in anderen Ländern aufzurufen. In Spanien gab es unterdessen verschiedene Organisierungsansätze für den heißen Herbst. Während CNT und CGT zu einem Generalstreik in Barcelona am 31. Oktober aufrufen, entschieden sich die beiden großen Gewerkschaften „Arbeiterkommissionen" (CCOO) und „Arbeiterunion" (UGT) schließlich auch den Generalstreik für den 14. November auszurufen. Auch Zypern, Malta und Griechenland schlossen sich mittlerweile dem eintägigen Generalstreik an. Ebenso in Frankreich und Belgien diskutieren die Gewerkschaften über eine Teilnahme. Und natürlich bereitet man sich auch im Krisenland Italien auf eventuelle Streiks vor. Ebenso wenig überrascht auch das Verhalten des deutschen Gewerkschaftsbundes: der hüllt sich bislang in wenig solidarisches Schweigen.

Der Exekutivausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbundes erklärte den 14. November zum Aktions- und Solidaritätstag, der europaweite Streiks, Demonstrationen, Versammlungen und andere Aktionen beinhalten soll. Der erhoffte Aufruf zu einem gemeinsamen Generalstreik blieb allerdings aus.

Was als nationale Proteste in den Krisenstaaten begann, spinnt nun langsam seine Netze. Dass daraus jetzt ein iberischer, ja sogar ein teileuropäischer Generalstreik entstehen wird, ist in der Tat historisch. Die Streiks sind aber auch die einzig logische und richtige Konsequenz für die Bevölkerung in ihrem Ringen danach die vorherrschende Krisenpolitik ernsthaft zu stoppen.

Der Schulterschluss mit den südeuropäischen Arbeiterbewegungen hat zwar auf sich warten lassen, kann aber nun umso strukturierter vorangetrieben werden. Für die Länder im Norden Europas und insbesondere für Deutschland sind die Bemühungen zu N14 allerdings auch der Lackmustest für eine solidarische Gewerkschaftsbewegung, die sich nun tatsächlich jenseits von nationalistischen und protektionistischen Forderungen positionieren muss.

Die Symbolkraft, die von solch einem Generalstreik ausgehen wird, ist groß. Darüber hinaus muss aber auch der entscheidende Schritt zur Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit gegenüber den Nationalstaaten und der Troika gegangen werden. Die Wirkmächtigkeit eines Generalstreiks und sein politischer Wille können nur so kraftvoll sein, wie die Organisationen, die dahinter stehen.

Vera Drake

Meldungen aus der IAA

ASI (Serbien)
Allgemein: 10 Jahre ASI.
Vor zehn Jahren, am 19. Oktober 2002, haben serbische GenossInnen die Anarcho-Syndikalistische Initiative in Belgrad gegründet. Seitdem beteiligt sich die ASI an der Organisation von Streiks, publiziert das wöchentliche Bulletin *Direktna akcija* und fördert das Zentrum für libertäre Studien, das dieses Jahr an der Belgrader Buchmesse teilnehmen wird. Ein wichtiger Schritt für die ASI ist die offizielle Anerkennung als Gewerkschaft, die jedoch aufgrund bürokratischer Schwierigkeiten immer noch auf sich warten lässt.

CNT (Spanien)
Barcelona: Wiedereinstellung eines Genossen.
Nach den Konflikten mit Flighcare und WSF kann die Gewerkschaftssektion der CNT am Flughafen von Barcelona erneut einen Erfolg für sich verbuchen. Das Unternehmen Multiservicios Aeroportuarios, das vor elf Monaten den Delegierten der CNT entlassen hatte, muss diese Entlassung nun wieder rückgängig machen. Bei einem Prozess vor dem Arbeitsgericht war das Unternehmen nicht in der Lage glaubwürdige Gründe für die Entlassung vorzulegen, denn das wahre Ziel der Kündigung war es, die gewerkschaftlichen Aktivitäten der CNT innerhalb des Unternehmens zu unterbinden.

SolFed (Großbritannien)
Northampton: Gegen Workfare.
Innerhalb nur weniger Wochen haben Mitglieder der Solidarity Federation aus der zentralenglischen Stadt Northampten drei Protestposten gegen den Einsatz von Workfare-ArbeiterInnen beim Billig-Discount Poundland organisiert. Nach Informationen der Gewerkschaft macht sich bei der Stammbelegschaft des Unternehmens große Unsicherheit breit, denn Workfare untergräbt das bestehende Beschäftigungsverhältnis. Die SolFed Northampton fordert die sofortige Festanstellung der Workfare-ArbeiterInnen und die Beendigung dieses staatlichen Förderprogramms. Selbst die konservative Regierung gestand zwischenzeitlich ein, dass dieses Förderprogramm der Integration von Arbeitslosen nicht dienlich ist.

ZSP (Polen)
Warschau: Proteste gegen Roche.
Mitglieder der CNT in Warschau demonstrierten am 10. Oktober für die Wiedereinstellung ihres vor einem Jahr entlassenen Genossen. Da der Gerichtsprozess erneut vertagt worden ist, kam es bislang zu keiner Einigung in dem Konflikt. Die ZSP nahm den Protestposten zum Anlass auf das Problem der Scheinselbständigkeit hinzuweisen, das in Polen immer mehr Menschen betrifft.

Die Militarisierung der Revolte

Zur Kritik des Insurrektionalismus: Der Trend zu „aufständischen" Theorien ist kein Zeichen einer Renaissance des Anarchismus, sondern Symbol seiner aktuellen Schwäche

Anarchismus – und mit ihm auch der Anarchosyndikalismus - wird auch heute noch gerne mit Gewaltbereitschaft, Chaos und Terror gleichgesetzt. Das ist leider nicht nur eine Macke der „bürgerlichen" Medien, das Klischee hat sich auch z.T. in die anarchistischen Identitäten eingeprägt. In den sich als anarchistisch verstehenden Subkulturen spielt Gewalt z.T. durchaus eine Rolle, obwohl dies auch in zeitgenössischen anarchistischen Texten kaum der Fall ist – oder zumindest bis vor kurzem nicht war. Denn neuere Texterzeugnisse, wie das vieldebattierte französische Schriftstück *Der kommende Aufstand* scheinen der Gewalt teilweise durchaus das Wort zu reden.

Parallel dazu eskaliert die Gewalt offenbar auch auf der Straße, im Alltag, in Demonstrationen: Riots in Griechenland während der Generalstreiks sind ein Aspekt davon, die Riots in den französischen Banlieues 2005 (die auch der Anlass für *Der kommende Aufstand* waren) und in England 2011 zeigen einen anderen Aspekt. Und in Deutschland finden wir eine Anschlagswelle auf Autos in Berlin und nicht zuletzt die Eskalation bei der M31-Demonstration am 31. März 2012 in Frankfurt am Main, die auch innerhalb der FAU kontroverse Debatten ausgelöst hat.

Die wechselhafte Geschichte des ambivalenten Verhältnisses zwischen anarchistischer Idee und Gewalt ist reich bebildert: Das beginnt mit dem Klischee des bombenwerfenden Individualisten im ausgehenden 19. Jahrhundert, der einer Idee der „Propaganda der Tat" folgen würde, über die Fehlinterpretation der „Direkten Aktion" als einer möglichst militanten Aktion bis hin zu den Karikaturen in und nach der 1968er-Bewegung, einer tendenziellen Verherrlichung von Gewalt im Punk- und Hardcore-Spektrum und der Benennung der RAF als „Anarchisten" durch den Staat – das Negativbild des Bombenwerfers wurde dabei häufig als Selbstzuschreibung zu einem positiven uminterpretiert.

Die „Propaganda der Tat"

Unter dem anarchistischen Mittel der „Propaganda der Tat" werden landläufig individualistisch-terroristische Attentate insbesondere auf Monarchen oder Angehörige des Adelsstandes gefasst. Zu den bekanntesten dieser Attentate gehören sicherlich das auf Königin Elisabeth von Österreich („Sissi") durch Luigi Lucheni, das auf den Industriellen Henry Clay Frick durch Alexander Berkman und das auf Zar Alexander II. durch die russische Narodnaja Wolja 1881. Die Narodniki waren zwar, obwohl von Bakunin und Kropotkin beeinflusst, im engeren Sinne keine anarchistische Bewegung, aber Johann Most etwa reagierte mit einem Jubelartikel („Endlich!") in seiner anarchistischen Zeitung *Freiheit*.

Dieses Verständnis der „Propaganda der Tat" ist jedoch eines, das erst durch erwähnte und weitere Attentate entstanden ist und nicht mit der ursprünglichen Idee der „Propaganda der Tat" zu verwechseln ist. Sicherlich ist Ulrich Linse beizupflichten, wenn er diagnostiziert, dass alle anarchistischen Strömungen von einer „aktivistischen Maxime"[1] beeinflusst waren. Auch wenn Linse die Vielfältigkeit dieses Aktionismus betont und neben der Praxis der „freien Liebe", dem Generalstreik und der Siedlungsbewegung auch die Bombe nennt, so stellt er doch fest, dass mit der „Propaganda der Tat" zur Zeit seiner Entstehung, Mitte der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts, „nicht das politische Attentat"[2] gemeint war. „Propaganda der Tat", so ist zu unterstreichen, bedeutete ursprünglich nichts anderes als dass eine Tat eben mehr bewege als tausend Worte. In dem Sinne ist auch Bakunin zu verstehen, wenn er betonte: „Wir müssen unsere Prinzipien nicht mit Worten, sondern mit Taten verbreiten" – das ist eben kein Aufruf zur Gewalt, sondern betont, dass Zweck und Mittel übereinstimmen sollten, dass also die anarchistischen Ideen vorgelebt werden – die gewalttätige Komponente fügte erst Bakunins falscher Freund Sergei Netschajew in seinem (und eben nicht Bakunins) *Revolutionären Katechismus* hinzu.

Abgeschreckt durch die Repression der Nationalstaaten und insbesondere der Monarchien wandte sich die Mehrheit der Sozialisten einem legalen Weg, der Durchringung sozialer Reformen durch den Parlamentarismus, zu. Max Nettlau interpretiert, so Linse, schon Malatestas Definition der „Propaganda der Tat" von 1876, die den individualistischen Terror nicht enthält, als „Abwehrformel gegen den Parlamentarismus".[3] Für den folgenden individualistischen Terror diagnostiziert Linse: „Der politische Terrorismus war so ein verzweifelter Versuch der anarchistischen Bewegung, aus der Isolierung – in welche sie durch den parlamentarischen Sozialismus geraten war – auszubrechen. Gleichzeitig aber bekräftigte der Terror die Ghetto-Position, in welche die erfolgreiche politische Kooperation von Staat und Arbeiterschaft die anarchistische Bewegung getrieben hatte. (...) Demgegenüber erschien die anarchistische Staatsverneinung als eine Sackgasse. So wurde der politische Mord zur Ersatz-Revolution der Anarchisten und zum Protestsignal gegenüber dem Parlamentarismus."[4]

Der Übergang von der „Propaganda der Tat" als insurrektionalistischer Aktion zu der „Propaganda der Tat" als „Attentatismus" markiert eine entscheidende soziologische Zäsur in der Geschichte des Anarchismus: Er liegt an der „Nahtstelle" zwischen älterem (Agrar- und Handwerker-) Anarchismus und neuerem (syndikalistischem Industrie-) Anarchismus. Ulrich Linse führt aus: „Die ‚Propaganda der Tat' in Gestalt des von Handwerker-Anarchisten vollzogenen politischen Mordes setzte [...] genau zu dem Zeitpunkt ein, als die im Handwerkeranarchismus artikulierte soziale Krise der Übergangsphase von der vorkapitalistischen zur kapitalistischen Wirtschaftsweise durch die Etablierung des modernen Kapitalismus einen gewissen Abschluß erreicht hatte und das Ende des traditionellen Handwerkertums durch den Druck neuer industrieller Produktionsverfahren absehbar war."[5]

Dennoch ist Ulrich Linse zuzustimmen, wenn er abschließend feststellt, daß die bewaffnete Insurrektion, die ursprüngliche „Propaganda der Tat" also, „als Stimulans zur Erhebung der ruralen Bevölkerung"[6], untauglich war. Noch relevanter ist sein Fazit zum individualistischen Terror: „Dabei richtete der Terrorismus vollends die alte anarchistische Bewegung zugrunde, da er sie der rücksichtslosen staatlichen Verfolgung aussetzte und der Mehrheit der Arbeiterschaft entfremdete."[7] Und: „Wenn es die Absicht der Attentäter gewesen war, durch symbolische Akte gegen politische Institutionen ein Signal zum Aufstand zu geben, schlug dies kläglich fehl."[8]

Eben diese vermeintliche „Signalwirkung" ist es, die heute von vereinzelten Steinwürfen, Pyro-Spielereien oder Anschlägen auf PKWs oder Bahn ausgehen soll. Die Wirkung ist ganz dieselbe, wie Linse sie für die historische Situation dargestellt hat.

„Der kommende Aufstand"

Über 100 Jahre später nun scheint die fehlverstandene „Propaganda der Tat" unter dem Label „insurrektionalistischer (aufständischer) Anarchismus" wieder auf dem Vormarsch zu sein. Tyrannenmord ist zwar out, in Zeiten des globalisierten Kapitalismus ist wirklich jedem klar, dass sich eine „Charaktermaske" durch die nächste ersetzen lässt. Selbst wenn man bezüglich griechischer Gruppen sehr gut nachvollziehen kann, warum sie sich an Angela Merkel abarbeiten, so muss man doch nicht mal Anarchist sein, um zu wissen, dass auch ein Peer Steinbrück die deutsche Politik gegenüber den südeuropäischen Staaten nicht ändern wird. Stattdessen richtet sich die neue „Propaganda der Tat" in vermeintlicher Tradition der Sabotage gegen Dinge – gegen die mit Wert und Mehrwert besetzten kapitalistischen Waren oder gegen die Produktionsmittel – und mit deutlich steigender Vehemenz gegen die Staatsbüttel, sprich: gegen PolizistInnen.

Das inhaltliche Manifest dazu liefert das französische Buch *Der kommende Aufstand* des „Unsichtbaren Komitees". Arbeit sei, so die AutorInnen, für das Kapital kaum noch notwendig, sondern nur noch „Kommando" wie Antonio Negri es ausdrücken würde. Darin spiegelt sich zweierlei: Zum einen ein gewisser Eurozentrismus, der vernachlässigt, dass Arbeit und mit ihr ArbeiterInnen durchaus immer noch gebraucht werden, diese „produktiven" Arbeitsformen aber zum Großteil in Asien und Südamerika (und begrenzt Afrika) stattfinden, zum anderen ein sehr begrenzter Begriff von „Arbeiter", der ein unausgebildetes wie auch ein überqualifiziertes Dienstleistungsproletariat schlicht nicht zur Arbeiterklasse zählt.

Viele Vorschläge des „Unsichtbaren Komitees" sind dabei gar nicht schlecht, berücksichtigt man, dass die neu zusammengesetzte Arbeiterklasse im Nordwesten oft wenig strukturelle Macht hat: Gut versteckte Faulheit am Arbeitsplatz oder der „Sozialbetrug", wie es Nils Minkmar in der *FAZ* (08.11.2010) nennt – nur ist die Faulheit und die optimale Nutzung der Sozialstrukturen nicht deswegen subversiv, weil es dem Kapitalismus den Gar ausmachen würde, sondern weil es schlicht eine Strategie der Selbstverteidigung mangels besserer organisatorischer Strukturen ist: Faul ist man für gewöhnlich nicht, um seinem Chef zu schaden, sondern um sich selber zu schonen und das Amt trickst man nicht aus, um dem Staat zu schaden, sondern um seine Ruhe zu haben und ein zumindest etwas angemesseneres (und würdigeres) Leben. Um daraus eine voluntaristisch-revolutionäre Strategie zu stricken, braucht es einige philosophischer Verbiegungen – die letztlich so unverständlich sind, dass man kaum jemandem zumuten kann, sie zu lesen.

Dass *Der Kommende Aufstand* geeignet sei, „postmarxistische Theorie mit sehr deutlichen anarchistischen Anklängen einem breiteren Publikum zugänglich zu machen" (Freitag) darf mit Recht bezweifelt werden. Vielmehr ist es eine simple Rechtfertigung für eine Militarisierung – im Sinne zunehmender organisierter Gewalt – linken oder pseudolinken Widerstands und zwar schlicht aufgrund einer scheinbar aussichtslosen Lage, die das Manifest ja auch ausführlich beschreibt.

Letztlich hat *Der kommende Aufstand* weniger mit der Idee der anarchistischen „Propaganda der Tat" gemein als vielmehr mit George Sorels Gewaltbegriff. Sorel hatte in seiner Schrift *Über die Gewalt* zwar den Generalstreik gepriesen und gilt in den populären Wissenschaften daher manchmal als Vordenker des Anarchosyndikalismus, aber seine Begründung für die Macht des Generalstreiks hat nur wenig mit Syndikalismus zu tun: Die Idee des Generalstreiks entsprang einer Klassenanalyse, die den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zentral setzt, gleichzeitig (ganz im Gegensatz zum „Unsichtbaren Komitee") die Notwendigkeit von Arbeit für den Kapitalismus erkannte und in der organisierten Arbeiterklasse daher eine Macht sah, die den Kapitalismus überwinden könne, indem sie einfach aufhöre zu arbeiten. Gleichzeitig ist dies in der syndikalistischen Theorie auch ein produktiver Prozess, denn die Arbeiterorganisationen – die Gewerkschaften – waren auch gedacht, um den Sozialismus konstruktiv aufzubauen. Bei Sorel dagegen gewinnt der Generalstreik nur deswegen an Bedeutung, weil er eine „mythische" Kraft hat, weil eine kulturelle Identität (und nur diese) durch ihn geschaffen wird, vergleichbar historischer heroischer Schlachten, die Nationalmythen begründen. Damit wird der Generalstreik letztlich austauschbar gegen einen Krieg oder auch eine Straßenschlacht, die (strukturelle) Identität als ArbeiterIn austauschbar gegen eine (kulturell konstruierte) Identität als Angehöriger einer Nation, einer „Rasse" oder eben auch einer Subkultur oder „Szene". Eben dieser Aspekt der Austauschbarkeit durch Mythologisierung machte die Theorien George Sorels attraktiv für die rechtsextreme Action française und später für den italienischen Faschismus. Es ist kein Zufall, dass analog dazu Marc Felix Serrao in der *Süddeutschen Zeitung* im *Kommenden Aufstand* Parallelen zu Ernst Jünger findet und Johannes Thumfart in der *taz* zu Carl Schmitt – viele wohlwollende RezensentInnen des *Kommenden Aufstands* betonten, dass weder der eine noch der andere dort zu finden seien. Auch Sorel war kein Rechter, aber eben anschlussfähig.

Der „Mythos", der gleichermaßen von einem machtvollen Streik wie von einer nationalistischen Schlacht oder aber von einem gemeinsamen Riot ausgehen kann, ist letztlich nur die gemeinsame Berufung auf eine Überzeugung oder Gesinnung, wie Kurt Lenk betont hat,[9] also nur geeignet, um eine Affinitätsgruppe zusammenzuhalten. Eben dies rät auch *Der Kommende Aufstand*. Damit aber ist Abschied genommen von dem Gedanken, Menschen aufgrund ihrer gemeinsamen Situation zu organisieren. Das „Unsichtbare Komitee" will dies auch gar nicht, ganz im Gegenteil betont es beständig seine Organisationsfeindlichkeit. Und „Affinität" kann letztlich eben auch ein gemeinsamer Nationalstolz oder Rassismus sein.

Das berühmte und häufig fehlinterpretierte Zitat Bakunins „Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust" hat das „Unsichtbare Komitee" gründlich missverstanden, indem es nur noch auf die Zerstörung rekurriert, aber eben nicht mehr auf die schaffende Lust. *Der kommende Aufstand*, auch da ist Johannes Thrumfart recht zu geben, symbolisiert eine „elitäre Revoluzzeratitüde" – und da der elitäre Revoluzzer auch nicht auf eine Organisation, eine Klasse oder einen anderen Zusammenhang achten muss, sondern ein Individualist im negativsten Sinne und in der Tradition des Neoliberalismus ist, kann er auch in Berlin durch Zug- und PKW-Anschläge die Zeit „entschleunigen" oder während einer Massendemonstration ohne Rücksicht auf die Mitdemonstrierenden PolizistInnen angreifen.

Politische Gewalt vs. soziale Gewalt

Der Spiegel nennt *Der kommende Aufstand* „eine Art Manifest des militanten Aussteigertums". Hier liegt die Crux: Das Missverständnis, dass es im Anarchismus darum ginge, aus der Gesellschaft auszusteigen und sein eigenes Ding zu machen, ist sicherlich einer der Gründe dafür, dass er einerseits immer noch marginal ist und sich andererseits in den Kapitalismus integrieren lässt – AussteigerInnen stören schließlich nicht weiter, so lange sie nicht Autos anzünden oder PolizistInnen verprügeln. Subversiv wird der Anarchismus erst, wenn seine VerfechterInnen sich als Teil der Gesellschaft verstehen – wenn es eben nicht nur mehr darum geht, individuell Bestehendes zu zerstören, sondern auch kollektiv Neues zu schaffen (die Bakuninsche Dialektik, die in Alan Moores Comic *V wie Vendetta* sehr schön zum Ausdruck kommt).

Wayne Price, Mitglied der North Eastern Federation of Anarchist-Communists (NEFAC) hat darauf hingewiesen, dass die Form der Sabotage, wie das „Unsichtbare Komitee" sie vorschlägt, sich dadurch als Ausstieg aus der Gesellschaft offenbart, dass ihre Form der Sabotage keine Rücksicht auf Verluste nimmt.[10] Trotz der durchaus sinnvollen Aspekte der Alltagssubversion, die in *Der kommende Aufstand* vorgeschlagen werden, liegt der Fokus

Fortsetzung auf Seite 13

Anmerkungen:

[1] Linse, Ulrich: *‚Propaganda der Tat' und ‚Direkte Aktion'. Zwei Formen anarchistischer Gewaltanwendung.* (= Texte zur Theorie und Praxis des Anarchismus und Syndikalismus Band 6.) O.O., o.J. Bremen, ca. 1980. S. 3.
[2] Ebd. S. 3.
[3] Ebd. S. 9.
[4] Ebd. S. 10 f.
[5] Ebd. S. 11.
[6] Ebd. S. 13.
[7] Ebd. S. 12.
[8] Ebd. S. 17.
[9] Lenk, Kurt: Das Problem der Dekadenz seit Georges Sorel, in: Kauffmann/Kellersohn/Paul: *Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt. Analysen rechter Ideologie.* Münster 2005. S.49-63.
[10] Price, Wayne: *"The Coming Insurrection"? Insurrectional Anarchism vs. Class-Struggle Anarchism.* Siehe www.anarkismo.net/article/18041.
[11] linksunten.indymedia.org/de/node/48377



Die Militarisierung des Arbeitskampfes

Eine für ausgestorben gehaltene Form des Klassenkampfs von oben kehrt zurück

Als Jack London vor 100 Jahren Streikbrecher mit Klapperschlange, Kröte und Vampir verglich, hatte er keinen verarmten Leiharbeiter vor Augen, der Angst vor der eigenen Courage hätte oder sich ökonomisch nicht in der Lage sähe zu streiken, sondern uniformierte Paramilitärs, die mit Schusswaffen auf streikende ArbeiterInnen losgingen. Die bekannteste Streikbrechermiliz waren die Detektive der Firma Pinkerton's National Detective Agency.

Unser Verständnis eines Streikbrechers hat sich maßgeblich verändert: Der Streikbrecher heute ist schlicht der Arbeiter oder die Arbeiterin, der/die nicht mitstreikt – oder absichtlich vom Unternehmen mit dem Angebot einer Prämie angeheuert wird, um den Streik zu unterlaufen. Dass uniformierte Menschen auf streikende ArbeiterInnen schießen, kommt uns unwahrscheinlich vor.

Der Staat hat aber schon immer, wenn es hart auf hart ging, das Militär gegen streikende ArbeiterInnen eingesetzt. Dass uns das fremd vorkommt, liegt auch daran, dass man die heutigen Tarifauseinandersetzungen in Deutschland schon fast nicht mehr als Streik bezeichnen kann – in anderen Staaten nimmt die Form des militärischen Streikbruchs schon längst wieder alte Formen an. Ein paar Beispiele aus jüngerer Zeit:



1912: Patriotische Miliz gegen streikende Migranten bei dem von der IWW organisierten Lawrence Textile Strike.

USA

2002 und 2003 kam es mehrfach zu kurzen Arbeitsniederlegungen der Hafen- und Werftarbeiter an der Westküste der USA. Politisch brisant war dies vor allem vor dem Hintergrund des „Kriegs gegen den Terror" in Afghanistan und 2003 im Irak, da militärische Logistik und Versorgungsnachschub betroffen waren. Der 1. Mai 2003 war sogar ein politischer Streik gegen diesen Krieg.

Die Bush-Administration sah bereits in den Streiks im Rahmen der Tarifverhandlungen 2002 die „nationale Sicherheit" gefährdet – letztlich ist dies die Formulierung, die den Einsatz von Militärs gegen Streikende legitimieren sollte. Soweit kam es zwar nicht, aber der Einsatz der Truppen in US-amerikanischen Häfen wurde auch wörtlich angedroht. Mit Berufung auf den Taft-Hartley-Akt unterband schließlich George W. Bush den Streik und zwang die Docker dazu, unter einem unternehmensfreundlichen Tarifvertrag wieder an die Arbeit zu gehen. Damit stellte sich Bush jr. mal wieder in die Tradition Ronald Reagans, der schon in den frühen 1980ern auf ähnliche Weise den Widerstand der Docker brach.

Frankreich

Ähnlich wie in den USA wurden im Herbst 2010 auch in Frankreich Unternehmer und Regierung in dem Moment nervös, als die Häfen blockiert wurden. Es waren die Kranfahrer, die dafür sorgten, dass z.B. im Hafen von Marseille 70 Schiffe nicht gelöscht werden konnten. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Jean-Luc Chauvin empfand das als Herausforderung „der Staatsgewalt" und forderte den Militäreinsatz. Nahezu zeitgleich mussten Militärs im Oktober 2010 tatsächlich als Streikbrecher herhalten und den Müll einsammeln.

Wer meint, Frankreich scheue einen solchen Militäreinsatz, täuscht sich – es kommt immer auch darauf an, wer streikt: Als zwei Jahre zuvor die indigene Gewerkschaft USTKE in den Häfen Kanakys (Neukaledoniens) streikte, schoss französisches Militär mit Gummigeschossen (die in Frankreich selber verboten sind) auf die Streikenden. AugenzeugInnen berichteten von Bildern wie aus einem Kriegsfilm.

Griechenland

Ebenfalls 2010: Gegen die Zumutungen des Sparprogramms der Troika aus IWF, EU und EZB streikten die Tank- und Lastwagenfahrer – konkret gegen die Bestrebungen, die Branche zu liberalisieren. Auch hier ist der Einsatz von Militärs als Streikbrecher offenbar recht normal. Die griechische Regierung ließ Militärfahrzeuge rollen, um Sprit zu transportieren – sowohl für öffentliche Einrichtungen wie auch für private Tankstellenbesitzer, die im Dienste der Regierung stehen. Tankstellen wurden teilweise unter Polizeischutz mit Benzin beliefert. Die Versorgungslage war nach acht Tagen Streik deutlich kritisch geworden, was darauf hinweist, dass die LKW-Fahrer tatsächlich eine erhebliche Macht in die Waagschale werfen konnten, die letztlich nur militärisch gebrochen werden konnte. Letztlich hat dieser nahezu klassische Streikbruch die Tank- und LastwagenfahrerInnen zum Streikabbruch gezwungen. Durch die militärische Maßnahme wurden 90 Prozent der Versorgungslücken geschlossen: Der Streik wurde zwecklos.



Das Militär geht auf dem Züricher Paradeplatz beim Generalstreik 1919 gegen Streikende vor.

Spanien

Besonders dreist trieb es im Dezember 2010 die spanische Regierung: Während des Streiks der Fluglotsen übertrug Ministerpräsident Zapatero die Lufthoheit ans Militär. Nach nur einem Tag verhängte die Regierung in einer Sondersitzung des Kabinetts den Ausnahmezustand über das Land – die Fluglotsen fielen damit unter das Militärgesetz. Das Innenministerium drohte mit militärischen Schnellverfahren gegen die Streikenden. Juristische Grundlage: Aufruhr. Der Streik war spontan, nach der Ankündigung der Verlängerung der Dienstzeiten hatten Fluglotsen ihren Arbeitsplatz verlassen oder sich krank gemeldet. Die Militärpolizei stürmte eine Streikversammlung in einem Madrider Hotel, mehrere Fluglotsen berichteten, dass sie von Militärs mit vorgehaltener Waffe zum Arbeiten gezwungen wurden.

Einsatz im Inneren

Insbesondere das Beispiel Spanien mach deutlich: Der Militäreinsatz ist immer noch eine Option, wenn es hart auf hart kommt. Die europäischen Gewerkschaften, so kommentierte *labournet.de* das spanische Beispiel, täten so, als ginge sie das nichts an. Dabei ist es offensichtlich, dass diese Form militärischer Intervention momentan zunimmt.

Auffällig ist, dass es sich bei fast allen Beispielen von militärischen Interventionen um Beispiele aus dem Transportsektor handelt. „In den globalen Transportketten steckt ein größeres ‚systemisches Risiko' als in den unkontrollierten Finanzströmen" hat die Redaktion der *Wildcat* kürzlich betont. Und auffällig oft geht es auch um Rohstoffe – um Öl und Sprit. Auch wenn die Antikriegs-Parole „Kein Blut für Öl!" verkürzt sein mag, bezweifelt ja nun doch niemand, dass die „neuen Kriege" etwas mit Rohstoffen – und insbesondere Öl – zu tun haben. Das gilt ganz offenbar auch für den Klassenkrieg im Inneren.

Die militärische Intervention von Arbeiterkämpfen kommt offenbar immer dann in Frage, wenn es das Kapital an der richtigen Stelle erwischt. Wenn die Arbeitermacht am strategisch richtigen Ort zum Einsatz kommt, ist Schluss mit lustig. Ausgestorben ist die Option des Niederschießens von ArbeiterInnen noch lange nicht – es muss nur, wie in Kriegssituationen üblich, richtig begründet werden.

„Aber bei uns ja wohl nicht!" wird sich manch eine/r denken. „Wirklich nicht?" möchte man gegenfragen und auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom August 2012 verweisen: Seitdem ist der Einsatz der Bundeswehr im Inneren legal. Bei „Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes" allerdings nur, wie es einschränkend heißt. Aber wie das mit Juristendeutsch so ist, ist das Auslegungssache: Dass das theoretisch auch Streiks betreffen könnte, daran ließ die Bundesregierung schon 2009 in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Linkspartei keinen Zweifel. Und dabei geht die Bundesregierung momentan sicherlich noch von geregelten Tarifkonflikten aus – das Streikgeschehen könnte sich ja durchaus nach südeuropäischem Vorbild zumindest mal ein wenig „radikalisieren". Verschärft wird eine solche Möglichkeit noch durch die europäischen Bestrebungen das Streikrecht einzuschränken: Im März 2012 hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, die Rechtmäßigkeit von Streiks von ihrer „Verhältnismäßigkeit" abhängig zu machen. Sollte ein Streik dann gar „politisch" oder „wild" sein, kann er ganz schnell den Stempel „Terrorismus" aufgedrückt bekommen. Wir werden sehen, ob das dann eine „Ausnahmesituation katastrophischen Ausmaßes" ist…

Torsten Bewernitz

Fortsetzung von S. 12

auf dieser Sabotage um ihrer selbst willen, die eben etwas anderes ist, als das kaputte Computerkabel, um sich eine Zigarette zu gönnen. Nicht zufällig atmet das Bekennerschreiben zu dem (gescheiterten) Bahnanschlag in Berlin des Hekla-Empfangskomitees im Herbst 2011 genau denselben sprachlichen Duktus wie *Der kommende Aufstand*.[11]

Der kommende Aufstand sei, so die AutorInnen, eine Reaktion auf die Aufstände in den Banlieues 2005. Anstatt jedoch – in guter linker Tradition – zu den Aufständischen zu gehen und sich mit diesen zu unterhalten, wurde sich hier offensichtlich im stillen Studierzimmerchen verkrochen und über die Lage philosophiert. Heraus gekommen ist ein Pamphlet, das den Anarchismus militarisiert, indem es ihn auf eine „aufständische" Praxis, auf die Anwendung unmittelbarer Gewalt, festlegt. Das passt in die Geschichte des individuellen Terrorismus und in die Geschichte des rechten Populismus. Mit Militanz im französischen Wortsinne – der eher dem Radikalismus nahekommt - dagegen hat es wenig zu tun. Riots in den französischen Banlieues, in Tottenham oder auch in Griechenland sind deswegen militant, weil es kaum eine andere Möglichkeit gibt, sich zu wehren. Die Verurteilung dieser spontanen Wutartikulierungen wäre genauso falsch wie deren ideologische Überhöhung – wo die arbeitende Klasse kein anderes Mittel als direkte Gewalt mehr anwenden kann, um sich zu wehren, gibt es nichts zu überhöhen. In der Diskussion um die Eskalation des M31-Aktionstags in Frankfurt am Main äußerte ein Diskutant, dass es doch absurd sei zu vermuten, dass wütende ArbeiterInnen in einen Bus gestiegen wären, um ihre spontane Wut dann erst an den dortigen PolizistInnen auszulassen.

Der griechische Anarchismus war im Vergleich zum sonstigen europäischen Anarchismus immer „insurrektionalistischer", erst die Ereignisse jüngster Zeit haben einige anarchistische Gruppen und Strömungen zum Überdenken der aufständischen Gewalt gebracht. Insofern sind die philosophischen Ergüsse wie auch die tatsächlichen Riots kein Zeichen dafür, dass der Anarchismus eine zukunftsträchtige Ideologie sei – die philosophisch-militärische Pamphleterie weist eher auf ein mangelhaftes Reflektionsniveau hin, die Riots weisen darauf hin, dass auch organisatorisch noch einiges zu tun ist.

Es ist letztlich ein Unterschied ums Ganze, ob Menschen spontan, aus Wut oder um sich den gesellschaftlichen Reichtum anzueignen, kollektiv Gewalt anwenden, weil sie keine anderen Mittel mehr dafür finden – weil sie z.B. keine Arbeit haben, die sie bestreiken könnten – oder ob es eine vermeintliche „Avantgarde" für die richtige revolutionäre Methode hält, Gewalt anzuwenden – das hat in der Vergangenheit immer dazu geführt, dass die libertären Strömungen in die Defensive gerieten. Letztlich ist dies der Unterschied zwischen politischer und sozialer Gewalt.

Teodor Webin

KULTURGUERILLA



Nur Schafe bezahlen ihren Schlächter selbst

Dass es im Zweifelsfall immer von Vorteil ist, auf ein breit aufgestelltes Militär zurückgreifen zu können, das zwar der Kontrolle der Bevölkerung entzogen ist, dessen Präsenz aber widerspruchslos hingenommen wird, schienen auch die deutschen Regierungen nie ganz vergessen zu haben. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Gefahrenabwehr im Inneren, die Vereinbarungen über zivil-militärische Zusammenarbeit der letzten Jahre, die beinhalten, dass man möglicherweise im Falle von flächendeckenden Streiks das Militär im öffentlichen Dienst als Streikbrecher einsetzen könnte, die Anhebung des Reservistenalters von 45 auf 60 Jahre, die Berichte aus dem Bekanntenkreis über ach-so-engagierte KiTa-Erzieher, die als ehemalige Berufssoldaten gezielt als Pädagogen ausgebildet wurden, sind mir Beleg genug dafür, dass man sich auf den Volkswillen nicht mehr so recht verlassen und in Krisenzeiten auf die willfährigen Knechte zurückgreifen können will. Nach Außen hin versucht man den Schein zu wahren, dass man ein Weniger an Militär wünscht und setzt zum 1. März 2011 die allgemeine Wehrpflicht aus, nach Innen hin hat man aber mit der Schaffung eines reinen Söldnerheeres die männerbündlerischen Strukturen gestärkt, die bedingen, dass ab einer gewissen Hierarchieebene das Personal nicht mehr diszipliniert und ausgetauscht werden kann, sondern aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeiten und Verwicklungen unaustauschbar ist. Anders ist mir die Beförderung des Bundeswehr-Oberst Georg Klein zum Abteilungsleiter des neugeschaffenen Bundesamtes für Personalmanagement der Bundeswehr mit anschließender Ernennung zum Brigadegeneral nicht zu erklären (Klein hatte in der Kundus-Äffäre von 2009 den Tod von mehr als 100 Menschen zu verantworten). Insgesamt illustrieren diese Entwicklungen für mich nur wieder einmal mehr die banale Erkenntnis, dass systembedingt die Ziel- und Endpunkte einer jeden militärischen Ordnung der Kontrollverlust der Bevölkerung und ihrer demokratisch gewählten Organe über das Militär sind und die Verteidigung gegen einen äußern Feind immer schon nur ein fadenscheiniges Alibi für die Finanzierung eines Heeres aus Steuermitteln ist.

Miss.Tic: „Kreieren heißt Widerstand leisten“

Mit der Graffiti-Künstlerin in Paris

Seit Mitte der Achtziger Jahre interveniert die Pariser Graffiti-Künstlerin Miss. Tic sichtbar im urbanen Raum. Nur wenige Jahre nach Auflösung der Situationistischen Internationale 1972 nutzt sie Techniken aus dem Verfremdungsrepertoire für ihre künstlerischen Zwecke. Das Sprühen ihrer Schablonentextbilder auf die Pariser Mauern beim Umherschweifen (dérive) durch die Stadt wurde zum konspirativen Ausgangspunkt ihres kreativen Schaffens. Die Umdeutung von Werbemotiven (détournement), besonders im Hinblick auf die Selbst- und Fremddarstellung der Frau, war und ist ihr Sujet.

Klar, dass ihre Werke nicht nur auf Anerkennung stoßen, sondern auch auf Widerspruch. Von einem Strafprozess wegen Sachbeschädigung im Jahr 1999 mal ganz zu schweigen, der ihr letztendlich aber mehr genutzt als geschadet hat. Zu betonen ist, dass sie immer die Absicht gehabt hat, von ihrer Kunst leben zu können. Daher hat sich für Miss.Tic nie die Frage nach dem Widerspruch von Street Art und dem Ausstellen in Galerien gestellt.



Foto: Miss.Tic/Edition Nautilus

DER SCHRECKEN IST MENSCHLICH



Foto: Miss.Tic/Edition Nautilus

DIE KUNST BELÜGT MICH / BE WAFF NUNG

Wie war das mit den Situationisten?

„In den 1970er Jahren begegnete ich Leuten, die sehr von den Situationisten inspiriert waren, Guy Debord lasen und ihn ständig zitierten“, erzählt Miss.Tic. „In jener Zeit war Debords Hauptwerk *Die Gesellschaft des Spektakels* ungeheuer wichtig. Das öffnete uns den Horizont und wies uns in eine neue Richtung.“ Allerdings habe sie Raoul Vaneigems *Handbuch der Lebenskunst für die jungen Generationen* inspirierender gefunden. Dieses Buch habe sie leichter verdauen können und außerdem sei ihr Guy Debord wegen seiner Chef-Allüren eher unsympathisch gewesen.

Street Art hat sie erstmals Anfang der Achtziger in den USA gesehen. „Damals kam dort gerade Hip-Hop auf und mit ihm Graffiti, Lettrages, Video Art und all das. In Los Angeles waren ganze Hauswände von Künstlern bemalt worden, die sich allerdings vorher eine Erlaubnis besorgt hatten. Als ich Anfang 1983 aus den USA wieder nach Frankreich zurückkehrte, tauchte auf den Pariser Straßen allmählich Kunst auf.“ Das fand sie toll und eines Nachts habe sie „offenen Auges vor einer Mauer stehend das verweigert, was andere geschlossenen Auges akzeptieren. Aus einer Provokation heraus habe ich eine literarische Fiktion aus dem Schwarz der Wimperntusche geschaffen und Frauen gemalt, um der Sprache einen Körper zurückzugeben.“

Die von ihr verfremdeten Frauenmotive nimmt Miss.Tic aus Frauenzeitschriften. Sie legt Wert auf die Feststellung: „Ich entwerfe aus ihnen ein bestimmtes Image der Frau, nicht um es zu bewerben, sondern um es zu befragen. Ich unterziehe weibliche Positionen einer Art von Inventur.“ Weder male noch schreibe sie ihren persönlichen Roman. „Mir geht es darum, als Künstlerin und als Frau in der Stadt und der kreativen Welt Stellung zu beziehen. Kreieren heißt Widerstand leisten.“ Und natürlich auch auf Widerspruch stoßen. Insbesondere ihre Darstellung der Frau wird oftmals von letztendlich konservativen Feministinnen kritisiert. Miss.Tic verwendet bewusst ein klischeehaftes Frauenbild, wie wir es aus den Hochglanzillustrierten von *Vogue* bis *Elle* kennen. „Ich übernehme die Ikonografie dieser Frau, die immer schön, verführerisch, sexy – und natürlich zu allem bereit ist...“ Allerdings, und dieser Aspekt ist für das Verständnis ihrer Intention absolut unerlässlich, kontrastiert sie dazu ihre poetischen, zumeist doppelsinnigen Slogans. „Dass meine Frauenbilder zuweilen aggressiv rüberkommen, liegt an der Art, wie ich sie zeichne: sie sind schwarz, ich verfremde die Bilder. So bekommen sie eine andere Konnotation. Vor allem liegt es an dem, was ich sie sagen lasse. Ich lege ihnen schon mal provozierende, aggressive Sätze in den Mund. Manchmal aber auch sanfte, liebevolle Wörter, die für Männer vielleicht einschüchternd sind.“

Letztendlich könnte Miss.Tic, was die explizite Darstellung femininer Frauenpositionen betrifft, als Vorläuferin einer Position bezeichnet werden, auf die sich Pussy Riot oder die ukrainische Femen-Bewegung beziehen könnten. Aber im Unterschied zu den genannten aktivistischen Künstlerinnen hält sich Miss.Tic zumeist aus der Tagespolitik heraus bzw. zieht sie sich in den Schutzraum der Kunst zurück. Nur während des Wahlkampfes um die Präsidentschaft interveniert sie mit einer eigenen „Miss.Tic Presidente“-Kampagne. Ihr Programm: „Grenzen überschreiten. Langeweile desorganisieren. Leidenschaften für sich erfinden. Klischees dekonstruieren.“ Oder sie fragt Godard: „Qu' est-ce que l'art?“



Foto: Miss.Tic/Edition Nautilus

ICH BIN DER VOKAL DES WORTES GAUNER / ICH BIN DIE VOKALIN DES WORTES SEHDICH

Und genau diese Frage, was denn Kunst ist, muss Miss.Tic ebenfalls heute mehr denn je gestellt werden. Bei ihrer Kunst liegt heute die Gefahr im zu gefällig daherkommenden Dekorativen. Positionen und Posen, die einmal produktiv verstört haben, nutzen sich mit der Zeit zu schnell ab.

KP Flügel / Übersetzung aus dem Französischen: Jorinde Reznikoff

Beide haben das Buch *Bomb it, Miss.Tic* in der Edition Nautilus herausgegeben.

Emma Überall empfiehlt:

Indien, Afrika, Mexiko – Drei Romane

Was ist eigentlich in der „Dritten Welt“ los und welche Auskünfte darüber kann die Literatur geben? Hier drei – bei aller Kritik lesenswerte - Beispiele aus den letzten Jahren.

Indra Sinha: *Menschentier*

Menschentier von Indra Sinha spielt vor dem Hintergrund des „Unfalls“ in einer Chemie-Fabrik in der Stadt Bhopal im Jahr 1984. Mehrere tausend Menschen starben, eine halbe Million wurde verletzt, viele davon leiden bis heute an den Folgen. Der Konzern, die Union Carbide Corporation (USA), tut alles, um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Hauptperson des Romans ist ein junger Mann, der damals noch ein Kleinkind war und dem das Gift das Rückgrat zerstört hat, weshalb er nur auf Händen und Füßen laufen kann. Sowieso schon Unterschicht, ist er dadurch noch Außenseiter - sich selbst nennt er „Animal“. Der schlägt sich also durchs Leben, bis er einen Kreis von Leuten aus der oberen Mittelschicht kennenlernt, die eine Kampagne führen, um den Konzern zu zwingen, sich zu seiner Verantwortung zu bekennen und etwas für die Beseitigung oder Linderung der Folgen der Katastrophe zu tun. Dann erscheint noch eine amerikanische Ärztin, die eine kleine Klinik zur Behandlung der Opfer aufbaut, aus Idealismus, wie sie vorgibt – oder ist das ein Trick der Company? Erzählt wird dies von Animal, und zwar auf einem Kassettenrecorder, den ihm ein amerikanischer Journalist gegeben hat, auf der Suche nach einer heftigen Story. Diese Erzählsituation ermöglicht zweierlei: eine Innenansicht auf die Lebensbedingungen von Leuten, die in der indischen Gesellschaft ganz unten sind, zum anderen stellt sie Animals Sprache in den Vordergrund. Diese ist sein vielleicht wichtigstes Instrument zur Selbstbehauptung, nicht nur seinem Umfeld gegenüber, sondern auch gegenüber den zu erwartenden LeserInnen. Denn das ist ein Grundproblem: Wie liest jemand in der „1. Welt“ Elendsberichte über die „Dritte“? Mit folgenloser Empörung oder doch lieber mit wohligem Gruseln? Zu den großen Stärken des Romans gehört, dass eben diese Aspekte thematisiert werden. Zu den Schwächen: Wieso müssen die AktivistInnen ausgerechnet aus der Mittelschicht sein? Schlimm ist der Schluss: Bollywood pur. Oder ist das ein Trick des Autors?

Roberto Bolaño: *2666*

Das zweite Buch ist kompliziert, nämlich ein Musterbeispiel postmoderner Romankunst: Roberto Bolaños *2666*. Dieser Roman hat kein Zentrum (wie es z.B. ein Erzähler wäre), die Handlung ist nicht linear und hat auch kein Ende. Die Lektüre so eines Romans ist quasi endlos, da er eine unüberschaubare Fülle an Bezügen und Querverweisen bietet, denen kaum sämtlich nachzugehen ist. Dieser Roman beleuchtet nur einen verdichteten Bereich in einem endlosen Geflecht - aber interessant. Dem Autor gelingt es, die Herrschafts- und Lebensverhältnisse an Rändern des Kapitalismus zu zeigen, hier: Nord-Mexiko. Geprägt sind diese von Gewalt, und die Gewalt wird dargestellt an einer Vielzahl von an Frauen begangenen Morden, Entführungen, Vergewaltigungen usw. Das Buch besteht aus fünf miteinander verschränkten Teilen und alle haben mit diesen Gewalttaten in Mexiko zu tun. Der zweite Konstruktionspunkt des Romans ist ein mysteriöser deutscher Schriftsteller, um diesen gruppiert werden weitere Hauptpersonen. Es geht unter anderem um den Zweiten Weltkrieg, die Black Panther, einen sowjetischen Schriftsteller der 20/30er Jahre, das Vorkriegs-Preußen, den Literaturbetrieb und eben um das Leben in Mexiko. Merkwürdig ist, dass trotz thematischer Vielfalt, unübersichtlicher Konstruktion und artistischer Erzählweisen ein ausgesprochen realistisches Bild der genannten Lebensverhältnisse entsteht. Problematisch aber (ebenfalls unter anderem): die Gewaltdarstellungen. Diese sind schwer erträglich, obwohl nüchtern-protokollarisch gehalten. Bei so etwas ist die Grenze zum Bedienen dubioser Schaulüste schnell überschritten. Zum anderen, aber das ist eine generelle Kritik am postmodernen Denken: Dem Postulat vom „Verschwinden des Subjekts“ entsprechend gibt es in diesem Roman eigentlich keine Handelnden - die Leute sind in ihrem Leben festgenagelt, oder wie Treibgut, sogar da, wo sie Mut und Entschlossenheit zeigen. Wem hilft eigentlich Fatalismus?

Ngugi wa Thiong'o: *Herr der Krähen*

Herr der Krähen spielt in einem fiktiven Staat Aburiria. Der dortige Diktator plant, um sich selbst zu vergotten (aber natürlich auch, um eine schöne Gelegenheit zum Geldabgreifen zu schaffen), eine Art Turmbau zu Babel. Das funktioniert so aber nicht, es gibt immer neue groteske, teils phantastische Verwicklungen und Hindernisse. Sich verselbständigende Warteschlangen stürzen das Land ins Chaos, so etwas. Es handelt sich um eine großangelegte und oftmals auch wirklich lustige Satire. Gerade die Fiktionalisierung des Landes erlaubt es dem Autor, seine gesamte Kritik an den Staaten und Gesellschaften des Afrikas südlich der Sahara hier zusammenzufassen und so zu überhöhen, dass alles in seinem Kern deutlich wird: staatliche Gewalt und Willkür, Korruption, Frauenfeindlichkeit, religiöser Irrsinn, Rassismus usw., immer präsent ist auch der (Neo-)Kolonialismus. Zugleich ermöglicht dieses Verfahren dem Verfasser, die ihm vorschwebende Form von Opposition zur Diskussion zu stellen. Dargestellt wird eine Untergrundbewegung, die hier vor allem durch eine Aktivistin repräsentiert wird. Die andere Hauptfigur ist ein Typ, der wider Willen zum (ziemlich subversiven) Zauberer wird, wobei die Zauberei vor allem auf Vernunft, Einfühlungsvermögen und den abstrusen Vorstellungen anderer beruht. Der Autor diskutiert hier auch schwierige Fragen um schwarze Identität, „Spiritualität“, geistigen Kolonialismus usw. Negativ fällt auf, dass die dargestellte Untergrundbewegung den Ungeist des Zentralismus noch nicht ganz überwunden zu haben scheint.

Heiko Schmidt, Prometheus Antiquariat

Indra Sinha: *Menschentier.* Büchergilde Gutenberg (oder im Buchhandel: Edition Büchergilde), 2011. 508 S.

Roberto Bolaño: *2666.* Hanser, 2009.1093 S.

Ngugi wa Thiong'o: *Herr der Krähen.* A1 Verlag (oder Büchergilde Gutenberg), 2012. 944 S.

Regionale Fragen nach der globalen Organisation von Gesellschaft

Interview mit dem spanischen Schriftsteller Manuel Rivas

Manuel Rivas gilt als wichtigster zeitgenössischer Autor in galicischer Sprache und ist einer der erfolgreichsten Schriftsteller Spaniens. In Deutschland wurde Rivas vor allem durch Die Zunge der Schmetterlinge *bekannt. Mit der* DA *sprach Rivas über Kultur in der Wirtschaftskrise, den Begriff der „Fantastik" und das Verhältnis zwischen Anarchismus und dem Galleguismo. Aufgrund der Länge des Interviews wird nur letzteres hier abgedruckt; das komplette Interview erscheint bald auf www.direkteaktion.org*

Herr Rivas, könnten Sie uns etwas über die Verbindung zwischen dem Galleguismo und dem Anarchismus erzählen? In Ihren Büchern, z. B. in *Der Bleistift des Zimmermannes*, kommen ja häufig galicische AnarchistInnen und Anarcho-SyndikalistInnen vor.

Der Anarchismus war hier in Galicien während der 2. Republik äußerst stark, nicht nur innerhalb der Linken, sondern auch im kulturellen Bereich, ein großer Teil der Avantgarde rekrutierte sich aus dem anarchistischen Umfeld. Und insbesondere in A Coruña gab es eine lange anarchistische Tradition. Es waren die Anarchisten, die hier die ersten öffentlichen Bibliotheken einrichteten, so genannte „Ateneos Populares". Es gab in A Coruña auch viele moderne Schulen nach dem Vorbild Francisco Ferrer i Guardia. Somit ergaben sich allein im Buch- und Bildungswesen wichtige Schnittstellen mit dem Galleguismo.

Entlang der spanischen Atlantikküste war A Coruña die Region mit der stärksten libertären Bewegung. Es gibt auch eine theoretische Nähe zwischen dem republikanischen Föderalismus, wie er in Galicien sehr populär war und dem föderativen Anarchismus, wenn natürlich auch über grundlegende Unterschiede, über die diskutiert wurde. Es muss betont werden, dass der Galleguismo ein sehr weiter und offener Begriff ist. Der kleinste gemeinsame Nenner ist einfach das Interesse gegenüber galicischer Kultur und Sprache. Dieses Interesse steht automatisch konträr den Marginalisierungsversuchen von Seiten des spanischen Staates entgegen.

Die größte Verbindung zwischen dem Galleguismo und dem Anarchismus bestand einfach im Personal; in den Kulturzentren, auf den Demonstrationen, im Widerspruch zum Staat und Franquismus begegneten sich die verschiedenen Akteure. Ohne Zweifel gab es auch Personen, denen der galicische Patriotismus wichtiger als die Solidarität war. Doch die Praxis der Organisation, des Zusammenlebens, ließ derartige Gräben meist im Sande verlaufen. Viele Schlüsselpersonen des Galleguismo und Anarchismus wurden verfolgt und ermordet. Dies erzeugte einfach eine gemeinsame Realität und Praxis. Denken wir an Ramón Suárez Picallo, einen argentinischen Anarcho-Syndikalisten mit galicischen Wurzeln, der nach seiner Einwanderung nach Spanien zu einem der wichtigsten Stichwortgeber des galicischen Autonomiestatuts von 1936 wurde.



Quelle: portland.indymedia.org/en/2003/11/275003.shtml

Manuel Rivas, hier bei einer Großdemonstration in Santiago de Compostela nach der Havarie des Öltankers „Prestige" vor der galicischen Küste.

Der deutschen Linken ist der Regionalismus der spanischen Linken in Katalonien, dem Baskenland oder Galicien oftmals komplett unverständlich. Können Sie erklären, welche progressiven Elemente in einem Engagement für die so genannte „eigene" Kultur stecken?

Für mich ist dies eine Frage der Freiheit und der Selbstbestimmung. Es geht hier nicht um die Unterordnung des Individuums unter eine nationalistische Sache, wie bei einigen katalanischen Konservativen oder baskischen Geistlichen, die von einem „Wert an sich" der eigenen Nation faseln. Nein, ich glaube an einen freiheitlichen Föderalismus, in dem die individuellen Freiheiten garantiert sind. Einer der wichtigsten Texte des Galleguismo, die sogenannte *Galizische Bibel*, wurde von Alfonso Daniel Rodríguez Castelao geschrieben, einem Anarcho-Syndikalisten und Antifaschisten. Und in einem der letzten Sätze dieses Buches spricht er von einer „weltweiten Konföderation". Hier geht es um die Frage, wie die Gesellschaft global demokratisch und vor allem nicht diskriminierend organisiert werden kann; der Kampf gegen jegliche Diskriminierung ist es, was für mich der Galleguismo auf lokaler Ebene, wenn er richtig verstanden wird, leisten kann. Dass ich niemals auf der Schule galicisch lernen oder nur hören konnte, habe ich als Zwang empfunden, als etwas, das mich einschränkte. Diese Kritik hat keinen imperialen Charakter, hier wird kein Anspruch auf eine Nation formuliert. Vielmehr geht es um individuelle Freiheit, um Selbstbestimmung, um Respekt. Mit diesen Aspekten besetzt, birgt der Galleguismo die Chance in sich, aus ihm eine transformatorische Kultur auf lokaler Ebene zu schmieden. Reden wir doch zum Beispiel über kulturelle Selbstorganisation, die Selbstorganisation im Bildungsbereich und so weiter, unabhängig von großen staatlichen Organen.

Ich bin entschieden Internationalist. Das reicht mir völlig, denn es schließt den Respekt vor der regionalen Kultur, für die ich mich einsetze, mit ein. Natürlich ist das größte Problem der spanische Nationalismus, der alles Abweichende negiert. Wenn von dieser Seite das Wort „Nationalismus" entgegen dem Galleguismo verwendet wird, so ist dies selbst Ausdruck des größten Nationalismus. Der spanische Nationalismus steckt voll von Geschichten der kolonialen und diktatorischen Unterdrückung.

Und doch folgt daraus für mich nicht, einen eigenen galicischen Nationalismus formulieren zu müssen. Denn das dringendste Problem der Menschheit ist ihre materielle Lage. Weder die Slumbewohner von Timor, Buenos Aires, Mexico City oder die Menschen galicischer Armenviertel können sich von ihrer Flagge ernähren. In der Linken gibt es sehr enge Definitionen davon, was eine gute Zukunft, eine gute Alternative wäre. Das schränkt sie ein. Mir geht es um die Grundsätze: Solidarität, Freiheit und Menschenrechte. Um dies zu erreichen, bedarf es vielerlei Ideen und Versuche.

Herr Rivas, vielen herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Interview: Marcus Munzlinger

Koji Wakamatsu ist tot!

Der 1936 geborene japanische Regisseur war einer der politisch-provokativsten Filmemacher Japans, radikal, geradlinig links aber auch erotisch und avantgardistisch. Seine Ausbildung bei einer Landwirtschaftsschule schmiss er hin, versuchte sich kurzzeitig bei der Yakuza, bevor er nach einem Gefängnisaufenthalt beim japanischen Fernsehen landete. Seine Wut auf die Gesellschaft verarbeitete er fortan künstlerisch, seinen ersten Kinofilm als Regisseur verwirklichte er 1963, wobei er sich gegen Ende der 60er politisch radikalisierte. Gegen *Ecstasy of the Angels* von 1972 gab es eine Kampagne, da der Film angeblich zum wahllosen Terrorismus anstifte. Das Thema griff er 2008 mit *United Red Army* wieder auf. Und auch 2010 schaffte er es mit seinem auf der Berlinale im Wettbewerb laufenden Film *Caterpillar* - nach einer Geschichte von Edogawa Rampo - zu provozieren. Von einem Teil der Presse als „Krüppelporno" verschrien, ist der Film eine gnadenlose Absage an Militarismus, Unterdrückung und Heldenverehrung. Ein Mann kehrt hochdekoriert und verkrüppelt aus dem japanisch-chinesischen Krieg zurück: ein tauber, sprachloser Torso, der Sex will, ein traumatisiertes „Es" aus Trieben. So sehen die Helden des Krieges aus. Koji Wakamatsu starb am 17. 10. in Tokio an den Folgen eines Autounfalls.

Karin Hoog

PAS Musique

Nicht-Musik und Classwar Karaoke: Brooklyns düstere Antwort auf die Residents

Der ursprüngliche Name, Post Abortion Stress, so Robert L. Pepper, ein Mitglied des KünstlerInnenkollektivs aus Brooklyn, sei eine Metapher für alle, die auf irgendeine Art und Weise von der Gesellschaft übergangen worden oder an ihr gescheitert seien[1], weil ihre Ansichten nicht in die engen Schranken der „normalen" Gesellschaft passen. Er beziehe sich auf den Stress, dem diese Menschen ausgesetzt seien, den Druck, der auf sie ausgeübt werde, damit sie sich der Gesellschaft anpassen, sei es in der Kunst, die sie machen oder auch im ganz normalen Alltagsleben. „Der Name ist roh und stark", sagt er, „aber genauso groß kann auch das Gefühl der Ausgeschlossenheit sein und der Druck sich anzupassen."



Copyright: Jessica Pepper

PAS wurde 1995 in Brooklyn, New York von Robert L. Pepper ins Leben gerufen, einem Musik- und Videokünstler. Seit dieser Zeit hat sich PAS zum Kollektiv mit verschiedenen Besetzungen und Instrumentierungen weiterentwickelt. Experimentell, elektronisch, innovativ. Als musikalische Quellen der Inspiration nennt Robert L. Pepper Zoviet France und Rapoon, das Soloprojekt von Robin Storey, einem ehemaligen Mitglied von Zoviet France, sowie Coil, Throbbing Gristle, Faust und Legendary Pink Dots. Regisseure wie Jodorowsky und Tarr lieferten weitere künstlerische Anregungen.

„Wir nennen uns mittlerweile PAS oder PAS Musique", sagt Robert L. Pepper und weist auf die zweite Bedeutung, die französische Verneinung hin – Nicht-Musik, nein sagen, die metaphorische Verneinung von allem Etabliertem, um neu zu beginnen.



Copyright: Jessica Pepper

Michael Durek, Jon „Vomit" Worthley, Amber Brien und Robert L. Pepper bilden das Grundgerüst von PAS, sie sind jedoch weltweit mit ähnlich arbeitenden KünstlerInnen vernetzt. Besprechungen finden dabei aber nicht an einem festen Ort in Brooklyn statt, sondern bei Konzerten und per E-Mail. Im Frühjahr 2010 kam es beispielsweise bei einem Berlinbesuch zu einer spontanen Zusammenarbeit mit den dort ansässigen Musikern André Gutsmuths und TThomthom Geigenschrey und einem gemeinsamen Auftritt bei Madame Claude in Kreuzberg. Noch deutlichere Spuren hinterließen PAS bei ihrer ersten Tour durch England, zu der sie von Will Connor, einem Londoner Percussionisten eingeladen wurden. „Anthony Donovan kennt ihr vielleicht von seinem Label-Kollektiv ‚Classwar Karaoke'", sagt Robert L. Pepper, „nun, als wir 2008 auf Tour waren, habe ich Will Connor mit Matt Chilton[2] bekannt gemacht und Will hat Matt und Anthony Donovan zusammen gebracht. Nachdem wir London verlassen hatten, gründeten sie zusammen Vultures!" PAS Musique und Vultures sind seit dieser Zeit mehrmals zusammen in Europa und USA unterwegs gewesen und PAS lieferten einen Beitrag zur letzten „Classwar Karaoke"-Compilation. „Ich arbeite gerne mit unterschiedlichen Menschen zusammen", sagt Robert L. Pepper, „Ich sehe Musik als soziale Angelegenheit. Der Kollektiv-Gedanke ist mir wichtig und funktioniert bei uns. Die Chemie muss einfach stimmen."

Amber Brien, Robert L. Pepper, Michael Durek und Jon „Vomit" Worthley machen nicht nur zusammen Musik, sie organisieren auch in Zusammenarbeit mit Alrealon Musique – dieses Jahr bereits zum vierten Mal – das alternative Experi-MENTAL Festival in New York, wo sie innovativen KünstlerInnen eine Plattform geben. „Es geht nicht um das Ego, es geht um die Gemeinschaft", fasst Robert L. Peer zusammen.

Karin Hoog

Anmerkungen:

[1] Im Original: aborted by society

[2] Londoner Multi-Instrumentalist und Experimental-Künstler

Soundtrack beim Schreiben des Artikel: PAS *Flanked By Women And Pumpkins*
www.facebook.com/pas.musique
www.alrealon.co.uk/ExperiMENTALFestival4/lineup.html

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Unser fleißiger, ruhiger Freund

Des letzten Rätsels Lösung: Frank Tannenbaum

1905 emigrierte Frank Tannenbaum im Alter von 12 Jahren von Österreich in die USA, nach New York. Dort lernte er Emma Goldman kennen und wurde aktives Mitglied der Industrial Workers of the World (IWW). In seiner Freizeit half er viel im Büro der anarcha-feministischen Zeitschrift *Mother Earth*. Goldman schrieb über ihn, sie hätte die Hoffnung gehabt, dass er eines Tages eine wichtige Rolle im Arbeitskampf übernehmen würde. Allerdings hatte sie nicht erwartet, dass er so schnell auf den Ruf der Stunde reagieren würde.

Als Anfang 1914 die Arbeitslosigkeit stieg, war er mit 21 Jahren die leitende Figur eines Aufstands in der Lower West Side von Manhattan. Ca. 200 arbeitslose und hungrige Menschen marschierten auf die Kirchen zu und verlangten nach Essen und einem Dach über dem Kopf. Die meisten Kirchen gaben dem Druck nach, doch nach 10 Tagen kam es bei der St. Alphonsus Kirche zu einem Gewaltausbruch mit der Polizei. In dessen Verlauf wurde Tannenbaum verhaftet und verbrachte daraufhin ein Jahr im Gefängnis.

Beim Raffinerie-Streik von 1915 in Bayonne, New Jersey, in dem 1200 ArbeiterInnen für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Gehalt ihre Arbeit niederlegten, versuchte Tannenbaum als Sprecher der Streikenden zu agieren. Der Streik führte zu Aufständen und Brandstiftungen in der Stadt und forderte mindestens fünf Tote auf Seiten der ArbeiterInnen. Beim Wiederherstellen der Staatsgewalt wurde Tannenbaum erneut verhaftet.

Nach seiner Haftentlassung änderte sich das Leben von Tannenbaum. Er schaffte es mit Hilfe eines Wärters an die Columbia Universität. Dort schloss er 1921 sein Bachelor Studium mit Ehren ab und arbeitete anschließend als Korrespondent in Mexiko. Nach einer Zeit in der U.S. Army fing er an, sich für Ethnien und ihren Einfluss auf den Süden der USA zu interessieren. Aus den darauf folgenden Studien entstanden zwei Bücher über die afrikanisch-amerikanischen Erfahrungen. Er erlangte seinen Doktor in Wirtschaftswissenschaften mit einer Arbeit über die Landreform in Mexiko. Dort verbrachte er viele Jahre als Berater der Regierung unter Präsident Cárdenas. In dieser Zeit beschäftigte er sich mit Gewerkschaften, Bauern, Indianern und der Bildung. In seinen Texten verteidigte er oft das soziale Programm der Regierung, selbst als diese schon ihren radikalen Anspruch verloren hatte.

1932 kehrte er in die USA zurück und wurde Professor für Kriminologie an der Cornell Universität. Dort entwickelte er auch das Konzept der „Dramatisierung des Bösen", welches als Vorläufer der kriminal-soziologischen Labeling-Perspektive gilt.

Politisch wurde er noch einmal 1937 aktiv, als er bei der Ausarbeitung des Gesetzes für die „Farm Security Administration" half, die als Teil des New Deal unter F.D. Roosevelt der armen Landbevölkerung helfen sollte.

Frank Tannenbaum starb 1969 in New York. Heute ist er am besten bekannt für seine Arbeit im Bereich der Kriminologie und der lateinamerikanischen Geschichte.

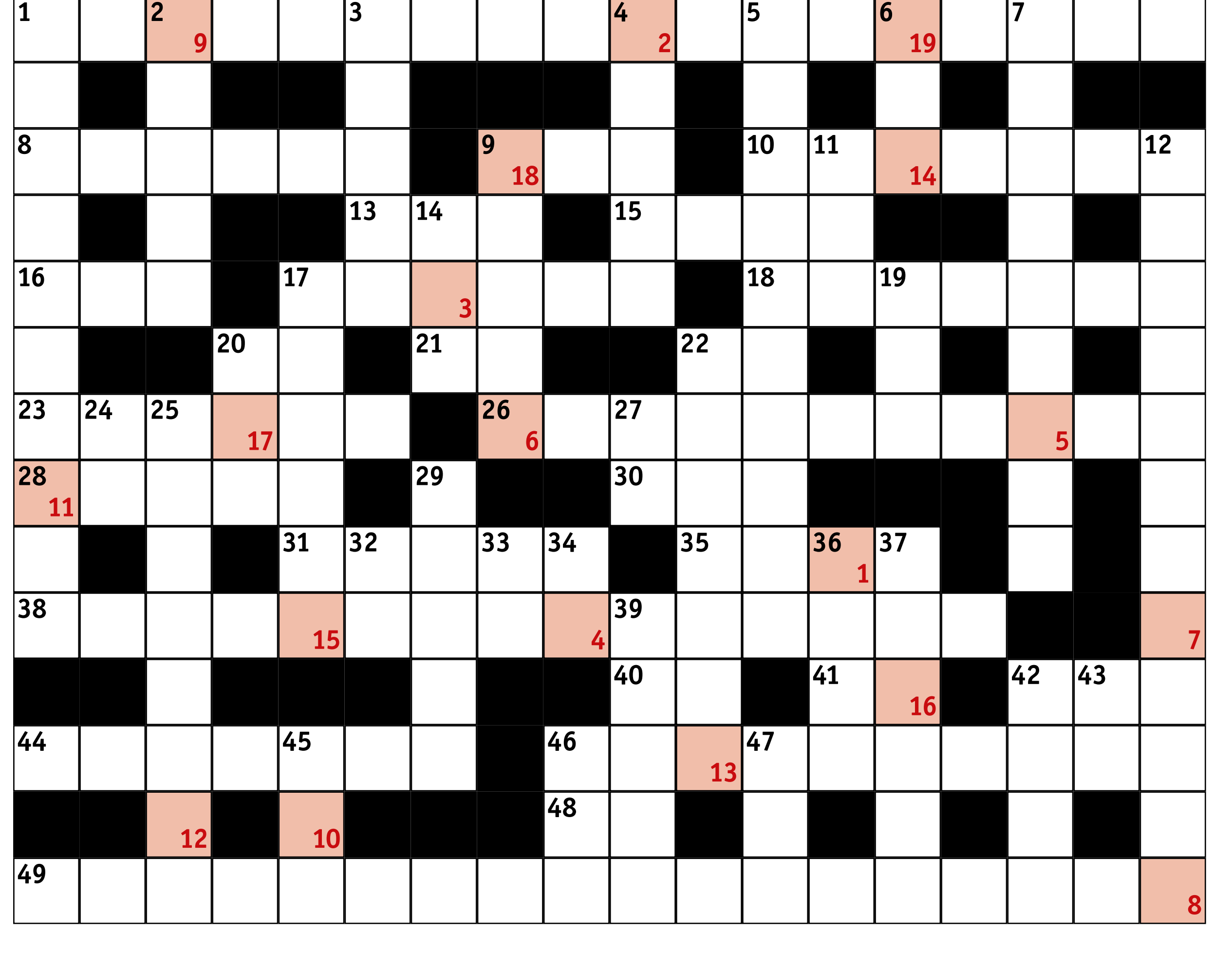
MR

Quellen: cw.routledge.com/ref/harlem/tannenbaum.html
journals.cambridge.org/action/displayAbstract;journals?fromPage=online&aid=7436440
Goldman, Emma, 1931: Living my Life, New York: Alfred A. Knopf, Inc.
Brenner, Aaron; Day, Benjamin; Ness, Immanuel, 2009: The Encyclopedia of Strikes in American History, New York: M.E. Sharpe, Inc.



Die Polizei löst die Menge bei der St. Alphonsus Kirche auf Zeichnung von John Sloan (1871-1951) „Calling the Christian Bluff"

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 79



1 2 3 4 5 6 7 - 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

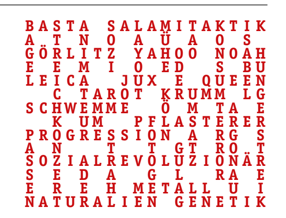
1. Systematisches Verstoßen gegen Umweltschutznormen, wie es von vielen Wirtschaftsunternehmen begangen wird 8. ausgestorbener traditioneller Handwerksberuf 9. Moskauer Hotel, in dem in den frühen Jahren der Sowjetunion führende kommunistische Emigranten einquartiert wurden: Hotel ~ 10. Gaststätte mit Ausschank von Tee 13. Beiname des AKW Isar in Niederbayern 15. Wohnstätte für einen bestimmten Personenkreis 16. mancherorts, hier und dort: ~ und da 17. paramilitärische Geheimorganisation der NATO, der CIA und des britischen MI6 während des Kalten Krieges, v.a. in Westeuropa 18. Klage, Streit 20. Top-Level-Domain Deutschlands 21. sehr schnell: im ~ 22. Sowjetunion <frühere ugs. Abkürzung> 23. Männername 26. die Frage der Beseitigung des Kapitalismus und des Staates 28. Stadt in Nordrhein-Westfalen 30. Spezies 31. Gesinnung und Männername 35. Sicherheitsmethode beim Onlinebanking: ~-Verfahren 38. Paradebeispiel der Klientelpolitik der FDP: 2010 senkte sie mit der CDU/CSU zusammen den Mehrwertsteuersatz für das Hotelgewerbe <scherzhafte Bezeichnung> 40. römisch 99 41. Zusammenschluss örtlicher Gruppen einer Gewerkschaft o.Ä.(Tipp: Gibt's teilweise auch in der FAU) <Abk.> 42. der Bergrettungsdienst der Schweiz <Abk.> 44. schmeißen, aufgeben <einen Job; salopp> 46. scherzhafte Bezeichnung für Geheimdienstler aus der Zeit vor Lauschangriffen und Trojanern, als sie noch bei Wind und Wetter spähen mussten 48. Kfz-Kennzeichen für den Unstrut-Hainich-Kreis in Thüringen 49. kollektives Handeln der Individuen einer Gemeinschaft (bspw. einer Ameisenkolonie) kann der Gruppe eine erstaunliche Leistungsfähigkeit verleihen <Modebegriff>

Senkrecht

1. Form des Widerstandes gegen Unterdrückung: ziviles ~ 2. was laut Artikel 1 des Grundgesetzes „unantastbar" ist, in der Praxis aber oft mit Füßen getreten wird: Die ~ des Menschen 3. Land in Österreich 4. kyrillische Schreibweise des Namens Machno 5. Rücksichtnahme in der elektronischen Kommunikation 6. US-amerikanischer Schauspieler und Kampfkünstler, Ikone des Martial-Arts-Films (gest. 1973) 7. kein handfestes Produkt, wird aber manchmal für Millionen verkauft <engl.> 9. Schauspiel, Festspiel im alten Rom 11. australischer Vogelstrauß 12. nach Krieg oder Systemwechsel durch die Siegermacht vollzogenes Rechtsgebaren, das von den Unterlegenen als benachteiligend empfunden wird <polit. Schlagwort> 14. die Mehrheitsbevölkerung in China <ethnolog. Bezeichnung> 17. in Kraft sein, feststehen 19. Fußballmannschaft 20. Exilgruppe deutscher AnarchosyndikalistInnen in der NS-Zeit <Abk.> 22. protzige Superreiche zeigen sich gerne in ~-Limousinen 24. zwei runde Augen 25. psychisch, seelisch 27. politische Kampftruppe der NSDAP <Abk.> 29. Gewerkschaft <engl.> 32. Hundertstel eines Schweizer Franken <Abk.> 33. Abkürzung im Namen einiger Sportmannschaften, z.B. im Profifußball die ~ Freiburg, Karlsruher ~ 34. Top-Level-Domain eines von Neuseeland abhängigen Gebiets, bei der neue Domains kostenlos und direkt an Endkunden weltweit vergeben werden 36. Fest- und Versammlungssaal in Schulen 37. immunisieren, injizieren <rückwärts!> 39. Ausblick, Betrachtungsweise 42. Werkzeug zum Löcher Stechen in Leder oder Pappe 43. Länderkürzel für Russland 45. Likör aus jamaikanischem Rum, Kaffee und Vanille: ~ Maria 46. Unternehmen der Computerbranche, das 2010 von der Oracle Corporation geschluckt wurde 47. Kfz-Kennzeichen für Ludwigslust

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).
Gewinner#213: Paco aus Berlin

Auflösung # 78





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-sanzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 215: 14. Dezember 2012